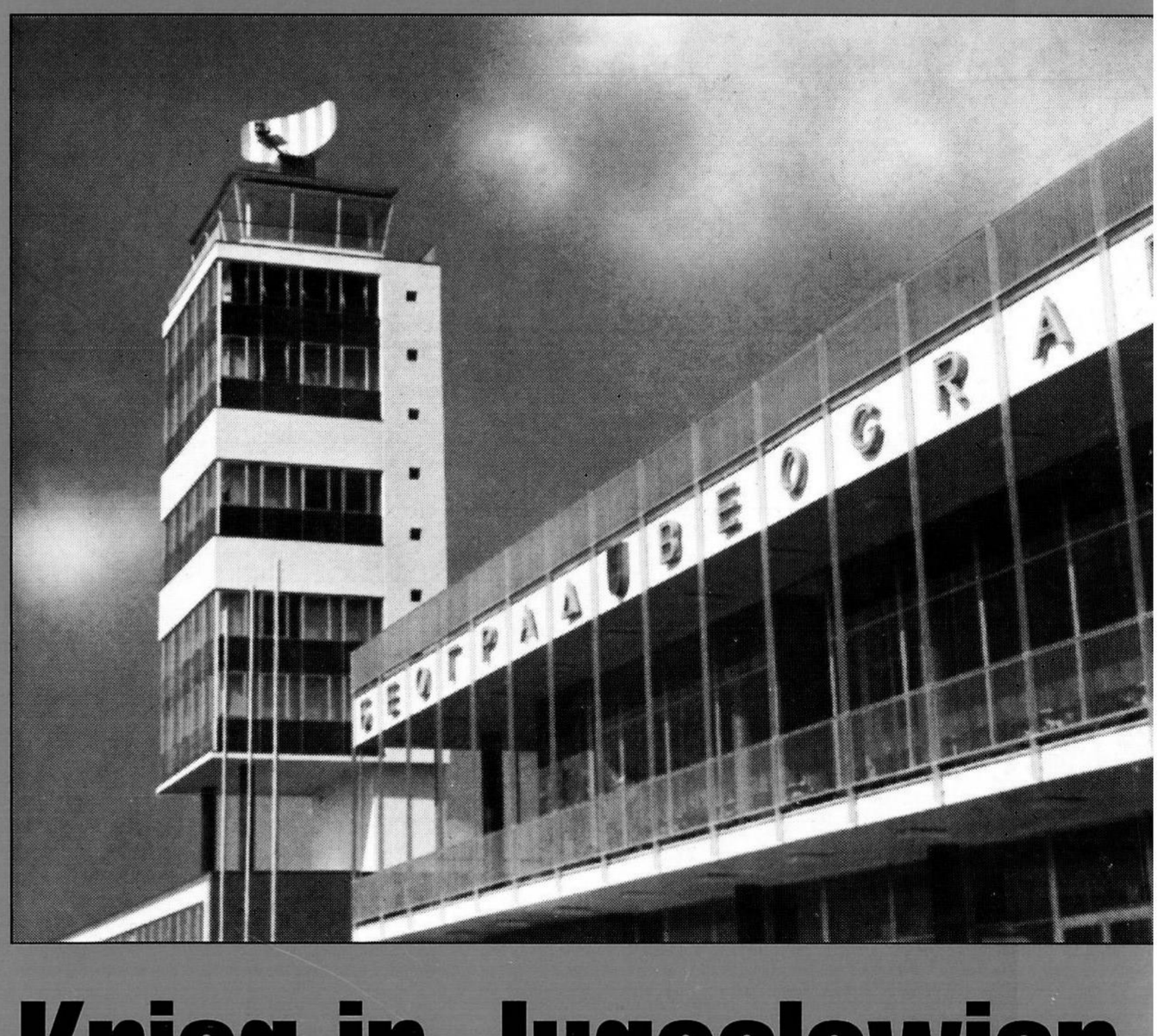
WEG UND ZIEL

3/1999

Marxistische Zeitschrift

57. Jahrgang 50 Schilling ISSN 0043/2024



Krieg in Jugoslawien

WEG UND ZIEL

In eigener Sache I

Vorliegender von Hannes HOFBAUER gestaltete Jugoslawien-Schwerpunkt hat sich aus aktuellen Gründen ein wenig verzögert.

Die Redaktion verabschiedet sich mit diesem Heft in die **Sommerpause**. Wir sind **ab 6. September** wieder zu erreichen.

Aus finanziellen Gründen sind wir leider gezwungen, bis auf weiteres den Umfang der Hefte um 12 Seiten zu kürzen.

In eigener Sache II

Zur Erinnerung:
Abo-Angelegenheiten, Einzelheft-Bestellungen bei Kemmerling Zöchling & Partner **nur schriftlich oder per Fax!!** (Siehe Impressum)

Redaktionelles schriftlich an die Redaktionsadresse. In dringenden Fällen Julius Mende (01/798 35 14) oder Maria Wölflingseder (01/810 60 22) anrufen.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift **2-99**

Krieg auf dem Balkan

Die NATO-Mission

Kaum 50 Jahre danach: Entschädigung für Zwangsarbeiter • Tarifrunde '99 • Bombenalltag im Irak • „Union-busting" • Krisenparteitag der Grünen • Wahlen in Nigeria • NATO-Osterweiterung • Die USA üben Selbstkritik in Mittelamerika • Tagung des chinesischen Volkskongresses • Finanzoperationen der russischen Notenbank • Wahlen in Kärnten • Eine Dioxinwolke und ihre Abwicklung • Kredithilfe für Moskau: Kontenverschiebung beim IWF • Nordirland • Chinesischer Staatsbesuch in den USA: Imperialistische Regelkunde • Das Massaker von Littleton • Endlich! Bundestag nimmt Reichstag in Besitz • Oskar Lafontaine: Der Aufstand des Kapitals gegen den ideellen Gesamtkapitalisten

Ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

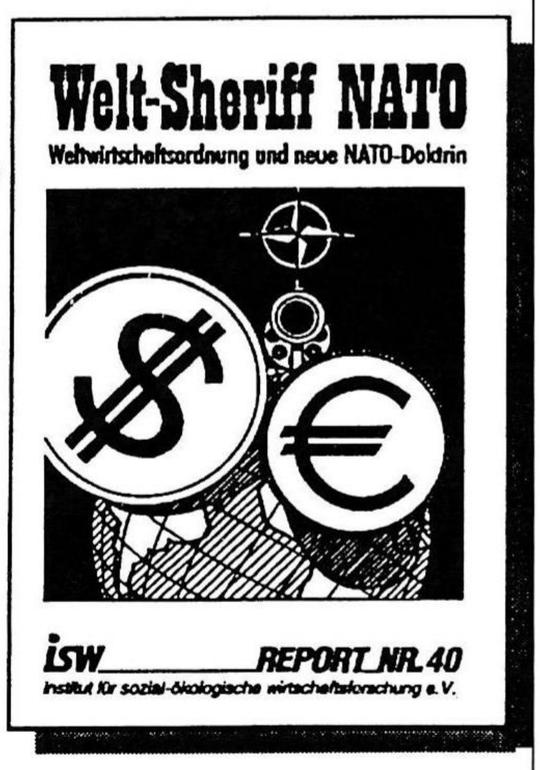
Bücherzentrum – I., Wipplingerstr. 37
Reisebuchladen – IX., Koling. 6
Zentralbuchhandlung – I., Schulerstr. 1
Kolisch – I., Rathausstr. 18
Winter – I., Landesgerichtsstr. 20

278 Seiten, ATS 180,–, ISSN 0941-5831

ISW *sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*

analysen
fakten & argumente

Neu!



Weltwirtschaft und "neue Weltordnung"
US-Hegemonie und Triadenkonkurrenz
Die "neue NATO": Neue Kriegsführungsstrategie / Bundeswehr "out of area" / Europäische "Sicherheits- und Verteidigungsidentität / Ostexpansion der NATO / Neue NATO-Doktrin / NATO-Interessen auf dem Balkan

isw-report 40
(Juni 1999) DM 5,- + Versand

Gesamtprogramm anfordern bestellen bei

isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Z. **Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

10. Jahrgang, Nr. 38, Juni 1999,
240 Seiten

Deutsche Normalität
Reusch – Banalität des „Normalen" - zur Diskussion um die Berliner Republik / Heuer – Deutschland führt wieder Krieg

Pax Americana
Gowan – Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie

Arbeit und Politik II
Braun – Konkrete Utopie jenseits der Arbeit? / Siekmeier, Werner – Ver.di: Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft / Wompel – Lean Production und Gruppenarbeit / Graf – Normalisierung der Krise der Erwerbsarbeit

Und: Höhme – Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur / Nyikos – Utopie der kapitalistischen Gesellschaft / Förster – Aktualität von Marx' Feuerbachthesen / Neubert – Marxistische Theorie und sozialistische Politik / Hahn – Kritik der Postmoderne / Peters – 50 Jahre Volksrepublik China

Berichte: SPD-Bilanz – Gewerkschaftslinke – Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert

Rezensionen: US-Außenpolitik – Totalitarismustheorie – Europäische Beschäftigungspolitik – 3. Welt – Neoliberalismus – Arbeiterbewegung

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
Redaktionsadresse:
Weyringergasse 35/DG, 1040
Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
(Tel.: 01/798 35 14)
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)
Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
(Tel.: 01/810 60 22)
Vertrieb:
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste
KEG, Schottengasse 3a/1/4/59,
1010 Wien
Telefax ++43-1/532 74 16
Bestellungen, Stornos, Änderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich)!

Layout:
Matthäus Zinner
Herstellung:
Resch & Vana
Rosinagasse, 1150 Wien
Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich
Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Die nächste Nummer
erscheint im
Oktober 1999
Themenschwerpunkt:
Jugend

Inhalt

Nr. 3, Juli 1999, 57. Jahrgang

EU-Wahlen

Franz SCHANDL: Nachbetrachtungen zum 13. Juni 2

Thema: Krieg in Jugoslawien

Hannes HOFBAUER: Hoch die Internationalen? 4
Michel CHOSSUDOVSKY: Die Zerstörung Jugoslawiens 6
Rüdiger GÖBEL: ... was es heißt, in einer bombardierten Stadt zu leben 17
Interview mit Stipe ŠUVAR: Sieg und Niederlage nach 50 Jahren . . 22
Werner PIRKER: Die albanische Frage bleibt unbeantwortet 25
Boris KAGARLIZKY: Die Clinton-Doktrin 28

Antisemitismus

Stephan GRIGAT: Antisemitismus und Fetischismus 31
Alfredo BAUER: Heines Übertritt zum Christentum – Die Stellung der Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts 37
Otto KREILISHEIM: Zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung . . 40

Faschismus und Jugend

Elisabeth PERCHINIG: „Wir sind so eins, wie ein gutes Schwert“ – Bündische Jugend und präfaschistische Mythologeme 43

Eugenik und Euthanasie

Alexander BOGNER: Im Auftrag des „Lebenswerts“ – Linke Irrwege zwischen Eugenik und Euthanasie 46

Arbeit

Hubert SCHMIEDBAUER: Von der Wissenschaft zur Utopie – Eine Polemik zu Franz Schandl 51

Die Bilder zum Schwerpunkt stammen aus dem Bildband „JUGOSLAWIEN“, Pinguin Verlag, Innsbruck 1965.

Nachbetrachtungen zum 13. Juni

Franz SCHANDL

Österreich ist anders. Während in den meisten europäischen Staaten die dort regierenden Parteien bei den Europawahlen Verluste hinnehmen mußten, konnten hier sowohl SPÖ als auch ÖVP zulegen.

Die kulturindustrielle Zurichtung der Wähler zwingt die unter Erfolgsdruck stehenden Parteien, so manche Dummheit zu bedienen und zu fördern. Den durchflexibilisierten Wählern ist nicht nur alles zuzumuten, sondern auch vieles zuzutrauen. Sie sind selbst Opfer und Täter des politischen „Schmähführens", dem sie allzugerne auf den Leim gehen. Sie dienen ihm nicht nur, sie bedienen es auch. Otto und Ottilie NormalverbraucherIn dürfen daher nicht aus der Kritik entlassen werden. Ihre Konditionierung ist zwar nicht ihre Schuld, ihre Genügsamkeit und Fügsamkeit jedoch kein ehernes Naturgesetz, dem sie absolut nicht entgegentreten könnten.

Politik im Zeitalter der Simulation bedeutet die „richtigen" Sachen anzusprechen. Es geht nicht um das, was so hochtrabend Problemlösungskompetenz heißt, sondern um Themenführerschaft. *Marketing* steht inzwischen ganz oben. Nicht, daß daraus nun alles erklärt werden kann, wird gesagt, wohl aber, daß jenes unmittelbar aussagekräftiger ist, als vor allem aufgeklärte Menschen wahrhaben möchten.

Das infantile Gedränge am schnellen Markt der Stimmungen ersetzt konzeptionelles und programmatisches Denken. Politik wird inferior. Daß darauf großteils mit Verdrossenheit reagiert wird, ist verständlich, wenn auch nicht allzu hilfreich. Und doch gilt es hier innezuhalten, nicht vorschnell in das obligate Wehklagen einzustimmen.

„Wenn man in Österreich für eine Wahlbeteiligung werben muß, ist etwas falsch gelaufen", (»Kurier«, 12. Juni 1999) schreibt etwa Sonja Puntscher-Riekmann. Aber warum denn? Ist das dumpfe Verhalten der Abgestumpften nicht vielmehr die adäquate Antwort auf den politischen Zirkus? Wäre es nicht viel ärger, sie wählten in herkömmlicher Weise? Ist es so falsch, wenn die Leute meinen, sie bewegen da sowieso nichts?

Schlimmer als die Politikverdrossenheit ist solch altkluge Politikgläubigkeit, die aus einer autistischen Betriebsblindheit der Demokraten herrührt. Diese Grundhaltung der parlamentarischen Andacht ist zutiefst antiemanzipatorisch, weil sie Demokratie nicht als kapitalistisches Formprinzip, sondern als ehernes Projekt der Menschheit für alle Zukunft auffaßt. Was Puntscher-Riekmann einfordert, das ist ein frenetisches Glaubensbekenntnis zur Demokratie. Sie ist das Sakrament der Moderne. Derweil ist sogar die Politikverdrossenheit in ihrer deformierten Form besser als der religiöse Sermon, den der Konsens der Demokraten stets zu erzwingen versucht, um jedwede prinzipielle Kritik im Vorfeld abzudrehen und die Kritiker ins totalitäre Eck zu rücken. Das Problem jener ist nur, daß sie über die passive Renitenz einer unbewußten Negation nicht hinauskommt, der antipolitische Impuls derselben sozusagen nicht zum Durchbruch kommt. Im Gegensatz zur Politikgläubigkeit demokratisierter Staatsbürger ist jene aber ein Ansatzpunkt aktiver Resistance, ein Widerstand, der, wenn auch dunkel, nicht nur gegen Mißstände protestiert, sondern die Zustände selbst zum Gegenstand macht.

Freilich gibt es auf diesem Terrain auch einige Tücken, die Potenz Haiders etwa besteht darin, diese Bewußtlosigkeit stets in die Politik rückzuführen, die Verkommenheit des Systems dann einigen bestimmten Systemsubjekten (Parteien, Politikern, Bürokraten, Spekulanten, Schmarotzern, Ausländern...) anzuhängen und (im wahrsten Sinne des Wortes) zuzuschlagen. Die traditionelle Linke hingegen nimmt jene Gegebenheiten als Möglichkeiten nicht einmal in Ansätzen wahr, sondern hat es sich zur absurden Aufgabe gemacht, die Politik zu repolitisieren, anstatt sie als kapitalistische Funktion zu demaskieren.

Kriegsgewinnler und Kriegsverlierer

Wählerstimmen rotieren heute wie in einer Waschmaschine. Es wird zusehends schwieriger, seriöse Prognosen auf diesem Feld zu erstellen, hängen konkrete Ergebnisse oft an „zufälligen" Ereignissen. Umgekehrt gilt es aufzupassen, konjunkturelle Trends nicht als neue Entwicklungsrichtung überzuinterpretieren.

Zweifellos, die FPÖ hat erstmals unter Haider eine deutliche Niederlage erlitten. Doch genauer betrachtet, relativiert sich das. Zwei Dinge haben hier eine außerordentliche Rolle gespielt: Erstens dürfte der FPÖ ihr antieuropäisches Ressentiment auf den Kopf gefallen sein. Sie wurde zum überproportionalen Opfer einer sinkenden Wahlbeteiligung, die mit 49 Prozent für österreichische Verhältnisse einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht hat. Keine Liste tat sich so schwer ihre Wähler zu mobilisieren wie die Anti-EU-Partei. Nach ersten Wählerstromanalysen haben die Freiheitlichen 516.000 Stimmen an die Nichtwähler verloren. Das ist die Hälfte ihrer Stimmen von 1996. Was aber auch meint, die anderen konnten weder von den Verlusten der FPÖ stimmenmäßig profitierten, noch darf dies als eine Absage an die Haider-Partei gewertet werden. Es ist vielmehr eine an das Europaparlament.

Zweitens der Krieg im Kosovo, der so gar nicht in die auf Ausländer, Korruption und EU-Steuer (ein von Haider erfundenes Schreckgespenst) getrimmte Wahlkampfstrategie paßte. Der offizielle FPÖ-Standpunkt, das heißt Beitritt Österreichs zur NATO und Entsendung von Bodentruppen nach Jugoslawien, konnte nicht offensiv propagiert werden. Er hieße nichts anderes, als österreichische Soldaten in den Krieg zu schicken. Auch wenn Haider das vertritt, weiß er, das ist nicht vertretbar. Der Rest war daher Schweigen.

Die Kriegsgewinnler bei der EU-Wahl waren SPÖ und Grüne. Als mit der Zunahme der Kampfhandlungen die Frage der nationalen Sicherheit immer wichtiger wurde, überklebte die SPÖ in Windeseile das zentrale Plakat mit dem Dreigestirn Klima-Schröder-Blair (vgl. unseren Artikel „Vickerl, Viktor, Victory" in der »Volksstimme« 22/99) mit den Köpfen von Klima, Persson und Lipponen. Auch das entsprechende Inserat war binnen einiger Tage ersetzt worden. Schließlich ging

es ab jetzt um die Neutralität, und dazu taugten der schwedische und der finnische Ministerpräsident besser. Die sozialdemokratische Wählerschaft ist nicht nur geduldig, sie fühlt sich in dieser Rhetorik heimelig. Bereitwillig wurde sie der Partei abgenommen.

Die Neutralitätsfalle

Der Wahlkampf stand in seiner Schlußphase völlig im Zeichen der Neutralität. Positiv besetzt, ist sie die schräge Chiffre der nationalen Identität. Wie sagte doch der Quereinsteiger Hans-Peter Martin, Bestsellerautor der „Globalisierungsfalle" und deswegen von der SPÖ nominierte Spitzenkandidat auf die hiesige Gretchenfrage nach der NATO, „unösterreichisch" sei sie. Österreichisch hingegen ist die Neutralität, und folgerichtig bezeichnet sich Martin auch als deren „glühender Anhänger". (»Kronen Zeitung«, 6. Juni)

Indes, sie ist eine defensive Geisterbeschwörung, angerufen von einer hilflosen Linken zum Ärgernis einer gut postierten Rechten. Tatsächlich ist dieser Neutralitätspopulismus, wenn auch allgegenwärtig, nicht ernst gemeint und schlußendlich ohnmächtig. Das wird sich, ob man will oder nicht, in den nächsten Jahren mit aller Deutlichkeit zeigen.

Man muß Andreas Khol, dem Klubobmann der ÖVP, auch von einer entgegengesetzten Position, durchaus recht geben, wenn er in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Die Sicherheitslüge" schreibt: „Doppelbödig ist es, im internationalen Bereich, bei den Europäischen Räten in Berlin und Brüssel, im Rahmen der Gipfeltreffen der NATO in Washington, die NATO-Aktionen mitzutragen und zu Hause, in Wien, so zu tun, als wäre man unerschütterlich neutral wie 1955." (»Profil« 22, 31. Mai 1999, S. 36.)

Die Neutralität ist allerdings eine Fiktion. Aber die Erfolge gedeihen auf ihr. Daher steht sie bei den Sozialdemokraten so hoch in Kurs, auch wenn sie nichts anderes als ein Opiat gegen die Realität ist. Wie schrieb doch Viktor Klima ganz kryptisch im Vorwort zu einer wissenschaftlichen Publikation: „‚Neutralität' oder ‚Bündnis' ist eine Fragestellung aus der Zeit des Kalten Krieges. Damals ließ die große Bedrohung nur eindimensionale Lösungen zu. Nach Ende des Kalten Krieges bieten sich verschiedene Optionen an, die auch nebeneinander bestehen können." (Zit. nach Heinz Gärtner, Modelle europäischer Sicherheit, Wien 1997, S. XI-XII.) Je nach Gelegenheit und Bedarf will die SPÖ das eine oder das andere sein. Oft auch gleichzeitig.

Dafürsein ohne Dabeisein ist anscheinend zum Lebensmotto österreichischer Sozialdemokraten geworden. Ob das nun doppelzüngig ist oder nicht, aussichtsreich ist das bisher allemal gewesen. So verkaufte sich die SPÖ als die Friedenspartei schlechthin. Daß Viktor Klima in der EU sämtliche Beschlüsse Jugoslawien betreffend mitgetragen hat, ja ganz unzweideutig die Kriegspolitik Blairs und Schröders unterstützte, wen kümmert das?

Flexible Grüne

Zurecht wird dieser Umstand etwa von den Grünen, die ebenfalls zu den Wahlgewinnern zählen, kritisiert. Aber auch sie verdrängen in ihrem Neutralitätswahlkampf nicht leugbare Akzente eigener Geschichte. Waren doch sie die Partei, die noch vor der ÖVP die Anerkennung von Slowenien und Kroatien vehement vorantrieb. Jahre bevor Joschka Fischer sich vom Kriegsgegner zum Kriegsbefürworter wandelte, forderten führende österreichische Grüne wie der ehemalige Parteisprecher Peter Pilz den Einsatz von Bodentruppen in Bosnien.

„Ich habe übrigens noch nie ein schlechtes Wort über die NATO gesagt" (»Profil« 15, 6. April 1998, S. 69.), bekannte der gegenwärtige Parteichef Alexander van der Bellen vor einiger Zeit ganz offen. Er war es, der einerseits die Politik Fischers und die Beschlüsse des Bielefelder Parteitags der Bündnisgrünen voll unterstützte, andererseits aber meinte, in Österreich bräuchte man auf die NATO keine Rücksicht zu nehmen, hier „können wir sagen wie Johannes Voggenhuber, ohne Sicherheitsrat ist das völlig völkerrechtswidrig." (»Salzburger Nachrichten«, 15. Mai 1999)

Seit den NATO-Angriffen auf Jugoslawien behielt man bestimmte Positionen für sich, schließlich wollte man nicht von den eigenen Wählern abgestraft werden. „Wir schlagen ja die Wahlen in Österreich, nicht in Deutschland" (»Kurier«, 5. Juni 1999), sagte van der Bellen. Hurtig haben da einige gelernt, sogar den Krieg unter utilitaristischen Gesichtspunkten abzuwickeln. Man ist flexibel, die Ausrichtung der Politik auf einen prinzipiellen Taktizismus ist dieser Strategie letzter Halt. Offiziell trommelten der EU-Spitzenkandidat Voggenhuber und seine Partei daher gegen Krieg und NATO und für eine aktive Neutralitätspolitik Österreichs. Auch diese Rechnung ist aufgegangen, sieht man sich das Ergebnis der Grünen an. Es ist das beste seit ihrem Bestehen.

Hintennach

Enttäuschend wiederum das Abschneiden der KPÖ, der es selbst unter Bedingungen, die sie als einzige konsequente Antikriegspartei auf dem Stimmzettel auswies, nicht gelang die Ein-Prozent-Marke zu überspringen. Der matte Zugewinn sollte nicht als Erfolg interpretiert werden. Das ist er nicht. Vielmehr gilt es sich zu fragen, warum selbst in einer objektiv günstigen Situation das Resultat so mager geblieben ist. Das erste, was sofort vielen aufgefallen ist, das war die äußerst traurige Präsentation der Anliegen. Alter Wein in alten Schläuchen wurde da angeboten. Gegen die Politik der aggressiven Simulation setzte die KPÖ eine Politik der simultanen Langeweile. Wer aber nirgendwo aneckt, kommt auch nirgendwo an. Die KPÖ berührt nicht. Unauffälligkeit ist ihr auffälligstes Kennzeichen.

Wenn Walter Baier im »Argument« (Nr. 5a) schreibt: „Wir werden als Stimme für soziale Gerechtigkeit auftreten, da niemand sonst die Auswirkungen des Turbokapitalismus kritisiert", dann stimmt das nicht, das Beklagen kapitalistischer Mißstände ist heute fast so en vogue wie die Verherrlichung seiner Prinzipien. Und es ist gerade der unverstandene und unerklärte Kapitalismus, der einen verständnislosen Antikapitalismus der Symptome bedingt. Diese Auswirkungen sind nichts anderes als Folgen seiner Wirklichkeit. Um die geht es.

Der ganze bürgerliche Gerechtigkeitsfimmel erlebte jedenfalls seine x-te Neuablage. Das Lied der Arbeit wird gesungen, die Umverteilung eingefordert, die Politikerprivilegien gegeißelt. Die Kapitalsteuer soll erhöht werden, dem Kapitalismus gilt es den Turbo abzudrehen. Geld ist sowieso genug da. Es ist wie in einer reformistischen Märchenstunde für Leichtgläubige. Was besonders ärgert, das ist, daß man aber schon überhaupt nirgends den Versuch erkennen kann, darüber hinauszukommen. Das ist kein Programm des Übergangs, sondern schlichtweg des Untergangs.

Fortsetzung Seite 42

Hoch die Internationalen ?

Hannes HOFBAUER

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat verheerende Folgen auch an der Heimatfront. Die weitverbreitete Zustimmung zum Krieg gründete auf dem propagandistischen Coup, für die Durchsetzung von Menschenrechten Menschen töten und ein Land ruinieren zu müssen. Auch viele Linke standen stumm neben der größten europäischen Tragödie nach 1945. Falsch verstandene nationale Selbstbestimmung und falsch verstandener Internationalismus drohen uns ins kommende Jahrhundert zu begleiten.

„Eine atomare Bombe auf die ewige Kriegsgeburtsgrotte Balkan, daß davon nichts als ein Riesenkrater bleibt." Diesen zeitlosen, zeitwortlosen Satz läßt Peter Handke den Dritten Internationalen in seinem neuen Theaterstück „Die Fahrt im Einbaum" sagen. Die „Drei Internationalen", sportiv und überheblich, sind in gepanzerter Montur auf Mountainbikes quer über die Bühne unterwegs. Medienvertreter mit richterlichem Gehabe, fremden Besatzern gleich, verhehlen sie nicht ihren Haß auf das Objekt der Begierde: die örtliche Bevölkerung. Die Abscheu vor den Serben, den Muslimen, den Kroaten ist ihnen ins Gesicht geschrieben. „Mein Haß auf Land und Völker hier kam folgend: ..."

Handke hat recht. Es waren die Internationalen, die den verheerenden Krieg gegen Jugoslawien geführt haben: die internationalen Medien, die internationale Streitmacht, die internationale Wertegemeinschaft. 78 Tage Krieg, 1000 Jagdbomber, 30.000 Angriffe. Vom italienischen Aviano aus, vom ungarischen Tászar, vom türkischen Incirlik, vom deutschen Kalkar und Ramstein, von englischen und US-amerikanischen, von französischen und holländischen Luftwaffenbasen aus, über Slowenien, Kroatien, Tschechien, die Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Makedonien, Albanien. Wahrhaft international. Als Kriegsgewinner dürfen sich internationale Konzerne schätzen, vor allem jene der Rüstungsindustrie.

Und der Widerstand gegen den Krieg? Er blieb im Nationalen verhaftet. Bei den täglich durch die NATO-Bomben betroffenen Serben sowieso. Aber auch an den Heimatfronten der Internationalen. Hier diente der serbische Nationalismus als Rechtfertigung für den Krieg. Zwischen links und liberal diskutierte man über das verhinderte Selbstbestimmungsrecht der albanischen Kosovaren, ohne überhaupt zu bemerken, daß diese Selbstbestimmung ausschließlich national definiert (gewesen) ist. Kosovo den Albanern, hieß die Losung der Selbstbestimmer aus dem Kosovo seit Titos Tod. Kosovo ist serbisch, lautete die ähnlich gestrickte Antwort aus Belgrad. Der durchschnittliche Kritiker an der Heimatfront nahm die albanische Position als sympathisch, die serbische als rassistisch.

Mit den schwarzbehemdeten Albanern, Opfern der serbischen Repressions- und Vertreibungspolitik, wollte in Wien dennoch kein/e Österreicher/in mitmarschieren. Die Aufschrift auf ihren T-Shirts, „NATO-air – just do it!", hatte keinen massenmobilisierenden Effekt. Auf der anderen Seite, auf der Seite der jugoslawischen/serbischen Opfer der internationalen Wertegemeinschaft, formierte sich eine bislang ungekannte Koalition von Kriegsgegner/innen: serbische Gastarbeiter schwenkten blau-weiß-rote Fahnen, die Farben je nach Präferenz unterschiedlich in jugoslawischer oder serbischer Variante gereiht, fallweise mit rotem Stern versehen; Ikonen tragende Frauen gedachten der Bombenopfer; allerlei Symbole der serbischen Volkskultur mischten sich mit Milošević-Postern und Fürst Lazar-Bildern. Griechische und bulgarische Banner begleiteten in orthodoxer Eintracht die serbischen Freunde. Nur zaghaft und vorsichtig getrauten sich österreichische Kriegsgegner/innen auf den Stephansplatz, die Albertina oder zum Denkmal des Erzherzog Karl am Heldenplatz: Kommunisten waren unter ihnen und manche Linksradikale, der eine oder andere Künstler protestierte gegen den Wahn des internationalen Bombenhagels, Sozialdemokraten und Grüne schlenderten fallweise auffällig unauffällig an den Demonstrationsplätzen vorüber. Die Distanz zu den Gastarbeitern war spürbar. Nur in manchen Szenen konnte sie überwunden werden.

Mazedonischer Volkstanz. (Foto: AzF)

Der Ekel vor der Nationalfahne, der jugoslawischen wie der serbischen, wurde zum Argument für die Nichtbeteiligung vieler Bauchwehkrieger an den Friedensdemonstrationen. Im gleichen Atemzug sprachen sie den Kundgebungen überhaupt jede Friedensabsicht ab. „NATO – raus aus Jugoslawien!", „Stoppt den Krieg!", „Keine Bomben", „Menschenrechte statt Bomben!", so und ähnlich lauteten die Parolen der Kriegsgegner an der Heimatfront. Der Ruf „Kosovo ist serbisch" genügte den stummen, distanzierten Beobachtern, um sich den Gastarbeiterdemos von der Position der Internationalen her zu nähern. „Kosovo ist serbisch" tönt freilich heute, nach 78 Tagen NATO-Krieg, wie eine historisch-nationale Remineszenz; Kosovo ist – mit Hilfe der Internationalen – albanisch geworden.

Als „nationalistischen Hexenkessel" bezeichnete Silvio L., stellvertretend für viele Bauchwehkrieger, die Manifestationen der serbischen Gastarbeiter mit ihren wenigen österreichischen Unterstützern. In der Welt der Internationalen eine folgerichtige Einschätzung. Wer allerdings die imperiale Logik mit ihrem verwertungsorientierten und missionarischen Eifer nicht als das Maß aller Dinge nimmt, hätte erkennen können, daß sich in den Wochen und Monaten des NATO-Krieges unter einem Teil der Wiener Bevölkerung – den serbischen Gastarbeitern, ihren Kindern und Kindeskindern –

eine Protestkultur entwickelt hat, die in der Zweiten Republik wohl einmalig ist. Tagtäglich gingen zwischen 500 und 3000 Menschen auf die Straße, mehrere Demonstrationen wiesen eine Beteiligung von 10.000 bis 20.000 Teilnehmer/innen auf. Der lange Atem der NATO-Gegner war bewundernswert; die politischen Diskussionen – großteils auf serbisch – heftig, kontrovers, umfassend. Die Einheit der Demonstranten blieb fraktionsgewohnten Österreichern zwar suspekt, im Angesicht der vernichtenden, brutalen und niemanden verschonenden Bombardements der NATO war sie indes selbstverständlich.

Noch nie zuvor demonstrierten in Wien so viele Menschen so ausdauernd für eine gerechte Sache, gegen den Krieg, der keine Rechtfertigung kennt, gegen den Jugoslawienkrieg, der keine Rechtfertigung kannte. Die veröffentlichte Wahrnehmung darüber war gering bis inexistent. Die öffentliche Wahrnehmung mußte, allein schon wegen der Ausdauer der Kriegsgegner/innen, breit sein. So breit, daß selbst der rechte Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider auf seiner Abschlußkundgebung zur EU-Wahl auf die Präsenz der jugoslawischen Gastarbeiter in den Straßen Wiens einging: Er, als nationaler Vertreter der Internationalen, brüstete sich am Stephansplatz vor seinen Wählern, das Zentrum von Wien wieder unter die Kontrolle der Österreicher gebracht zu haben – der nationalen Internationalen.

Menschenrecht und nationale Selbstbestimmung

Irrationale Glaubenssätze bestimmten seit Kriegsbeginn Politik und Berichterstattung. Seit 1991 hatten die Internationalen am Balkan ganze Arbeit geleistet, auch in der Propagandaschlacht. So kann als deren größter Coup gelten, in den Köpfen der Heimatfrontler eine Differenz zwischen guten und bösen Nationalisten aufgetan zu haben. Slowenien erhielt das Attribut „nicht national", Kroatien galt, muslimisch-Bosnien und Kosovo-Albanien gelten als „gute Nationale", Serbien als „böse". Seit 1991 ist Serbien – zum dritten Mal in diesem Jahrhundert – der Feind der deutschländischen Internationalen.

Da der Feind niemandem in der EU etwas Böses getan hatte, projizierte der wertegemeinschaftliche Internationale, ob nun direkter Kriegstreiber oder Bauchwehkrieger, sein Ehrgefühl in die vom Feind Verfolgten. Und weil er das als Meisterleistung einer Solidarisierung in einer völlig entsolidarisierten Welt empfand, füllte sich sein Herz mit Stolz, Kriegerstolz. Noch vor wenigen Jahren fühlte man im Westen kroatisch. Kroatien stand als Synonym für Demokratie, Menschenrecht und Unabhängigkeit. Heute machte man sich mit solchen Zuordnungen lächerlich.

Nun schlägt das Herz des Internationalen albanisch. Die Albaner im Kosovo kämpfen seit fast zwanzig Jahren um nationale Rechte. 1981 ertönte erstmals der Ruf nach einer „Kosovo-Republik", seit 1993 existiert die Untergrundbewegung UÇK, die Belgrad mit spektakulären Anschlägen aus der Reserve lockte. Daran war im Prinzip nichts Außergewöhnliches. Das Baskenland, Nordirland, Korsika, Palästina, Türkisch-Kurdistan, Osttimor usw. kennen ähnliche national motivierte Protagonisten für eine politische Unabhängigkeit. Und überall gehen Polizeistationen der Zentralmacht in Flammen auf, werfen sich spanische, britische, französische, israelische, türkische, indonesische Sondereinheiten in die mehr oder weniger heftig tobenden Scharmützel. Doch der Kosovo war anders. Hier traten die Großmächte USA und EU nach der erfolgreichen Teilung Bosniens 1995 auf den Plan, zeigten Verständnis für die Anschläge der UÇK auf staatliche Einrichtungen und machten den Sezessionisten Mut, unterstützten sie offen. Seit 1998 änderte man auch die Diktion: aus Terroristen wurden Freiheitskämpfer. Als Instrument zur Zerschlagung Jugoslawiens sind sie gut genug, ihr Streben nach politischer Unabhängigkeit nahm der Westen nicht wirklich ernst.

Der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner verschwand folgerichtig aus den Medien der Angriffskoalition. Hier war nur mehr von der Einrichtung eines Protektorates die Rede, allenfalls von den Problemen der Zonenaufteilung, insbesondere wegen der russischen Begehrlichkeiten am Balkan.

Derweil müht sich der eifrige Internationale auch post tragœdiae noch mit der Legitimation der NATO-Bombennächte ab. Menschenrechtsverletzung, lautet sein einzig verbliebenes Argument, nachdem die Vision von der nationalen Selbstbestimmung mit dem Protektoratsplan hinfällig geworden war. Die Verletzung von Menschenrechten für die kosovarische Bevölkerung sei flagrant, unübersehbar und bedürfe als ultima ratio des Krieges. Richtig ist, daß der Belgrader Administration seit Jahren vorzuwerfen war, ethnisch motivierte Unterdrückung im Kosovo zu betreiben. Bei den militärischen oder sonderpolizeilichen Schlägen gegen die UÇK wurden immer wieder ganze Dörfer oder Täler in Bürgerkriegszustand versetzt. Geflohene Bewohner, mal von der UÇK und mal von der jugoslawischen Armee zur Flucht gezwungen, gehörten seit bald einem Jahr zum grausamen Provinzalltag. Der Untragbarkeit dieser Situation waren sich alle Seiten bewußt. Nicht zuletzt deshalb einigten sich Belgrad und die OSZE mit Unterstützung Rußlands und der USA auf eine 1400 Mann starke internationale Beobachtertruppe für den Kosovo. Die optimistischen Lageberichte der OSZE unter ihrem Vorsitzenden, dem norwegischen Außenminister Vollebaeck, können bis Mitte Jänner 1999 in allen Zeitungen nachgelesen werden.

Die militärische Aggression gegen Jugoslawien wurde mit der Vertreibung der Kosovaren aus ihrer Heimat gerechtfertigt. Doch das war in erster Linie eine sich selbsterfüllende Prophezeiung. Belgrad hatte erst wieder massiv Militär in den Kosovo geschickt, als die Verhandlungen, die – wie wir heute wissen – keine waren, in Paris scheiterten und die NATO ihre Kriegsdrohung bekräftigte. Die systematische Vertreibung der Kosovaren setzte erst nach den Bombardierungen der NATO ein. Daraus machten auch offizielle Stellen im Westen kein Hehl, wenn sie – vom deutschen Außenamt bis zu den Asylverfahren verschiedener Gerichte, eine systematische ethnische Verfolgung im Kosovo bis zum Beginn des Bombenkrieges gegen Jugoslawien in Abrede stellten.

Vor der Faktenlage müßten die Argumente von den zu verteidigenden Menschenrechten als Kriegsgrund kapitulieren – spätestens seit dem Einmarsch der NATO in Kosova und der Errichtung eines Protektorats. Denn seit dem 24. März 1999 ist der Kosovo/das Kosova zweimal ethnisch gesäubert worden: einmal von albanischer und das zweite Mal von serbischer Bevölkerung. Die Erfolge der Internationalen lassen sich offensichtlich nicht an der Einhaltung von Menschenrechten messen. ■

Hannes HOFBAUER, Jahrgang 1955, ist Historiker und Journalist. Im Herbst erscheint von ihm ein Buch zur Zerstörung Jugoslawiens: „Balkankrieg", im Promedia Verlag.

Die Zerstörung Jugoslawiens

Michel CHOSSUDOVSKY

Fast zehn Jahre hat es gedauert, bis das einstige Bollwerk der Blockfreienbewegung, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, in ihre nationalen Bestandteile zerschlagen worden ist. Der kanadische Ökonom Michel Chossudovsky beleuchtet die ökonomischen Hintergründe dieser in mehreren Etappen vor sich gegangenen Tragödie.

Teil 1*
Die Sezession Sloweniens und Kroatiens und die Rekolonialisierung Bosniens

Während schwer bewaffnete NATO-Truppen den Frieden in Bosnien aufrechterhalten, porträtieren sowohl die Presse als auch Politiker die Intervention des Westens im früheren Jugoslawien als eine großmütige, wenn auch qualvoll verspätete Reaktion auf den Ausbruch ethnischer Massaker und Menschenrechtsverletzungen. Im Gefolge des Daytoner Friedensabkommens vom November 1995 ist der Westen eifrig bemüht, sein Selbstbildnis als Schützer der Südslawen aufzupolieren und am „Wiederaufbau" der seit kurzem unabhängigen Staaten weiterzuwirken.

Die öffentliche Meinung im Westen wird aber nach einem Muster, das seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges existiert, in die Irre geleitet. Die üblichen Erklärungsversuche, beispielsweise die Aufzeichnungen des ehemaligen US-Botschafters in Jugoslawien, Robert Zimmermann, münden darin, daß die aktuelle Lage auf dem Balkan das Ergebnis eines „aggressiven Nationalismus" ist und das unausweichliche Resultat tief verwurzelter ethnischer und religiöser Spannungen, die geschichtlich bedingt sind.[1] Ähnliches ist behauptet worden zum „Machtspiel auf dem Balkan" und dem Zusammenstoß zweier Persönlichkeiten: „Tudjman und Milošević reißen Bosnien-Herzegowina in Stücke."[2]

Die tatsächlichen ökonomischen und sozialen Ursachen des Konflikts sind jedoch in einer Bilderflut und zahllosen selbstgerechten Analysen untergegangen. Die dem Bürgerkrieg vorausgegangene tiefsitzende ökonomische Krise wurde meistenteils vergessen. Die strategischen Interessen Deutschlands und der USA, die die Grundlage für die Auflösung Jugoslawiens gebildet haben, bleiben ebenso unerwähnt wie die Rolle ausländischer Kreditgeber und internationaler Finanzinstitutionen. In den Augen der Weltmedien tragen die Westmächte keine Verantwortung für die Verarmung und Zerstörung eines Landes mit 24 Millionen Einwohnern.

Aber seit Beginn der achtziger Jahre haben die Westmächte mit Hilfe ihrer Herrschaft über das globale Finanzsystem bei der Durchsetzung gemeinsamer und individueller „strategischer Interessen" ihren Beitrag geleistet, die Ökonomie Jugoslawiens in die Knie zu zwingen und damit die schwelenden ethnischen und sozialen Konflikte anzuheizen. Heute richten sich die Bemühungen der internationalen Finanzgemeinde angeblich allein auf eine „Hilfe für die kriegsgeschüttelten Nachfolgestaaten Jugoslawiens". Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit jedoch auf Truppenbewegungen und Waffenstillstände gelenkt ist, sind Geldgeber und internationale Finanzinstitutionen geschäftig dabei, die Auslandsschulden Jugoslawiens einzutreiben, wobei sie den Balkan in eine geschützte Oase der freien Marktwirtschaft verwandeln.

Schrittweise, seit Anfang der achtziger Jahre, haben die von Belgrads Geldgebern verlangten Reformen ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausgelöst, das zur Auflösung des Industriesektors und zur allmählichen Demontage des jugoslawischen Sozialsystems geführt hat. In einer als „streng geheim" ausgewiesenen Nationalen Sicherheits-Direktive (NSDD 133) von 1984 mit dem Titel „US-Politik gegenüber Jugoslawien" hatte die Reagan-Administration die jugoslawische Ökonomie direkt ins Visier genommen, trotz der politischen Blockfreiheit Belgrads und dessen ausgedehnten Handelsbeziehungen mit den USA und der EG. Eine zensierte Version dieses Dokuments, die 1990 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, stimmt weitestgehend mit einer Nationalen Sicherheits-Direktive (NSDD 54) zu Osteuropa von 1982 überein. Zu den Zielen gehörten „ausgedehnte Bemühungen, eine ‚Stille Revolution' zum Sturz kommunistischer Regierungen und Parteien zu fördern" und die Reintegration der osteuropäischen Länder in den Einflußbereich des Weltmarktes.[3]

Sezessionistische Bestrebungen, die sich aus sozialen und ethnischen Spannungen speisten, kamen während der Periode der brutalen Verarmung der Bevölkerung Jugoslawiens erst recht in Schwung. Die erste Phase der gesamtwirtschaftlichen Reformen, kurz vor dem Tode Marschall Titos initiiert, hat „ein wirtschaftliches und politisches Chaos ausgelöst (...). Geringeres Wachstum, steigende Auslandsschulden, insbesondere der höhere Schuldendienst, sowie die gleichzeitige Abwertung der Währung führten zu einem Fall des Lebensstandards des durchschnittlichen Jugoslawen (...). Die wirtschaftliche Krise bedrohte die politische Stabilität (...) sie führte ebenso zu einer Verschärfung der schwelenden ethnischen Konflikte."[4]

Diese Reformen waren von der Unterzeichnung diverser Umschuldungsvereinbarungen mit öffentlichen und privaten Kreditgebern begleitet. Sie trugen dazu bei, die Institutionen des Bundesstaates zu schwächen, und schufen politische Spannungen zwischen Belgrad, den Republiksregierungen und den Verwaltungen in den Autonomen Provinzen. „Ministerpräsident Milka Panić, der das Programm durchführen sollte, mußte dem IWF eine unmittelbare Erhöhung der Schuldentilgungsrate und seine Zustimmung zu anderen Maßnahmen aus dem Arsenal der Reaganomics zusagen (...)."[5]

Auf die Anfangsphase der gesamtwirtschaftlichen Reform 1980 folgte

---

* Teil 1 ist die leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages, der erstmals in deutscher Übersetzung erschienen ist in: »Marxistische Blätter Special«: Nato-Krieg und Kosovo-Konflikt. Hintergründe, Zusammenhänge, Perspektiven. 38. Jg., Essen 1999.

der Absturz des industriellen Wachstums auf 2,8 Prozent in der Zeitspanne von 1980-1987, der weitere Fall auf Null für den Zeitraum 1987-1988, bis hin zu einem Minus von 10,6 Prozent 1990.[6] Die Auswirkungen der Wirtschaftsreform erreichten ihren Gipfel unter der Pro-US-Regierung des Ministerpräsidenten Ante Marković. Im Herbst 1989, unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer, reiste dieser nach Washington zu einem Treffen mit George Bush. Als Gegenleistung für einschneidende Wirtschaftsreformen wie eine Währungsabwertung, das Einfrieren der Löhne, eine drastische Beschneidung der Regierungsausgaben und die Auflösung der selbstverwalteten vergesellschafteten Betriebe war ein „finanzielles Hilfspaket" zugesagt worden.[7] Die im Januar 1990 begonnene „Wirtschaftstherapie" steuerte ihren Teil dazu bei, das föderale System Jugoslawiens lahmzulegen. Die Staatseinnahmen, die als Transferleistungen für die Bundesrepubliken und autonomen Regionen gedacht waren, wurden statt dessen für den Schuldendienst Belgrads in die Finanzclubs nach London und Paris umgeleitet. Die Republiken wurden größtenteils sich selbst überlassen, was den Prozeß des politischen Zerfalls beschleunigte. Mit einem Schlag hatten die Reformer die restlose Zerstörung einer föderalen Steuerstruktur bewerkstelligt und den politischen Institutionen des Bundes tödlichen Schaden zugefügt. Die vom IWF herbeigeführte Haushaltskrise schuf ein ökonomisches „Fait accompli", das 1991 zum Teil den Weg für die formale Abtrennung Kroatiens und Sloweniens geebnet hat.

Die Vereinbarung mit dem IWF

Das Reformpaket wurde im Januar 1990 auf den Weg gebracht und bestand in einem IWF-Moratorium (Stand-By-Arrangement/SBA) und einem Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank (SAL II). Die Etatkürzungen erforderten eine Umlenkung der Steuereinnahmen des Bundes in den Schuldendienst und die Einstellung von Ausgleichszahlungen an die Regierungen der Teilrepubliken und die Verwaltungen der Autonomen Provinzen. Das beschleunigte den politischen Zerfallsprozeß, Separatismus und den Effekt der sogenannten Balkanisierung. Die serbische Regierung wies das Austeritätsprogramm Markovićs zurück; es hatte unmittelbar dazu geführt, daß 650.000 Arbeiter in Serbien gegen die Bundesregierung auf die Straße gingen.[8] Die Gewerkschaftsbewegung zeigte in diesem Kampf Geschlossenheit: „Der Arbeiterwiderstand überschritt die ethnischen Grenzen, denn Serben, Kroaten, Bosnier und Slowenen begehrten (...) im Schulterschluß mit ihren Arbeitskollegen auf (...)."[9]

Die Unternehmensreform 1989

Die unter Premier Ante Marković 1989 angenommene industrielle Strukturreform spielte eine entscheidende Rolle dabei, den industriellen Sektor in den Bankrott zu lenken. Das Bruttosozialprodukt war 1990 um 7,5 Prozent gesunken.[10] 1991 schrumpfte das BSP um weitere 15 Prozent, die Industrieproduktion sank um 21 Prozent.[11] Das von den Kreditgebern Belgrads verlangte Strukturprogramm hatte zum Ziel, Betriebe in gesellschaftlichem Eigentum abzuschaffen. Das 1989 eingeführte Unternehmensgesetz forderte die Auflösung der „Basisorganisationen der Assoziierten Arbeit (BAOL)".[12] Das waren vergesellschaftete Produktionseinheiten, die unter der Selbstverwaltung von Arbeiterräten als wichtigsten Entscheidungsorganen standen. Dem Gesetz zufolge hätten diese in privatkapitalistische Unternehmen umgewandelt werden müssen, wobei der Arbeiterrat durch einen „Sozialrat" unter Kontrolle der Betriebseigner und ihrer Geldgeber ersetzt werden sollte.[13] „Das Ziel war, die jugoslawische Ökonomie einer massiven Privatisierung zu unterwerfen und den öffentlichen Sektor aufzulösen. Wer sollte das durchführen? Die Bürokratie der Kommunistischen Partei, insbesondere in Militär- und Geheimdienstkreisen, wurde umworben. Ihr wurde politische und wirtschaftliche Unterstützung unter der Bedingung angeboten, daß eine umfassende Abschaffung sozialer Rechte für die jugoslawische Arbeiterschaft umgesetzt wird (...)."[14]

Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Zahlreiche neue tragende Bestandteile der Gesetzgebung sind rasch mit Unterstützung von westlichen Juristen und Beratern umgesetzt worden. Mit der Absicht, die „Genossenschaftsbanken", die sich im Kollektiveigentum befanden, zu liquidieren, wurde ein Bankengesetz verabschiedet. Mehr als die Hälfte aller Banken des Landes wurde aufgelöst, Schwerpunkt ist die Bildung „profitorientierter unabhängiger Institutionen".[15] Das komplette „dreizügige Bankensystem", bestehend aus der jugoslawischen Nationalbank, den Nationalbanken der acht Teilrepubliken und autonomen Provinzen und den Handelsbanken, war bis 1990 unter Leitung der Weltbank zerschlagen worden.[16] Über ein Anpassungsdarlehen der Weltbank für den Finanzsektor wurde 1990 verhandelt. Es sollte 1991 von der Regierung in Belgrad angenommen werden.

Das Bankrott-Programm

Alle Industrieunternehmen waren sorgfältig kategorisiert worden. Nach den von IWF und Weltbank geförderten Reformen wurden Kredite für den industriellen Sektor eingefroren – mit dem Zweck, die Konkursentwicklung zu beschleunigen. Sogenannte „Abwicklungsmechanismen" wurden 1989 nach dem Finanzhandelsgesetz in Kraft gesetzt.[17] Das Gesetz verlangte, daß Unternehmen, die länger als 30 fortlaufende Tage oder an 30 Tagen innerhalb einer 45-Tage-Periode zahlungsunfähig sind, mit den Geldgebern innerhalb der nächsten 15 Tage über eine Einigung konferieren müssen. Dieser Mechanismus ermöglichte den Kreditgebern (einschließlich einheimischer und ausländischer Banken), ihre Kredite in Kontrollanteile bei den zahlungsunfähigen Unternehmen umzuwandeln. Nach diesem Gesetz hatte die Regierung keine Interventionsmöglichkeit mehr. Wenn keine Einigung erzielt werden konnte, wurde der Konkurs eingeleitet, bei dem die Beschäftigten in der Regel ohne Abfindungszahlungen blieben.[18]

Nach offiziellen Angaben gingen 1989 248 Firmen in Konkurs bzw. wurden aufgelöst. Dabei wurden 89.400 Beschäftigte entlassen.[19] Innerhalb der ersten neun Monate im Jahre 1990, unmittelbar nach Annahme des IWF-Programms, wurden weitere 889 Unternehmen mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 525.000 Menschen diesem Konkurs-Programm unterzogen.[20] Mit anderen Worten: Der „auslösende Mechanismus" (nach dem Finanzhandelsgesetz) hatte in weniger als zwei Jahren für die Entlassung von 600.000 Beschäftigten gesorgt, bei einer nur 2,7 Millionen starken industriellen Arbeiterschaft in ganz Jugoslawien. Die größte Konzentration von Firmenkonkursen gab es in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und im Kosovo.[21]

Viele vergesellschaftete Betriebe versuchten den Konkurs zu umgehen,

indem sie die Lohnzahlungen aussetzten. Eine halbe Million Arbeiter, das entspricht annähernd zwanzig Prozent der Industriearbeiterschaft, erhielt in den Anfangsmonaten des Jahres 1990 keine Löhne. Damit sollte den Forderungen der Kreditgeber entsprochen werden, wie sie in den „Schlichtungsverfahren" nach dem Gesetz über Finanzorganisationen festgesetzt wurden. Die Reallöhne befanden sich in freiem Fall, die Sozialprogramme waren zusammengebrochen, und die Arbeitslosigkeit nahm aufgrund der Pleiten von Industrieunternehmen überhand. Diese Faktoren schufen in der Bevölkerung eine Atmosphäre von sozialer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. „Als Herr Marković schließlich sein ‚Privatisierungsprogramm' begann, hatten die einheimischen Oligarchien – angetrieben von einer Vision einer ‚nationalen Wiedergeburt' nach eigenem Muster – die Wahl zwischen einem selbständigen jugoslawischen Markt und ungebremster Hyperinflation. Sie entschieden sich für Krieg, denn der würde die wirklichen Ursachen der ökonomischen Katastrophe verschleiern."[22]

Das ab Januar 1990 vom IWF unterstützte Reform-Paket trug zweifelsohne zu steigenden Unternehmensverlusten bei und beschleunigte den Ruin großer Betriebe in den Bereichen der Elektrotechnik, Petrochemie, Maschinenbau und Chemie. Darüber hinaus setzte mit der Deregulierung der Handelskontrolle eine Importflut ausländischer Gebrauchsgüter ein, die die Inlandsproduktion weiter destabilisierte. Diese Importe wurden mit den durch das IWF-Paket gewährten Geldern finanziert, das heißt, den verschiedenen „schnell auszahlbaren Anleihen", die vom IWF, der Weltbank und bilateralen Geldgebern zugunsten der Wirtschaftsreform gewährt wurden. Die profitablen Importe erhöhten die jugoslawischen Auslandsschulden. Drastische Zinssteigerungen und die Steigerung der Grundkosten für die einheimischen Unternehmen hatten zu einer Verdrängung und zum Ausschluß der einheimischen Produzenten vom nationalen Markt geführt.

Politischer Zerfall

Die Sparmaßnahmen im Dienste weitsichtiger strategischer Interessen hatten für die „Rekolonialisierung des Balkan" eine Basis geschaffen. Bei den Wahlen 1990 stand die Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt des politischen Streites. Separatistische Koalitionen konnten die Kommunisten in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und in Slowenien besiegen.

Nach dem entscheidenden Wahlsieg der rechtsgerichteten Demokratischen Union in Kroatien im Mai 1990 unter der Führung Franjo Tudjmans erhielt die Abspaltung Kroatiens die formale Zustimmung des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der beinahe täglich mit seinem Kollegen in Zagreb in Verbindung stand.[23] Deutschland unterstützte nicht nur die Abspaltung, es „bestimmte auch das Tempo der internationalen Diplomatie" und drängte seine westlichen Verbündeten zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Kroatien (einschließlich des Territoriums von Bosnien-Herzegowina) war im Zweiten Weltkrieg unter dem faschistischen Ustascha-Regime ein Satellit der Achsenmächte gewesen: „Die deutsche Expansionspolitik wird von einem Anwachsen des Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit begleitet (...). Deutschland möchte freie Hand haben, um seine ökonomische Vormachtstellung in ganz Mitteleuropa auszubauen (...)."[24] Washington hingegen bevorzugte die Bildung „einer losen Konföderation durch die Unterstützung demokratischen Fortschritts (...). [Der US-Außenminister] Baker sagte [dem kroatischen Präsidenten] Franjo Tudjman und [dem slowenischen Präsidenten] Milan Kučan, daß die USA eine einseitige Abspaltung nicht ermutigen oder unterstützen würden (...) wenn sie unbedingt gehen müßten, dann sollten sie das durch die Ausarbeitung einer vertraglichen Vereinbarung tun".[25]

Der Wiederaufbau nach dem Krieg

Die Wirtschaftsreformen, die jetzt den Nachfolgestaaten aufgezwungen werden, sind eine logische Erweiterung und Fortsetzung dessen, was in der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien durchgesetzt wurde. Die Nachwirkungen eines brutalen und zerstörerischen Krieges beinhalten trübe Aussichten für einen Wiederaufbau der neuerdings unabhängigen Republiken. Obwohl die Presse das Thema weitgehend ausblendet, sind Umschuldungen ein integraler Bestandteil des Friedensprozesses. Das ehemalige Jugoslawien ist unter der Lupe der ausländischen Kreditoren zerstückelt, seine Auslandsschulden sind auf die Nachfolgestaaten verteilt worden. Die Privatisierungsprogramme, die unter der Ägide der Geberländer installiert worden sind, haben zu einer noch größeren Wirtschaftskrise und weiterer Verarmung der Bevölkerung beigetragen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in vier Jahren um sage und schreibe 50 Prozent gefallen (1990-1993).[26]

Darüber hinaus kollaborieren die Führer der neuerdings souveränen Staaten voll und ganz mit den ausländischen Gläubigern: „Alle gegenwärtigen Führer der ehemaligen jugoslawischen Republiken waren Funktionäre der Kommunistischen Partei, und jeder von ihnen wetteiferte darum, die Forderungen der Weltbank und des IWF genauestens zu erfüllen, um sich für die Investitionskredite und die beträchtlichen Geschenke an die politische Elite zu qualifizieren (...). Staatliche Betriebe wurden geplündert, ihre Maschinenparks tauchten in ‚Privatunternehmen' auf, die von Familienmitgliedern der Nomenklatura geführt werden."[27]

Noch während der Krieg in Bosnien andauerte, traten Kroatien, Slowenien und Makedonien in unabhängige Kreditverhandlungen mit den Institutionen von Bretton Woods ein. In Kroatien ratifizierte die Regierung 1993 unter Franjo Tudjman ein Abkommen mit dem IWF. Die in diesem Abkommen verlangten massiven Haushaltskürzungen lähmten Kroatiens Anstrengungen zur Stimulierung der eigenen Wirtschaftskräfte und gefährdeten somit den Wiederaufbau nach dem Krieg. Die Wiederaufbaukosten der kriegsgeschüttelten kroatischen Wirtschaft sind auf etwa 23 Milliarden US-Dollar geschätzt worden, weitere Kredite sind unvermeidlich. Ohne Schuldenstreichungen wird die Schuldenlast Zagrebs bis weit ins 21. Jahrhundert immer weiter anwachsen.

Als Gegenleistung für ausländische Kredite hat die Regierung Tudjman Reformen zugestimmt, die zu noch mehr Firmenstillegungen und Konkursen geführt haben, während die Löhne auf ein katastrophal niedriges Niveau gefallen sind. Die offizielle Arbeitslosenrate stieg von 15,5 Prozent (1991) auf 19,1 Prozent 1994.[28]

Zagreb hat auch ein weit strengeres Konkursrecht eingeführt, zusammen mit „Entflechtungsverfahren" für große staatseigene Betriebe. In ihrer „Absichtserklärung" an die Bretton-Woods-Institutionen verspricht die kroatische Regierung die Restrukturierung und völlige Privatisierung der Banken, und zwar unter Mithilfe der Europäischen Bank für Wiederaufbau

Bäuerinnen auf dem Weg zum Markt. (Foto: Heinz Müller-Brunke)

und Entwicklung sowie der Weltbank. Diese Institutionen haben einen weiteren Umbau des kroatischen Finanzmarkts verlangt, um ihn für westliche Investoren und Finanzspekulanten leichter zugänglich zu machen. Nach der mit dem IWF 1993 unterzeichneten Vereinbarung ist es der Regierung in Zagreb nicht weiter erlaubt, die eigene Wirtschaftskapazität durch eine selbständige Steuer- und Geldmarktpolitik zu stimulieren.

Makedonien hat einen ähnlichen wirtschaftspolitischen Weg eingeschlagen. Im Dezember 1993 stimmte die Regierung in Skopje einer Senkung der Reallöhne und einem Einfrieren der normalen Kredite zu, um einen Sonderkredit von der „Systemanpassungsabteilung" (Systemic Transformation Facility/STF) des IWF zu erhalten. Ein eher untypischer Nebeneffekt lag in der Beteiligung des Multimilliardärs George Soros an den Aktivitäten der „internationalen Unterstützergruppe", die sich hauptsächlich aus der Regierung der Niederlande und der in Basel beheimateten Bank für internationale Schuldentilgung zusammensetzte. Das Geld, das diese Unterstützergruppe zur Verfügung stellte, war aber nicht für den Wiederaufbau bestimmt, sondern für die Zahlung von Schuldenrückständen Skopjes an die Weltbank.[29]

Als Gegenleistung für diese Umschuldung mußte die Regierung des makedonischen Premierministers Branko Crvenkovski der Abwicklung der restlichen „Verlustbetriebe" und der Entlassung der „überflüssigen" Arbeiter zustimmen – was für die Hälfte der Industriearbeiter des Landes die Arbeitslosigkeit bedeutete. Dazu bemerkte der stellvertretende Finanzminister nüchtern, daß es bei astronomischen Profitraten aufgrund der kreditorengesponserten Bankreform „buchstäblich unmöglich war, einen Betrieb im Land zu finden, der (...) kostendeckend arbeitete."[30]

Im allgemeinen bedeutet die Wirtschaftstherapie des IWF für Makedonien eine Fortführung des Bankrottprogramms, das im ehemaligen Jugoslawien 1989 gestartet wurde. Die Filetstücke der Wirtschaft werden jetzt an der neuen makedonischen Börse gehandelt, die Versteigerung der ehemaligen vergesellschafteten Betriebe hat zu einem Wirtschaftskollaps und grassierender Arbeitslosigkeit geführt. Und trotz des wirtschaftlichen Niedergangs, der Zerstörung des Schul- und Gesundheitswesens, die das Sparprogramm mit sich gebracht hat, erzählte der Finanzminister der Weltöffentlichkeit stolz, daß „die Weltbank und der IWF Makedonien in Hinblick auf die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen zu den erfolgreichsten Ländern zählen". Der Vorsitzende der IWF-Arbeitsgruppe zu Makedonien, Paul Thomsen, ergänzte übereinstimmend, daß „die Ergebnisse des Stabilisierungsprogramms eindrucksvoll" seien und erwähnte besonders lobend die „effektive Lohnpolitik" der Regierung in Skopje.[31]

Der „Wiederaufbau" Bosnien-Herzegowinas

Während das Friedensabkommen in Bosnien unter den Waffen der NATO offenbar Gültigkeit besitzt, installiert der Westen in Bosnien-Herzegowina ein „Wiederaufbauprogramm", das das Land seiner wirtschaftlichen und ökonomischen Souveränität vollständig beraubt. Dieses Programm besteht hauptsächlich darin, Bosnien-Herzegowina als ein geteiltes, von der NATO militärisch besetztes und vom Westen verwaltetes Territorium weiterzuentwickeln. Gestützt auf das Dayton-Abkommen, haben die USA und die Europäische Gemeinschaft eine hundertprozentige koloniale Verwaltung in Bosnien installiert. Als ihr Kopf fungierte 1995 der Hochkommissar Carl Bildt, ein ehemaliger Premierminister Schwedens und Vertreter der Europäischen Gemeinschaft bei den Friedensverhandlungen in Bosnien. Der Hochkommissar hat volle Exekutivrechte in allen zivilen Angelegenheiten. Er kann sogar Regierungsentscheidungen sowohl der bosnisch-kroatischen Föderation als auch der bosnisch-serbischen Republika Srpska außer Kraft setzen. Der Hochkommissar handelt in enger Übereinstimmung mit dem IFOR-Generalkommando und den Agenturen der Geberländer.

Eine internationale Polizeitruppe unter der Führung eines Kommandeurs, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Ghali, eingesetzt wurde, setzt sich aus 1700 Polizisten aus fünfzehn Ländern zusammen, von denen die meisten vorher nie auf dem Balkan gewesen sind. Die „Ausbildung" für diese Polizisten bestand aus einem fünf Tage dauernden Trainingsprogramm in Zagreb, bevor sie stationiert wurden.

Während der Westen ständig seine Hilfe für die Demokratie betont, kann das Parlament Bosniens, das mit der „Verfassung" nach dem Dayton-Abkommen eingerichtet wurde, völlig zu Recht als Farce angesehen werden. Hinter der demokratischen Fassade liegt die tatsächliche Macht in den Händen jener Schattenregierung, die aus dem Hochkommissar und ausländischen Beratern besteht.

Dazu kommt, daß die Verfassung, der in Dayton zugestimmt wurde, die

Wirtschaftspolitik völlig den Bretton-Woods-Institutionen und der in London residierenden Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung überantwortet. Artikel VII dieser Verfassung besagt, daß der Präsident der bosnischen Zentralbank vom IWF bestimmt wird und „weder ein Bürger Bosnien-Herzegowinas noch eines der Nachbarstaaten" sein darf.

So, wie der Präsident der Zentralbank vom IWF ernannt wird, darf die Zentralbank nach den Maßgaben der Verfassung nicht als Zentralbank tätig sein. „Während der ersten sechs Jahre (...) darf sie keine Kredite mit dem Effekt der Geldschöpfung vergeben. Dadurch fungiert sie nur als einfache Emissionsbank" (Artikel VIII). Dem neuen „souveränen" Nachfolgestaat wird eine eigene Währung verweigert (die Ausgabe von Papiergeld ist nur dann vorgesehen, wenn es voll durch ausländische Devisen gedeckt ist). Das bedeutet, daß die eigenen wirtschaftlichen Ressourcen gar nicht mobilisiert werden können. Wie in den anderen Nachfolgestaaten, wird Bosniens Fähigkeit zur Selbstfinanzierung des Wiederaufbaus (ohne massive Auslandsverschuldung) von Anfang an geschwächt.

Das Management der bosnischen Wirtschaft ist mit Bedacht unter den Institutionen der Geberländer aufgeteilt worden: während die Zentralbank unter IWF-Überwachung steht, kontrolliert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung die Kommission zur Regulierung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, die die Geschicke aller staatlichen Unternehmen lenkt, von der Energie- und Wasserwirtschaft über die Post, die Straßenbauverwaltung, die Eisenbahnen usw. Der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ernennt den Vorsitzenden dieser Kommission, der die Restrukturierung des öffentlichen Sektors überwacht, was in diesem Fall nicht viel mehr heißt, als den Ausverkauf staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums zum Vorteil von Langzeit-Investitionsfonds.

Man kann sich nicht um folgende grundsätzliche Frage herumdrücken: Verdient die bosnische Verfassung, wie sie von den Staatschefs in Dayton vereinbart wurde, überhaupt ihren Namen? Ein ernster und gefährlicher Präzedenzfall ist in der Geschichte der internationalen Beziehungen geschaffen worden: Westliche Kreditoren haben ihre Interessen in eine „Verfassung" eingebettet, die hastig zu ihrem Vorteil zusammengeschrieben wurde; wichtige Posten des bosnischen Staats werden standardmäßig von Nicht-Bosniern besetzt, ernannt von westlichen Finanzorganisationen.

Keine verfassunggebende Versammlung, keine Beratungen mit Bürgerorganisationen in Bosnien-Herzegowina, keine „verfassungsrechtlichen Zusätze" nach amerikanischem Vorbild, die bürgerliche Grundrechte verbriefen, nichts.

Die bosnische Regierung schätzt, daß der Wiederaufbau 47 Milliarden US-Dollar kosten wird. Westliche Geberländer haben drei Milliarden an Wiederaufbaukrediten versprochen, aber nur magere 518 Millionen Dollar wurden im Dezember 1995 gewährt, von denen, dem Dayton-Abkommen gemäß, ein Teil für die zivilen Kosten der IFOR-Truppenstationierung bestimmt war und ein anderer Teil für die Rückzahlung von Schulden an internationale Kreditoren.

In einem schon zum Standard gewordenen Verfahren sind „neue Kredite" gewährt worden, um alte Schulden zurückzuzahlen. Die Zentralbank der Niederlande hat zum Beispiel großzügigerweise eine Summe von 37 Millionen Dollar als „Überbrückungskredit" gewährt. Aber der Kredit ist zweckbestimmt: Er soll Bosnien in die Lage versetzen, alte Schulden an den IWF zurückzuzahlen. Ansonsten möchte der IWF Bosnien nämlich kein Geld mehr leihen.[32] Und der nächste Schritt in dieser absurden Spirale: Der angeforderte Kredit vom „Notfonds" des IWF für sogenannte „Nachkriegsgesellschaften" wird überhaupt nicht in den Wiederaufbau fließen, sondern dazu dienen, den Kredit aus den Niederlanden zurückzuzahlen, der doch dazu diente, alte Schulden mit dem IWF zu begleichen! Auf diese Weise schraubt sich die Schuldenspirale in die Höhe, während überhaupt keine realen finanziellen Ressourcen für den Wiederaufbau der kriegsversehrten Ökonomie verwendet werden.

Multis haben ein Auge auf die Ölfelder Bosniens

Die westlichen Regierungen und Konzerne zeigen mehr Interesse am Zugriff auf mögliche strategische Rohstoffe als am Wiederaufbau Bosniens. Unterlagen in Kroatien und in den Händen bosnischer Serben weisen auf Öl- und Kohlevorkommen in den östlichen Ausläufern der Dinariden hin, einer Region, die den rebellierenden bosnischen Serben in der Krajina von der Armee Kroatiens bei deren Schlußoffensive vor dem Dayton-Abkommen abgenommen wurde. Aus offiziellen Quellen in Bosnien wurde bekannt, daß die in Chicago ansässige Firma AMOCO neben einigen anderen ausländischen Unternehmen daraufhin geologische Untersuchungen in Bosnien veranlaßt hat. Der Westen sorgt sich um die Entwicklung dieser Region: „Die Weltbank und die multinationalen Unternehmen, die diese Forschungsoperationen durchgeführt haben, weigern sich, die Ergebnisse dieser Forschungen während der Fortsetzung des Krieges den kriegführenden Regierungen bekannt zu machen", hieß es im August 1995.[33] Des weiteren gibt es „ausgedehnte Ölfelder in dem von den Serben gehaltenen Teil Kroatiens am Fluß Sava in der Region um Tuzla". In diesem Gebiet ist der Generalstab der nach dem Dayton-Abkommen eingesetzten US-Militär-Division in Tuzla[34] untergebracht.

Die territoriale Aufteilung Bosniens zwischen der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Bosnisch-Serbischen Republik Srpska gemäß dem Dayton-Abkommen erhält somit eine strategische Bedeutung. Die 60.000 vor Ort anwesenden NATO-Soldaten, die „den Frieden durchsetzen", verwalten in Übereinstimmung mit den ökonomischen Interessen des Westens die territoriale Aufteilung des Landes.

Nationale Souveränität ist nicht gefragt, über die Zukunft Bosniens wird eher in Washington, Bonn und Brüssel entschieden als in Sarajevo. Der Prozeß des „Wiederaufbaus", der auf Umschuldungsszenarien basiert, ist eher dazu geeignet, Bosnien-Herzegowina (ebenso wie die anderen übrigen Republiken des ehemaligen Jugoslawien) auf den Status eines Dritte Welt-Landes herunterzudrücken.

Die gesamtgesellschaftlichen Strukturprogramme, die unter der Ägide einer neoliberalen Politik in Jugoslawien durchgesetzt wurden, haben einen unwiderruflichen Beitrag zur Zerstörung eines ganzen Landes geleistet. Doch seit dem Kriegsausbruch 1991 ist die zentrale Rolle dieser ökonomischen Umstrukturierung übersehen und ausgeblendet worden. Die „freie Marktwirtschaft" wurde als die Lösung präsentiert, als Grundlage, eine kriegsversehrte Wirtschaft wiederaufzubauen. Eine detailgetreue Chronik des Krieges und des „friedensschaffenden Prozesses" wurde der Öf-

fentlichkeit von den Medien angeboten, doch die soziale und politische Bedeutung des Umstrukturierungsprozesses wurde sorgfältig dem allgemeinen Verständnis von dem, „was eigentlich passiert ist", vorenthalten. Kulturelle, ethnische und religiöse Unterschiede werden hervorgehoben und dogmatisch als die einzige Ursache der Krise präsentiert, obwohl sie eigentlich nur die Konsequenzen aus einem tieferliegenden Prozeß ökonomischer und politischer Widersprüche sind.

Der Ruin eines Wirtschaftssystems, inklusive der Übernahme der produktiven Filetstücke, die Ausdehnung der Märkte und der „Streit um Land" auf dem Balkan bilden die wirklichen Grundlagen des Konflikts. Zur Disposition stehen heute in Jugoslawien die Leben von Millionen Menschen. Die wirtschaftlichen Umstrukturierungen zerstören ihre Lebensgrundlagen, verweigern ihnen das Recht auf Arbeit, Essen, soziale Sicherheit, auf ihre Kultur und Identität (...). Es werden neue politische Grenzen gezogen, die Rechtssyteme werden umgestülpt, vergesellschaftete Betriebe werden in den Ruin getrieben, das Finanz- und Bankensystem wird zerstört, Sozialprogramme und soziale Einrichtungen werden kaputtsaniert. Rückblickend sind die ökonomischen und sozialen Errungenschaften Jugoslawiens in der Vorkriegszeit vor 1980 durchaus eine Erinnerung wert: Das Wachstum des Bruttoinlandproduktes betrug durchschnittlich 6,1 Prozent jährlich in einem Zeitraum von 20 Jahren (1960-1980). Es gab eine freie medizinische Versorgung mit einem Arzt für 550 Menschen, 91 Prozent der Menschen konnten lesen und schreiben, die Lebenserwartung lag bei 72 Jahren.[35]

Jugoslawien ist ein Spiegel für ähnliche ökonomische Strukturprogramme, die nicht nur in den sogenannten Schwellenländern zum Einsatz kommen, sondern auch in den letzten Jahren in den USA, Kanada und Westeuropa durchgesetzt wurden. Den Menschen wird glauben gemacht, es gebe keine andere Lösung: Betriebe müssen geschlossen, die Arbeiter entlassen und Sozialprogramme gestrichen werden. In diesem Zusammenhang sollte die ökonomische Krise Jugoslawiens gesehen werden. Oder zugespitzt formuliert, die Reformen in Jugoslawien sind der brutale Niederschlag eines zerstörerischen Wirtschaftsmodells, das als neoliberales Programm global allen Volkswirtschaften aufgezwungen wird.

Teil 2
Der Angriffskrieg der NATO gegen Serbien und Montenegro

Jugoslawien ins Visier zu nehmen war nur der Anfang. In der Flut von Medienbildern und legitimatorischen Analysen blieben die umfassenderen strategischen Interessen wie auch die ökonomischen Gründe für den Krieg unerwähnt. Bereits im Jahr 1995 sah der unlängst verstorbene Sean Gervasi einen Krieg ins Haus stehen. Seiner Ansicht nach reichten die strategischen Ziele Washingtons weit über den Balkan hinaus und bestanden im wesentlichen darin, „in Jugoslawien ein Regime westlicher Prägung zu installieren und Serbiens geographische Ausdehnung, seine Macht und seinen Einfluß auf ein Minimum zu reduzieren".[36]

Daß sich die USA in Südeuropa und im Mittelmeer festsetzen, bedeutet in diesem Kontext einen Schritt in Richtung Ausweitung der geopolitischen Einflußsphäre Washingtons über den Balkan hinaus: in die Region um das Kaspische Meer, nach West- und Zentralasien.

In dieser Hinsicht setzt die NATO-Militärintervention in Jugoslawien (unter Verletzung des Völkerrechts) außerdem einen gefährlichen Präzedenzfall: Künftigen Militärinterventionen wird so „Legitimität" verliehen. Um die strategischen Ziele zu erreichen, werden Volkswirtschaften destabilisiert, fließt in Form verdeckter Unterstützung bewaffneter Aufstände Geld in regionale Konflikte. Mit anderen Worten: Durch den Konflikt in Jugoslawien werden jene Voraussetzungen geschaffen, die künftige Interventionen der Allianz in die „inneren Angelegenheiten souveräner Staaten" legitimieren.

Die Absicherung strategischer US-Interessen in Osteuropa, auf dem Balkan und darüber hinaus, war nicht nur durch die Erweiterung der NATO gekennzeichnet (zwei Wochen vor Beginn der Bombardements erfolgte der NATO-Beitritt Ungarns, Polens und Tschechiens), sondern auch durch eine ernstzunehmende Spaltung innerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) in der Frage der jeweiligen geopolitischen Orientierung.

Ende April unterzeichneten Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien in Washington ein Abkommen, mit dem ein regionales Bündnis (GUUAM) geschaffen wurde. Dieses liegt strategisch gesehen im Mittelpunkt der reichen kaspischen Gas- und Ölvorräte, „wobei Moldawien und die Ukraine [via Pipeline] Exportrouten Richtung Westen bieten".[37] Geprägt von Nationalitätenkonflikten und separatistischen Bewegungen, ist die Region bereits jetzt instabil, und ihre geopolitische Spaltung weist eine direkte Beziehung zur Krise in Jugoslawien auf.

Von den Mitgliedern der neuen, NATO-freundlichen politischen Gruppierung wurde die Bombardierung Jugoslawiens nicht nur stillschweigend unterstützt, sondern sie stimmten auch einer militärischen Kooperation mit der NATO „auf niedriger Ebene" zu. Gleichzeitig betonten sie allerdings, daß es sich bei der Gruppe „nicht um ein gegen einen Dritten, nämlich Moskau, gerichtetes Militärbündnis handelt".[38] Bestimmt von den Ölinteressen des Westens, ist die Gründung der GUUAM nicht nur darauf ausgerichtet, Rußland von den Öl- und Gaslagerstätten im Raum des Kaspischen Meers auszuschließen, sondern auch darauf, Moskau politisch zu isolieren. Die Trennlinien des Kalten Kriegs könnten so wiedererstehen.

Der Krieg hat die nukleare Rüstungskontrolle zum Stillstand gebracht

Initiativen zur nuklearen Rüstungskontrolle kamen durch den Krieg gegen Jugoslawien in erheblichem Maße zum Erliegen. Das führte etwa zur Rücknahme eines Austauschprogramms, „das es US-amerikanischen und russischen Offizieren der Nuklearstreitkräfte ermöglicht hätte, zum Jahresende in ständigem Kontakt zu bleiben, um jegliche aus dem Jahr-2000-Computerproblem resultierenden Raketenstarts zu verhindern".[39]

Darüberhinaus wurde aus den Reihen der russischen Armee die Befürchtung laut, „daß sich die Bombardierung Jugoslawiens schon in sehr naher Zukunft als bloße Generalprobe für ähnliche Militärschläge gegen Rußland erweisen könnte".[40]

Die Auswirkungen der Bombardierung Jugoslawiens auf die Atomwaffenpolitik stellen laut Mary-Wynne Ashford, Kopräsidentin der mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), „eine äußerst ernste Entwicklung" dar. „Die Russen fühlen sich vom Westen verraten (...), weil die NATO außerhalb der UNO agierte."[41]

Alexander Arbatow, der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, beschreibt den Krieg gegen Jugoslawien als den „schlimmsten, kritischsten, gefährlichsten Augenblick seit der Berlin- und der Kuba-Krise."[42] Arbatow: „START II ist tot, die Zusammenarbeit mit der NATO auf Eis gelegt, eine Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr undenkbar, und die Bereitschaft Moskaus, in Fragen der Nicht-Proliferation zu kooperieren, hat einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Überdies ist die antiamerikanische Stimmung in Rußland real, sie geht tief und ist verbreiteter denn je. Der Spruch, mit dem die NATO-Aktion charakterisiert wird – ‚Heute Serbien, morgen Rußland' –, ist im Bewußtsein der Russen tief verwurzelt."[43]

Während Rußland sich in Richtung europäische Integration bewegt habe, sähen die Russen nun, warnt Mary-Wynne Ashford, „die Hauptbedrohung vom Westen ausgehen. Da Rußlands konventionelle Streitkräfte unzulänglich seien, sagten uns im Bereich Außenpolitik (Rüstungskontrolle und Abrüstung) tätige Beamte, habe das Land keine andere Wahl, als zu seiner Verteidigung auf Atomwaffen zu bauen. (...) Selbst wenn die Bombardements jetzt beendet würden – die geänderte Haltung Rußlands gegenüber dem Westen, sein erneuter Rückgriff auf Atomwaffen (Tausende von ihnen in höchster Alarmbereitschaft) und sein verlorenes Vertrauen in das Völkerrecht setzen uns einer Katastrophe aus. (...) Diese Krise läßt es gebotener erscheinen denn je, den Alarmzustand für Atomwaffen zu beenden. Jenen, die die russischen Drohungen als bloße Rhetorik bezeichnen, entgegne ich, daß am Anfang von Kriegen Rhetorik steht."[44]

Unsichere Beweise für eine „humanitäre Katastrophe"

Im Zuge ihrer Bemühungen, die wirklichen Motive der NATO für diesen Krieg zu vertuschen, unterließen es die internationalen Medien, einen internen Bericht des deutschen Außenministeriums (der zur Entscheidung über die Anerkennung politischer Flüchtlinge aus dem Kosovo herangezogen wurde) zu erwähnen. Darin wurde festgestellt, daß es für die Monate unmittelbar vor Beginn der Bombardements keine Beweise für „ethnische Säuberungen" im Kosovo gebe. Wer also lügt? Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hatte die NATO-Intervention unter Hinweis auf eine „humanitäre Katastrophe" gerechtfertigt, doch in den internen Dokumenten seines eigenen Ministeriums steht genau das Gegenteil: „Eine explizit an die albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch im Kosovo nicht festzustellen. Der Osten des Kosovo ist von den bewaffneten Konflikten bislang nicht erfaßt, das öffentliche Leben in Städten wie Priština, Urosevac, Gnjilan usw. verlief im gesamten Konfliktzeitraum in relativ normalen Bahnen. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte (war) nicht gegen Kosovo-Albaner als ethnisch definierte Gruppe gerichtet, sondern gegen den militärischen Gegner [die UÇK] und dessen tatsächliche oder vermutete Unterstützer."[45]

„Die dem Senat vorliegenden Erkenntnisse stimmen darin überein, daß die zeitweise befürchtete humanitäre Katastrophe für die albanische Zivilbevölkerung (...) nach dem Abflauen der Kämpfe im Anschluß an die Ende 1998 mit der serbischen Führung getroffene Übereinkunft (Lagebericht Serbien des Auswärtigen Amtes vom 18.11.1998) abgewendet werden konnte und daß sich seitdem sowohl die Sicherheitslage wie auch die Lebensbedingungen der albanisch-stämmigen Bevölkerung spürbar gebessert haben. (...) Namentlich in den größeren Städten verläuft das öffentliche Leben zwischenzeitlich wieder in relativ normalen Bahnen."[46]

Diese Einschätzungen stimmen weitgehend mit mehreren unabhängigen Beurteilungen der humanitären Situation im Kosovo vor Beginn der Bombenangriffe überein. So berichtete Roland Keith, ehemaliger Leiter einer Außenstelle der OSZE-Beobachtermission im Kosovo (KVM), der die Provinz am 20. März verließ, daß die Gewaltakte im Kosovo zum größten Teil von der UÇK angezettelt worden seien.

„Zur Zeit meiner Ankunft entwickelte sich der Krieg zunehmend in Richtung eines Konflikts mittlerer Intensität, als Überfälle aus dem Hinterhalt, Angriffe auf wichtige Verbindungswege und Entführungen von Sicherheitskräften [durch die UÇK] die Zahl der Opfer auf Regierungsseite deutlich ansteigen ließen, was wiederum zu umfangreichen Vergeltungsmaßnahmen von seiten der jugoslawischen Sicherheitskräfte führte. (...) Anfang März war es durch diese Terror- und Anti-Terror-Aktionen so weit gekommen, daß die Einwohner zahlreicher Dörfer flohen beziehungsweise in andere Dörfer, Städte oder über die Hügel zerstreut wurden, wo sie Zuflucht suchten. (...) Es war eindeutig so, und ich erlebte es persönlich bei Überfällen auf Polizeipatrouillen, die Tote und Verletzte zur Folge hatten, daß die UÇK mit ihren Provokationen gegen das Abkommen von vergangenem Oktober [und gegen die UN-Sicherheitsrats-Resolution 1199] verstieß. Die Antwort der Sicherheitskräfte blieb nicht aus, und die folgenden Übergriffe und Gegenattacken führten zu einer Intensivierung des Guerillakriegs. Wie aber an anderer Stelle bereits erwähnt, erlebte ich keine und erfuhr auch von keinen sogenannten ‚ethnischen Säuberungen', und es gab, solange ich mich als OSZE-Beobachter im Kosovo befand, zweifellos keine ‚Politik des Genozids'. Was sich seit der Evakuierung der OSZE-Beobachter am 20. März (die vorletzte Warnung, um die Annahme des Vertrags von Rambouillet durch Jugoslawien zu erzwingen) und dem Beginn des NATO-Bombardements am 24. März ereignete, hatte mit der Flucht oder Vertreibung von etwa 600.000 Kosovo-Albanern aus der Provinz offensichtlich Menschenrechtsverletzungen und eine ganz erhebliche humanitäre Katastrophe zur Folge. Das geschah jedoch nicht vor dem 20. März, und so würde ich die humanitäre Katastrophe direkt oder indirekt den NATO-Luftangriffen und der daraus resultierenden ‚Anti-Terror'-Offensive zuschreiben."[47]

Die Planungen der NATO

Beinahe ein Jahr lang, sorgfältig abgeschirmt von der Öffentlichkeit, liefen die Vorbereitungen sowohl für die „Luftschläge" als auch für den „Bodenkrieg".

Gemäß den umfassenderen strategischen und ökonomischen Zielen ging es der Allianz zunächst einmal darum, die Stationierung bewaffneter Kampftruppen in Mazedonien, an der Grenze zum Kosovo, zu erreichen. Ende Dezember 1997 reiste US-Verteidigungsminister William Cohen zu Unterredungen mit Vertretern der mazedonischen Regierung und Armee nach Skopje. Diesen Gesprächen auf höchster Ebene folgte der Besuch des mazedonischen Verteidigungsministers Lazar Kitanovski in Washington, wo er an mehreren Sitzungen im Pentagon teilnahm. Auf der Tagesordnung stand die Errichtung eines NATO-Stützpunkts in Mazedonien.[48]

Blick auf das Albanija-Hochhaus. (Foto: Bavaria)

Man verlor keine Zeit: Am 6. Mai 1998 trat der NATO-Rat zusammen, um „die Bemühungen der Allianz in der Region zu überprüfen"; für den September wurde ein großes Militärmanöver in Mazedonien namens Cooperative Best Effort („Gemeinsame Höchstanstrengung") angesetzt. Dennoch „versicherte die NATO der internationalen Gemeinschaft", daß es sich bei den Truppenübungen nicht um „eine Generalprobe für den Ernstfall" handle.

Der gleichzeitig erfolgende Aufbau der UÇK-Verbände war Teil der NATO-Planungen. Trotz der Verbindungen der UÇK zur organisierten Kriminalität war spätestens Mitte 1998 an die Stelle der „verdeckten" die offizielle Unterstützung durch das Militärbündnis getreten. Dies in Verletzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1160 vom 31.3.1998, mit der „alle Terrorakte der Kosovo-Befreiungsarmee oder jeder anderen Gruppe oder Einzelperson sowie jede Unterstützung terroristischer Aktivitäten im Kosovo von außen, einschließlich Geldmittel, Waffen und Ausbildung" verurteilt wurden.

Am 24. September 1998 wurde eine weitere zentrale Resolution des UN-Sicherheitsrates angenommen (UNSCR 1199), in der „die Regierung in Belgrad und die Führung der Kosovo-Albaner dringend aufgerufen [wurde], ohne Vorbedingungen einen ernsthaften Dialog über Fragen des politischen Status aufzunehmen". Von Belgrad wurde außerdem der Rückzug seiner Truppen aus dem Kosovo verlangt.

William Walker

In der Zwischenzeit wurde ein US-Karrierediplomat, Botschafter William G. Walker, zum Leiter der OSZE-Beobachtermission im Kosovo ernannt. Ein Auftrag, der ihm auf den Leib geschneidert war: Walkers Rolle im „Iran-Contragate"-Skandal unter der Präsidentschaft Ronald Reagans war weithin bekannt; und in vielerlei Hinsicht handelte es sich beim Aufstand der UÇK um eine Kopie der nikaraguanischen Contras, die ebenfalls aus Drogengeldern finanziert wurden und geheime CIA-Unterstützung erhielten. Daß er (gemeinsam mit Oliver North) als stellvertretender Unterstaatssekretär im Außenministerium eine zentrale Rolle bei der Weiterleitung verdeckter Zahlungen an die nikaraguanischen Contras spielte, ist durch die Gerichtsakten gut belegt.

Das „Račak-Massaker"

Kurz bevor die „Friedensinitiative" von Rambouillet gestartet wurde, ereignete sich das sogenannte „Račak-Massaker". Obwohl es, wie sich zeigte, gestellt war, trug es entscheidend dazu bei, einen geeigneten Rahmen für die Luftangriffe der NATO zu schaffen. William Walker erklärte in seiner Funktion als Leiter der OSZE-Mission, die jugoslawische Polizei habe am 15. Jänner in Račak ein Massaker an Zivilisten verübt. Die jugoslawischen Behörden erwiderten darauf, die örtliche Polizei habe in diesem Dorf tatsächlich einen Einsatz gegen die UÇK durchgeführt, wobei mehrere UÇK-Kämpfer bei dem Feuergefecht getötet worden seien. Wie später mehrere französische Zeitungen (»Le Monde«, »Le Figaro« und »Liberation«) berichteten, handelte es sich beim „Račak-Massaker" tatsächlich um eine Fälschung, um Belgrad zu diskreditieren. „Schließlich schloß sich sogar die »Los Angeles Times« an und veröffentlichte einen Bericht mit dem Titel ‚Račak-Massacre Questions: Were Atrocities Faked?' [‚Fragen zum Račak-Massaker: Waren die Greueltaten gestellt?']. Allen diesen Enthüllungen lag die Hypothese zugrunde, daß die UÇK nach dem Gefecht ihre eigenen Toten zusammengetragen, ihnen die Uniformen aus- und Zivilkleidung angezogen hatte, und dann die Beobachter herbeirief."[49]

Rambouillet

Am 22. Jänner trafen sich in London Spitzenbeamte der aus sechs Ländern bestehenden „Kontaktgruppe" (USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) und verlangten die Einberufung einer Friedenskonferenz, mit der die jugoslawische Regierung und „Vertreter der Kosovo-Albaner" an einen Tisch gebracht werden sollten. Von seiten der NATO wiederum wurde gewarnt, man sei „bereit zu handeln", sollte der von der Kontaktgruppe zu erstellende Friedensplan zurückgewiesen werden. UN-Generalsekretär Kofi Annan pflichtete während eines Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel bei, daß die Androhung von Gewalt „unbedingt erforderlich" sei, um beiden Seiten ein Übereinkommen abzuringen.[50]

Unterdessen hatte die Allianz, parallel zur Unterstützung des UÇK-Aufstands im Kosovo, auch dazu beigetragen, den UÇK-Anführer Hashim Thaqi (einen 29jährigen „Freiheitskämpfer") an die Spitze der Kosovo-albanischen Delegation in Rambouillet zu stellen. Die Demokratische Liga Ibrahim Rugovas war bewußt übergangen worden. Die Allianz vertraute auf ihe UÇK-Marionetten (mit Verbindungen zur organisierten Kriminalität), um ein Abkommen absegnen zu lassen, das den Kosovo in ein besetztes Gebiet unter einer NATO-Militärregierung verwandelt hätte.

Während die Verhandlungen in Rambouillet andauerten, beschloß die NATO, die Bereitschaft der ihr unterstehenden Streitkräfte zu erhöhen, „um sie in die Lage zu versetzen, die

Operation binnen 48 Stunden durchzuführen".[51] Mit anderen Worten: Man hatte in Rambouillet „Friedensverhandlungen" unter der Androhung unmittelbar bevorstehender Luftangriffe in die Wege geleitet (und damit gegen die Wiener Konvention verstoßen). Den Parteien, die in Rambouillet zusammentrafen, hatte die NATO eine Zeitspanne von drei Wochen eingeräumt, um ihre Verhandlungen abzuschließen.

Einen Tag vor Ablauf der Frist, am 19. Februar, bekräftigte NATO-Generalsekretär Javier Solana: „Sollte bis zu der von der Kontaktgruppe festgesetzten Frist keine Einigung erzielt werden, ist die NATO bereit, alle notwendigen Mittel zu ergreifen, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden."[52] Am 22. März 1999 ermächtigte der Nordatlantik-Rat der NATO „den Generalsekretär, vorbehaltlich weiterer Konsultationen, nötigenfalls eine Entscheidung über ein breites Spektrum von Luftoperationen zu treffen".[53] Am 23. März schließlich beauftragte der NATO-Generalsekretär den Oberkommandierenden der Allianz in Europa, General Wesley Clark, Luftoperationen auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Jugoslawien einzuleiten. Die Luftangriffe begannen am 24.3.1999 unter der Bezeichnung „Operation Allied Force".

Die engen Verbindungen der NATO zur UÇK

Laut »Jane Defence Weekly« vom 10. Mai 1999 handelte es sich beim neuen Generalstabschef der UÇK um den früheren Brigadegeneral der kroatischen Armee, Agim Čeku (einen Albaner). Gegen ihn laufen derzeit beim Kriegsverbrechertribunal in Den Haag Ermittlungen über seine Rolle bei „summarischen Exekutionen, der wahllosen Beschießung der Zivilbevölkerung mit Granaten und ‚ethnischen Säuberungen' während des Bosnien-Kriegs."[54]

Die Reaktion des NATO-Sprechers Jamie Shea auf die Ernennung eines Kriegsverbrechers zum Generalstabschef der UÇK: „Ich habe es immer klipp und klar gesagt, und zwar schon mehrfach, daß zwischen der NATO und der UÇK keine direkten Kontakte bestehen. Wen sie zum Anführer machen, ist ausschließlich ihre Angelegenheit. Ich gebe dazu keinerlei Kommentar ab."[55] Sheas Feststellung, daß die NATO „keine direkten Kontakte" zur UÇK unterhalte, ist eine Lüge und steht in offenem Widerspruch zu anderen Erklärungen aus Kreisen der Allianz: „Ich spreche regelmäßig mit Hashim Thaqi, dem Anführer der UÇK, der sich im Kosovo befindet. Ende letzter Woche habe ich mit ihm gesprochen", sagte der britische Außenminister Robin Cook.[56]

Die Bodenoperationen (unter Führung der UÇK und von Spezialeinheiten der NATO) wurden gegen Ende des Kriegs sorgfältig mit dem Luftkrieg abgestimmt. Außerdem sollen etwa 50 kanadische Armeeangehörige gemeinsam mit der UÇK im Kosovo tätig gewesen sein, um darüber berichten zu helfen, „wo die Bomben niedergehen", und so besser bestimmen zu können, „wo die nächste Bombe hin soll".[57]

Der UÇK wurde außerdem „ein langfristiger Ausbildungsvertrag mit Military and Professional Resources International (MPRI) [zuteil], einer Söldnerfirma unter der Leitung ehemaliger US-Offiziere, die mit halboffizieller Billigung des Pentagon agieren und eine Schlüsselrolle beim Aufbau der kroatischen Armee [während des Bosnien-Kriegs] spielten".[58] Und trotz seiner Rolle bei den „ethnischen Säuberungen" in Bosnien arbeitet Brigadegeneral Agim Čeku im Auftrag der UÇK derzeit eng mit der Söldnerorganisation des Pentagon, MPRI, zusammen.

Die UÇK soll eine „Nachkriegsregierung" bilden

Für den Kosovo wurde mittlerweile eine selbsternannte provisorische Regierung gebildet. Mit Hashim Thaqi als dem designierten Ministerpräsidenten wurde der UÇK eine zentrale Rolle bei der Bildung einer „Nachkriegsregierung" zugesichert.

Während die NATO ganz offen eine „Befreiungsbewegung" mit Verbindungen zum Drogenhandel unterstützte, bootete sie gleichzeitig ganz bewußt die zivile Demokratische Liga des Kosovo (LDK) und ihren Vorsitzenden Ibrahim Rugova aus. Dieser hatte schon früher ein Ende der Bombardements gefordert und war von der UÇK als „Verräter" gebrandmarkt worden. Unter der Anschuldigung, „ein Agent des Belgrader Regimes" zu sein, verhängte die UÇK laut staatlichem albanischen Fernsehen gegen Rugova die Todesstrafe.[59]

Im Mai wurde Fehmi Agani getötet, einer der engsten Mitarbeiter Rugovas in der LDK. NATO-Sprecher Jamie Shea beschuldigte die Serben, Agani ermordet zu haben. Die in Skopje erscheinende Zeitung »Makedonija Danas« schrieb unter Berufung auf verläßliche Quellen in Albanien: „Agani wurde (...) auf Anweisung aus Tirana getötet, wo sich Thaqi und die Mitglieder seiner unrechtmäßigen Regierung befinden."[60]

Die selbsternannte Regierung des Kosovo besteht aus der UÇK und der Vereinigten Demokratiebewegung (LBD), einem Bündnis aus fünf Oppositionsparteien, das Rugovas LDK ablehnend gegenübersteht. Außer dem Amt des Ministerpräsidenten kontrolliert die UÇK die Ministerien für Finanzen, öffentliche Ordnung und Verteidigung. James Foley, Sprecher des US State Department, erklärte in diesem Zusammenhang: „Wir möchten eine gute Beziehung zu ihnen [der UÇK] aufbauen, während sie sich zu einer politisch orientierten Organisation entwickeln. (...) Wir glauben, wir können sie in großem Umfang beraten und unterstützen, wenn sie zu genau jenem politischen Akteur werden, den wir uns vorstellen."[61]

Angesichts der Entschlossenheit der UÇK, bei der Bildung einer Nachkriegsregierung eine zentrale Rolle zu spielen, geht die Entwicklung in Richtung eines „Mafia-Staates" mit Verbindungen zum Drogenhandel. Das US State Department vertritt die Position, daß die U(K „als militärische Kraft nicht weiterbestehen [dürfe], aber die Möglichkeit haben werde, ihre Autonomiebestrebungen in einem ‚anderen Kontext' voranzutreiben." De facto bedeutet das die Einführung einer „Drogen-Demokratie" unter dem Schutz der NATO. James Foley: „Wenn wir ihnen bei diesem Umwandlungsprozeß helfen können und sie diese Hilfe wollen, kann dagegen wohl niemand etwas einzuwenden haben."[62]

Krieg und Geschäft

Börsenfachleute an der Wall Street stimmen darin überein, daß Krieg gut für das Geschäft sei, speziell in Zeiten einer abflachenden Wirtschaftsentwicklung. Zur Finanzierung des Jugoslawien-Kriegs billigte der US-Kongreß eine Erhöhung der entsprechenden Budgetposten, wodurch der US-amerikanischen Rüstungsindustrie Aufträge im Wert von vielen Milliarden Dollar zufallen werden. Der militärisch-industrielle Komplex und die mit ihm verbundenen Hochtechnologiebereiche in den USA und Westeuropa werden durch den Krieg einen be-

trächtlichen Auftrieb erhalten. Zum anderen wird die verdeckte Unterstützung und Finanzierung von „Freiheitskämpfern" (vom Balkan bis nach Zentralasien und in den Mittleren Osten) jenen lukrativen Schmuggelhandel mit leichten Waffen fördern, der einen expandierenden Markt nationalistischer Aufstandsbewegungen bedient.

Der wirtschaftliche „Wiederaufbau"

Was nach Beendigung des Kriegs gemäß dem G8-„Friedensplan" auf der Tagesordnung steht, ist die Verwandlung des Kosovo in ein besetztes Territorium unter westlicher Verwaltung (in groben Zügen entspricht dies jenem Modell, das man 1995 mit dem Abkommen von Dayton in Bosnien-Herzegowina durchgesetzt hatte).

Die für den Kosovo vorgesehenen „marktwirtschaftlichen Reformen" sollen unter der Aufsicht der Bretton-Woods-Institutionen stehen. In Kapitel 4a (Artikel I) des Vertrags von Rambouillet wird festgelegt: „Die Ökonomie des Kosovo soll in Übereinstimmung mit den Prinzipien der freien Marktwirtschaft funktionieren."

„Die zivile Verwaltung [im Kosovo] und der Wiederaufbau sollen von nicht-militärischen Institutionen, einschließlich EU und OSZE, getragen werden, wobei Weltbank und IWF Beiträge leisten würden, um die kriegszerstörte Infrastruktur wiederherzustellen und Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen."[63]

Die Bretton-Woods-Institutionen hatten bereits in enger Verbindung mit der NATO die Folgen einer Militärintervention, die schließlich zur militärischen Besetzung des Kosovo führen würde, analysiert. Nahezu ein Jahr vor Kriegsbeginn erstellte die Weltbank Simulationsmodelle, in denen „die Möglichkeit eines Krisenszenarios, das sich aus den Spannungen im Kosovo ergeben könnte, vorweggenommen wurde".[64] Tatsächlich wurden die in Washington durchgeführten Simulationen bereits in eine Fülle von Notstandskrediten für Mazedonien und Albanien umgesetzt, und das war noch nicht alles. Jugoslawien hingegen wird seit der Verhängung des Embargos nicht mehr als Mitglied der Bretton-Woods-Institutionen angesehen und hat bis zur Aufhebung der Sanktionen keinen Anspruch auf IWF- und Weltbank-Kredite.

Der „Wiederaufbau" Jugoslawiens unter dem Vorzeichen „marktwirtschaftlicher" Reformen und finanziert über internationale Verschuldung wird eher darauf hinauslaufen, paradiesische Bedingungen für ausländische Investoren zu schaffen, als die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur des Landes wiederherzustellen. Man wird die tödliche „ökonomische Medizin" des IWF verordnen, die Volkswirtschaft demontieren und lokale Industriebetriebe, die nicht völlig zerstört sind, in den Konkurs treiben; europäische und amerikanische Banken werden die Finanzinstitutionen übernehmen. Im Zuge des unter der Ägide der Weltbank stehenden Privatisierungsprogramms werden die profitabelsten Teile des Staatsvermögens dem ausländischen Kapital übertragen werden. Die von ausländischen Gläubigern vorgeschriebene wirtschaftliche Radikalkur wiederum wird zum weiteren Anwachsen einer Kriminalitäts-Ökonomie beitragen, die sich aus Armut und wirtschaftlicher Zerrüttung speist (wie sie in Albanien und Mazedonien bereits verankert wurde).

Javier Solana erklärte: „Sobald die Krise vorüber ist, werden die Mitglieder der Allianz mit der übrigen internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um den Wiederaufbau des Kosovo zu unterstützen. Unter anderem stehen der Internationale Währungsfonds und die G7 bereit, um den Ländern der Region Finanzhilfe anzubieten. Wir möchten sicherstellen, daß die Hilfe in geeigneter Form koordiniert wird, und den Ländern dabei helfen, die Auswirkungen der Krise in den Griff zu bekommen. Dies sollte Hand in Hand mit den notwendigen Strukturreformen in den betroffenen Ländern erfolgen, erleichtert durch Budgethilfe seitens der internationalen Gemeinschaft."[65]

Der sogenannte Wiederaufbau des Balkans durch ausländisches Kapital bedeutet Aufträge für multinationale Firmen in Höhe von vielen Milliarden Dollar. Dies wird der Wiederherstellung von Straßen, Flughäfen und Brücken dienen, die schließlich, nach Aufhebung des Embargos, erforderlich sein werden, um den freien Kapital- und Warenverkehr zu erleichtern.

Der vorgeschlagene „Marshall-Plan" bzw. „Stabilitätspakt", der von der Weltbank, der Europäischen Entwicklungsbank sowie privaten Kreditgebern finanziert werden soll, wird zum größten Teil westlichen Bergbau-, Mineralöl- und Bauunternehmen zugute kommen, während er die Auslandsschulden weit in das dritte Jahrtausend hinein nach oben treiben wird. Und den Balkanstaaten wird nichts anderes übrigbleiben, als diese Schulden aus jenen Mitteln zurückzuzahlen, die durch Geldwäsche in das inländische, unter Aufsicht westlicher Finanzinstitutionen deregulierte Bankensystem fließen werden. Die Gelder aus dem mehrere Milliarden Dollar schweren Drogenhandel werden über das Bankensystem wieder in Umlauf gebracht und zur Bedienung der Auslandsschulden ebenso herangezogen werden wie zur Finanzierung der Kosten für den „Wiederaufbau".

In dieser Hinsicht entsprechen die Strukturen im Kosovo weitgehend jenen in Mazedonien und Albanien. Dort ließen die IWF-Reformen seit den frühen neunziger Jahren die Bevölkerung verarmen und führten zugleich die Volkswirtschaft in den Bankrott. Die tödliche Wirtschaftstherapie des IWF verwandelt Staaten in offene Territorien; in Albanien und Mazedonien förderte sie den Schwarzhandel und die kriminelle Durchdringung staatlicher Institutionen.

In Albanien und Mazedonien hatten NATO-Truppen, sogar vor dem Einströmen der Flüchtlinge, außerdem bereits zivile Einrichtungen (einschließlich Hotels, Schulen und sogar Spitäler) belegt, ohne die nationalen Regierungen dafür zu entschädigen.[66] In einer grausamen Ironie wird nun ein beträchtlicher Teil der aufgelaufenen Kosten ebenso wie der mit der Flüchtlingskrise verbundenen nicht von der NATO finanziert, sondern von der jeweiligen Regierung mit geborgtem Geld: „Die formellen Strukturen des albanischen Staates sind durch die Krise paralysiert. Die anfänglichen Bemühungen, den Flüchtlingen zu helfen, haben die Staatskasse geleert."[67]

Wer wird Reparationen bezahlen?

Die weitreichende Zerstörung Jugoslawiens würde die NATO normalerweise dazu verpflichten, Reparationen an Belgrad zu bezahlen. Allerdings wird wohl, einem in Vietnam und dem Irak etablierten Muster folgend, die Allianz Belgrad dazu zwingen, als Bedingung für die „Normalisierung der Beziehungen" und die Aufhebung des Wirtschaftsembargos, für die Kosten der Operation Allied Force aufzukommen.

Während Vietnam niemals Reparationszahlungen für seine Kriegsschäden erhielt, sah sich Hanoi genötigt, als Bedingung für die „Normalisierung" der Wirtschaftsbeziehungen und die

Aufhebung des US-Embargos im Jahr 1994, die „faulen Schulden" des nicht mehr existierenden Regimes in Saigon anzuerkennen, die hauptsächlich zur Finanzierung der US-Kriegsanstrengungen gedient hatten. Indem es die Rechtmäßigkeit dieser Forderungen anerkannte, hatte Vietnam akzeptiert, Reparationszahlungen an den früheren Feind zu leisten.[68]

In ähnlicher Weise stellte man auch Bagdad die Kosten des Golfkriegs in Rechnung. Von einer Sondereinheit des UN-Sicherheitsrats wurden die Gesamtschulden des Irak, einschließlich privater Forderungen gegen das Land, sorgfältig erfaßt. Irgendwann in der Zukunft wird die Anerkennung dieser Schulden durch Bagdad eine Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak sein. ■

Michel CHOSSUDOVSKY lehrt zur Zeit Ökonomie an der Universität von Ottawa. Zuletzt erschien von ihm in englischer Sprache: „Globalization of Poverty", London 1997, Zed Books.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu Warren Zimmermann, The Last Ambassador. A Memoir of the Collapse of Yugoslavia, in: Foreign Affairs, Vol. 74, Number 2, 1995.
2 Milos Vasić u.a., War Against Bosnia, »Vreme News Digest Agency«, No. 29, 13. April 1992.
3 Sean Gervasi, Germany, US and Yugoslav Crisis, in: »Covert Action Quarterly«, No. 43, Winter 1992-93.
4 Ebd.
5 Dimitrije Boarov, A Brief Review of Anti-inflation Programs, the Curse of Dead Programs, »Vreme News Digest Agency«, No. 29, 13. April 1992.
6 World Bank, Industrial Restructuring Study, Overview, Issues and Strategy for Restructuring, Washington DC, Juni 1991, S. 10 und 14.
7 Sean Gervasi, a. a. O.
8 Ebd.
9 Ralf Schoenman, Divide and Rule Schemes in the Balkans, »The Organiser«, 11. September 1995.
10 World Bank, a.a.O., S. 10. Der Begriff Bruttosozialprodukt wird aus Gründen der Vereinfachung gebraucht, denn das Konzept zur Bemessung des Nationalproduktes in Jugoslawien und Osteuropa entspricht nicht dem in den westlichen Statistiken benutzten BSP.
11 Judit Kiss, Debt Management in Eastern Europe, Eastern European Economics, May-June 1994, S. 59.
12 World Bank, a.a.O.
13 Ebd., S. VIII.
14 Ralf Schoenman, a.a.O.
15 Weitere Details siehe World Bank, Yugoslavia, Industrial Restructuring, S. 38.
16 Ebd.
17 Ebd., S. 33.
18 Ebd.
19 Ebd., S. 34, Angaben des jugoslawischen Bundesministeriums für Industrie und Energie. 222 Betriebe gingen in Konkurs und 26 Betriebe wurden liquidiert.
20 Ebd., S. 33, diese Zahlen beinhalten Konkurse und Liquidationen.
21 Ebd., S. 34.
22 Dimitrije Boarov, a.a.O.
23 Sean Gervasi, a.a.O., S. 65.
24 Ebd., S. 45.
25 Zimmermann, a.a.O.
26 Statistik für Makedonien, Enterprise, Banking and Social Safety Net, »World Bank Public Information Center«, 28. November 1994.
27 Ralf Schoenman, Divide and Rule Schemes in the Balkans, »The Organiser«, 11.September 1995.
28 Zagreb's About Turn, »The Banker«, Januar 1995, S. 38.
29 Siehe World Bank, Macedonia Financial and Enterprise Sector, »Public Information Department«, 28. November 1995.
30 Erklärung des stellvertretenden Finanzministers Makedoniens Hari Kostov, nach »MAK News«, 18. April 1995.
31 Macedonian Information and Liaison Service, »MILS News«, 11. April 1995.
32 Bosnia and Herzegovina becomes a Member of the IMF, »Press Release« No. 97/70, Washington, 20. Dezember 1995.
33 Frank Viviano and Kenneth Howe, Bosnia Leaders Say Nation Sit Atop Oil Fields, »The San Francisco Chronicle«, 28. August 1995, siehe auch Scott Cooper, Western-Aims in Ex-Yugoslavia Unmasked, »The Organizer«, 24. September 1995.
34 Viviano und Howe, a.a.O.
35 World Bank, World Development Report 1991, Statistischer Anhang, Tabelle 1+2, Washington DC, 1991.
36 Sean Gervasi: Bosnia and Vietnam (Rohmanuskript), 1995.
37 »Financial Times«, 6.5.1999, S. 2.
38 Ebd.
39 »Boston Globe«, 8.4.1999.
40 Viktor Tschetschevatov, Drei-Sterne-General und Kommandeur der Landstreitkräfte im ostasiatischen Teil Rußlands, zit. nach »Boston Globe«, 8.4.1999.
41 Mary-Wynne Ashford: Bombings Reignite Nuclear War Fears. In: »Victoria Times Colonist«, 13.5.1999.
42 Zit. in ebd.
43 Zit. in ebd.
44 Ebd.
45 Auskunft des Auswärtigen Amtes vom 12. Januar 1999 an das Verwaltungsgericht Trier (Az: 514-516.80/32 426).
46 Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 4. Februar 1999 (Az: A 14 S 22276/98).
47 Roland Keith, Failure of Diplomacy. Returning OSCE Human Rights Monitor Offers a View from the Ground in Kosovo. In: »The Democrat«, Mai 1999.
48 US Department of Defense Press Release, 6.4.1999. Der offizielle Zweck der Mission war die „Erörterung einer Reihe von Sicherheitsfragen vor dem Hintergrund der ethnischen Konflikte im Kosovo". Auf der Tagesordnung in Skopje stand die Prüfung von Sicherheitsarrangements, die nach Beendigung der UN-Mission UNPREDEP zu treffen wären.
49 Keith, Failure of Democracy (Anhang).
50 »Daily Telegraph«, 29.1.1999.
51 Federation of American Scientists: Operation Determined Force, 24.3.1999.
52 Ebd.
53 Ebd.
54 »New York Times«, 21.3.1999.
55 NATO-briefing, 14.3.99.
56 Jim Lehrer News Hour, 21.5.1999.
57 So der kanadische Abgeordnete David Price am 19.4.1999. In: UPI Press Dispatch.
58 »Sunday Telegraph«, 18.4.1999.
59 »Tanjug Press Dispatch«, 30.5.1999.
60 Zit. nach »Tanjug Press Dispatch«, 14.5.1999.
61 »New York Times«, 2.2.1999.
62 Ebd.
63 »World Bank Development News«, 27.4.1999.
64 Ebd.
65 Zit. in »National Post« (Toronto), Mai 1999.
66 Vgl. Jan Oberg: Insecuring Macedonia. In: »Transnational Foundation (TFF) Press Info«, Nr. 59, 18.3.1999.
67 »Jane Intelligence Review«, Juni 1999.
68 Vgl. Michel Chossudovsky: The Globalisation of Poverty. Impacts of IMF and World Bank Reforms. London: Zed Books 1997, Kapitel 8.

... was es heißt, in einer bombardierten Stadt zu leben

Rüdiger GÖBEL

Mehrere Wochen verbrachte der Berliner Journalist Rüdiger Göbel für die Tageszeitung »Junge Welt« unter dem NATO-Bombenhagel in Jugoslawien. Wie die Menschen unter der militärischen Aggression der stärksten Supermacht der Welt gelitten haben, wie sie trotz allem versucht haben, ein möglichst „normales" Leben zu führen und wie eine Delegation deutscher Friedensaktivist/inn/en in Belgrad aufgenommen wurde, darüber berichtet der Autor.

„Wofür das Ganze?" fragt Boško Gajic entsetzt, als er vom Abstimmungsergebnis in der Skupstina, dem serbischen Parlament, hört. 136 Abgeordnete stimmen am 3. Juni, nach 71 Tagen Luftkrieg der NATO, in einer Sondersitzung dem vom EU-Unterhändler Martti Ahtisaari und dem russischen Jugoslawien-Beauftragten Viktor Tschernomyrdin in Belgrad vorgelegten „Friedensplan" zu. „Es ist eine Kapitulation", so der 43jährige Belgrader. Rasch kennt er die wesentlichen Punkte des Abkommens aus den internationalen Medien – via Satellit im Appartement seines Vaters im Stadtzentrum, wo es zur Zeit stundenweise Strom gibt. In seiner Hochhauswohnung in Neu-Belgrad, auf der anderen Save-Seite gelegen, fehlt seit Tagen die Elektrizität. Auch die Wasserversorgung ist dort zusammengebrochen. Ab der zweiten Maihälfte ging die NATO daran, in Jugoslawien gezielt Strom- und Wasserwerke zu zerstören, um die Bevölkerung zu demoralisieren.

„Unsere gesamte Industrie ist zerstört worden, die wichtigsten Brücken und großen Straßen sind zusammengeschossen und nicht mehr passierbar, über eineinhalbtausend tote Zivilisten, mehrere tausend wurden durch die Angriffe verletzt. Und nun rücken Okkupationstruppen in unser Land ein." Mit seiner Meinung ist Boško in der jugoslawischen Hauptstadt nicht allein. Er kann nicht glauben, daß sich die „internationale Präsenz mit substantieller NATO-Beteiligung", wie die bewaffneten Sicherungstruppen für das Kosovo noch schwammig verklausuliert genannt werden, auf die südserbische Provinz beschränken wird. Sind die Truppen erst einmal im Land, wird eine schriftliche Vereinbarung schnell zur Makulatur. Jugoslawien scheint verloren und in die Zeit langer Besatzung zurückzufallen. Und „Sicherheit" gab es für die Serben unter Okkupanten nie. Ein Freund, erzählt Boško, hat noch am gleichen Tag seine Sachen gepackt. Der Serbe lebt in Peč, einem Städtchen im Westen des Kosovo an der albanischen Grenze. Mit dem Einrücken der westlichen Kosovo-Truppen (KFOR) am zweiten Juniwochenende in die südserbische Provinz schließen sich zehntausende Serben dem Exodus an. Ihr Vertrauen in die medienwirksam einmarschierenden NATO-Einheiten geht gegen Null, zumal sich die jugoslawischen Soldaten und serbischen Polizisten vertragsgemäß aus dem Kosovo zurückziehen.

Vojislav Šešelj und seine Serbischen Radikalen sind die einzigen Abgeordneten im Parlament, die den sogenannten Friedensplan ablehnen. 74 Nein-Stimmen stellten sich dem Ansinnen von Staatspräsident Slobodan Milošević entgegen, mit der allmächtigen Kriegsallianz des Westens zu einem hohen Preis ein Ende der Bombardements zu vereinbaren. Für den Fall, daß ein NATO-Soldat jugoslawisches Gebiet betritt, will Šešelj nicht nur die Regierung verlassen, ein Abgeordneter droht mit dem Auszug der Partei aus der Skupstina. Tatsächlich verlassen die 15 Radikalen-Minister am 14. Juni, zwei Tage nach dem Einmarsch der ersten NATO-Einheiten in das Kosovo die serbische Regierung.

Ein führendes Mitglied der serbischen Erneuerungsbewegung Vuk Draškovićs meint hingegen, man habe gar keine andere Wahl gehabt, als den Plan von Ahtisaari und Tschernomyrdin anzunehmen. Kriegsmüdigkeit macht sich nach den mehr als 70 Bombennächten und -tagen breit, die Angriffe auf zentrale Versorgungseinrichtungen rühren am Nerv der Bevölkerung.

So ist es für Nebojša Popadić in Kragujevać das Wichtigste, daß die Bombardements nun ein Ende finden, auch wenn in der Stadt achtzig Kilometer südlich von Belgrad auch am Tag nach dem Vertragsschluß wieder die Luftalarmsirenen heulen. In der Oppositionsstadt Kragujevać wird die Vereinbarung als Sieg gefeiert, obwohl niemand über alle Details Bescheid weiß, so der 19jährige Schüler – vielleicht aber auch, weil sie niemand kennt. Das Wichtigste neben dem Ende des Bombenterrors sei, daß Kosovo bei Jugoslawien verbleibt – im Abkommen von Rambouillet war nach drei Jahren ein Referendum über den zukünftigen Status der südserbischen Provinz mit der Option auf Sezession vorgesehen. Freilich, zunächst einmal muß er mit seinen Freunden den Vertragstext genau studieren. Dann kann man ja weitersehen, meint er kriegsmüde.

Auch Zoran Jeremić, Politischer Direktor im Außenministerium Jugoslawiens, will angesichts des absehbaren Kriegsendes nicht in Kapitulationsstimmung verfallen. Das Wichtigste für die Bevölkerung ist sicher, daß die Aggression der NATO gestoppt wurde. „Wir haben die größte Militärmaschinerie, die die Geschichte kennt und die gegen uns angewandt wurde, moralisch besiegt. Wir haben unser Land gegen die Aggression verteidigt und vor allem vor den Zerstückelungsplänen bewahrt", gibt sich Jeremić siegessicher. Bis Kriegsbeginn war er Jugoslawiens Botschafter in Bonn. Als die ersten NATO-Bomben fielen, wurden die Beziehungen zu den Aggressorstaaten abgebrochen, das diplomatische Korps nach Belgrad zurückbeordert. „Rambouillet war ein Diktat und hat gegen die Prinzipien der territorialen Integrität und Souveränität verstoßen." Die gut 50.000 NATO-Soldaten, die ab Mitte Juni das Kosovo besetzen, verletzten nach Meinung des Spitzendiplomaten diese Völkerrechtsnormen nicht. „Unter der Ägide der UNO ist

das nicht möglich." Vielleicht ist es einfach nur Zweckoptimismus.

Kriegsalltag in Belgrad

Boško ist nervös. Draußen waren gerade zwei, drei Detonationen zu hören, gut fünfzehn Minuten vor ein Uhr in der Nacht. Dumpfes Abwehrfeuer am Stadtrand setzt ein. Kurz darauf folgen weitere schwere Einschläge, wahrscheinlich wieder im Zentrum Belgrads. Dennoch, sie sind weiter weg als das Gebäude von RTS. Erst wenige Tage vorher hatte die Wohnung mächtig gebebt in der Takovska-Straße. Sie liegt nur zweihundert Meter neben dem Trümmerhaufen des staatlichen Fernsehens. Diesmal nur ein lauter, gewaltiger Knall, und das gleich mehrere Male hintereinander. Wieder folgen die dumpfen Schläge der Luftverteidigung.

Vielleicht eine der Brücken? Ein Anruf bei Freunden bringt zunächst keine konkrete Information. Warten also auf die ersten Nachrichten. Unser Freund John Bosnich war keine zwanzig Minuten vorher mit dem roten Renault losgefahren. Er mußte über eine der Brücken. Dabei hatte Boško ihn noch gewarnt, gefragt, ob er das nächtliche Treffen auf der anderen Flußseite nicht auf den nächsten Morgen verschieben könne.

Nein, das gehe nicht. Es wird schon nichts passieren. Die wenigsten können sich vorstellen, daß die NATO wirklich die Brücken in der Zwei-Millionen-Metropole bombardieren würde – obwohl die Allianz genau dies in den vergangenen Wochen in Novi Sad systematisch getan und jede Verbindungslinie über die mächtige Donau in der nordserbischen Universitätsstadt unterbrochen hat. Die Kriegszielstrategen in Brüssel kümmerte es nicht, daß sich Verkehr auf ihnen befand, als sie die Piloten zum Angriff losschickten. Was also soll es die Militärplaner scheren, daß in Belgrad seit Wochen zehntausende Menschen stehen, die Brücken mit ihrem Leben zu schützen. Nacht für Nacht. Niemand in der jugoslawischen Hauptstadt konnte sich auch vorstellen, daß die NATO wirklich das Fernsehgebäude im Stadtzentrum mit ihren Fernlenkwaffen beschießen würde, bei laufender Sendung. Echtzeitkrieg im serbischen TV, der Bildschirm war plötzlich grau.

Das Leben in Belgrad hat sich verändert, seit hier nach mehr als fünfzig Jahren das erste Mal wieder die Luftalarmsirenen heulen. Doch die Reaktionen auf die Warnung gleichen fast schon purer Ignoranz. Die halbe Stadt ist bei schönen Sonnentagen auf den Beinen. In der Kneza Mihaila, der Fußgängerzone in der Belgrader Altstadt, flanieren tausende. Alt und jung, verliebte Pärchen, Eltern mit ihren Kindern. Dazwischen auch mal ein Soldat in seiner olivgrünen Tarnuniform. Ein gutes Geschäft bei diesem Wetter für die unzähligen Eisverkäufer, die ihre kleinen Truhen in der belebten Straße aufgebaut haben.

Das amerikanische Kulturzentrum ist verwüstet, die Scheiben längst eingeschlagen. Anti-NATO-Parolen und Verwünschungen für den US-Präsidenten zieren die Wände. Ein Ehepaar in den Vierzigern steht davor, betrachtet die angeklebten Plakate, lacht. Bill Clinton im Cowboydress reibt sich seinen riesigen, erigierten Schwanz, im Hintergrund ein Panzer: „Neue Weltordnung". Das deutsche Goethe-Institut und die französische Kulturniederlassung machen keinen besseren Eindruck in der Straße. Auch sie erhielten nach dem 24. März ungebetenen Besuch. Doch wen kümmert das heute noch.

Interessanter sind da schon die Kleinhändler. Heiligenbildchen, Postkarten von Belgrad in Friedenszeiten, schwarz-kopierte Musikkassetten, noch orginalverpackte CDs, Bücher, gebraucht wie neu, Kreuzworträtselheftchen, bunte Schnürsenkel, Ringe und Armreifen – was auf einem Tapeziertisch oder kleinen Bauchladen Platz findet, wird auf der Flaniermeile feilgeboten. Die Regenschirme gehen schlecht an diesem Tag. Renner sind immer noch die „Target"-Anstecker. Der weltbekannt gewordene Antikriegsbutton aus Belgrad ist für ein paar Dinar mittlerweile wahrscheinlich in der 273. Variante zu haben. Findige Geschäftsleute haben Aufkleber, T-Shirt und Stirnband mit den schwarzen Kreisen auf weißem Grund nachgereicht. Selbst als zusammenfaltbare Pappmütze gibt es das Protestzeichen zu kaufen.

Lange Schlangen jeweils vor dem Kiosk, der gerade mal wieder Zigaretten zu verkaufen hat. Diese sind rar geworden, seit die Tabakfabriken des Landes zum militärisch wichtigen Angriffsziel erklärt und bombardiert worden sind. Die Preise für das Päckchen werden stabil gehalten, sechs bis zehn Dinar, je nach Umtauschkurs so um eine Mark. Wem das stundenlange Warten zu lange dauert, kann sie stangenweise auch anderweitig besorgen, für das dreifache Geld.

Hinten auf dem Kalemegdan, der alten Festungsanlage oberhalb von Save und Donau, sitzen die Rentner auf den Parkbänken, ziehen in aller Ruhe, Zug um Zug, die Figuren ihres Schachspiels, wie sie das schon im vergangenen Frühjahr getan haben, als lange nicht an Krieg im kleinen Balkanland zu denken war. Auf der anderen Flußseite mahnen die 26 Stockwerke des ausgebrannten Usce-Hochhauses indes daran, daß sich die Zeiten geändert haben. Die Serben sind wieder einmal zum Paria der Weltvölkergemeinschaft geworden – zumindest der führenden NATO-Staaten.

Doch die äußere Aggression schweißt zusammen, mobilisiert die Selbstverteidigungskräfte im Land. „Wir sind bereit für den Krieg. Soll die NATO doch ihre Bodentruppen schikken, dann haben wir wenigstens die Möglichkeit, zu kämpfen. Und wir werden siegen, denn wir verteidigen unsere Heimat", erklärte mir Freund Boško, kaum daß ich in Belgrad angekommen war. Klar, ruhig und bestimmt werde ich es des öfteren noch von anderen hören. Der ansonsten findige Geschäftsmann ist eigentlich auf der Suche nach einer Frau fürs Leben, will endlich eine Familie gründen. Doch wie soll er die finden. Am Abend sitzt er zu Hause, schickt e-mails in alle Welt, debattiert mit Freunden und Wildfremden am Computer über Sinn und Unsinn, Propaganda und Wahrheit dieses Krieges. Das Nachtleben in der Stadt ist mit den ersten Angriffen praktisch zum Erliegen gekommen. Die Straßen sind abends fast leer, wohin auch gehen, wenn die Sirenen wieder geheult haben und das Warten auf die Detonationen beginnt.

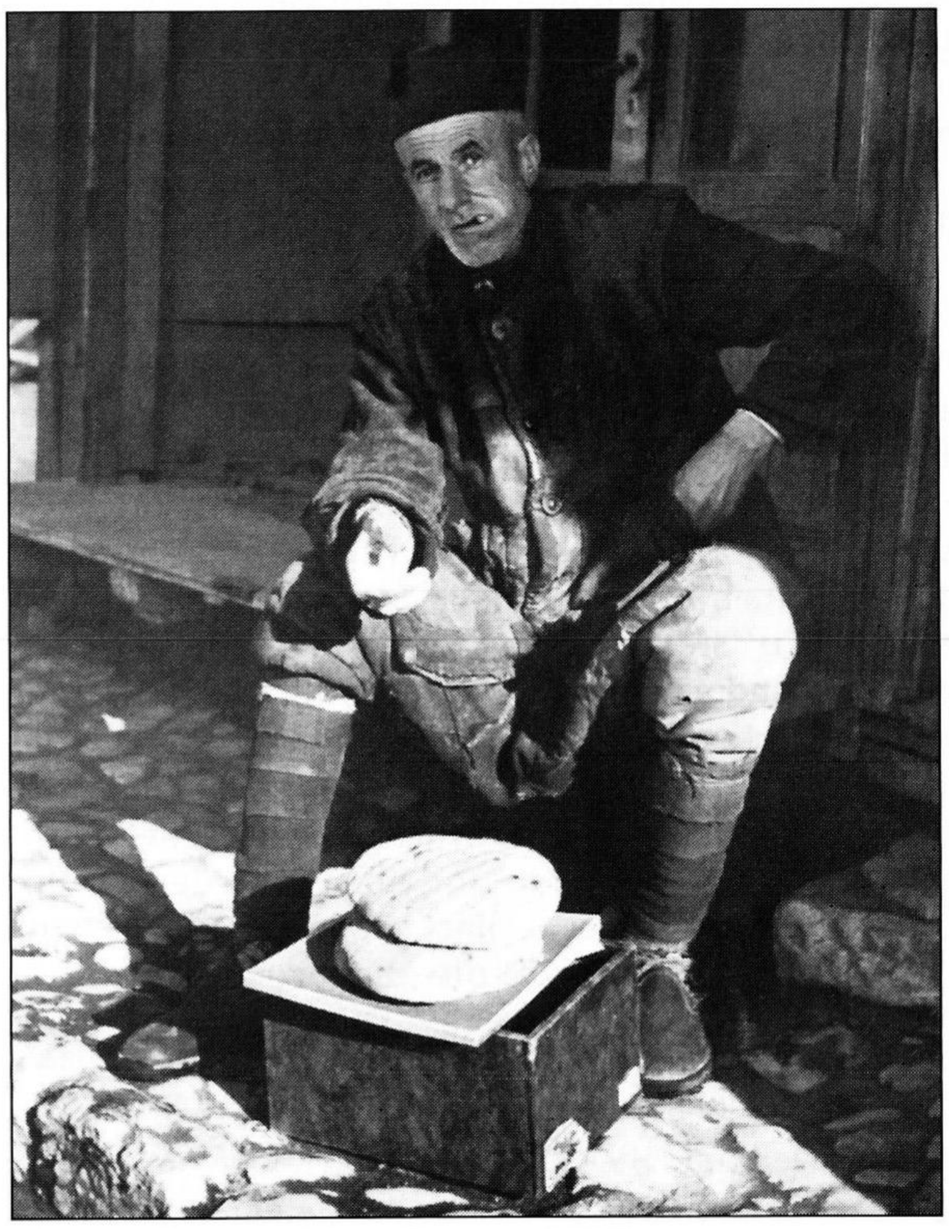
„Jeder hat doch eigentlich Zukunftspläne, Träume, sein kleines Paradies im Kopf. Jetzt lebe ich von Stunde zu Stunde, kann nicht einmal die nächsten Tage planen. Während der besten Jahre meines Lebens sitze ich zu Hause und draußen heulen die Luftalarmsirenen", so eine vielleicht 30jährige Belgraderin. Ihr Cousin wollte ursprünglich im Sommer heiraten. Die ganze Familie habe sich gefreut, zusammenzukommen, sich wiederzusehen. „Jetzt hat er die Hochzeit abgesagt. Wie das wichtige Fest organisieren. Niemand könnte kommen, könnte Geschenke mitbringen, sich richtig freuen und ausgelassen feiern. Wie soll man in diesen Zeiten heiraten, eine Familie gründen?"

Keine Gedanken daran natürlich bei den Jüngeren in der Stadt. Seit fünf

Wochen sind die Schulen geschlossen. Wie auch unterrichten, wie sich auf den Lehrstoff konzentrieren, wenn mittlerweile auch am Tage vor Luftangriffen gewarnt werden muß. Im „Industrija“ gleich gegenüber dem Studentenpark hämmern dumpfe Bässe den Krieg aus dem Kopf. 120 beats per minute lassen vergessen, daß in der Stadt gerade wieder die Sirenen warnen. Man würde das Heulen aber ohnehin nicht hören. Der dunkle Discokeller könnte in jeder Stadt in Deutschland stehen, die Kids sind dieselben wie die in Berlin, Hamburg oder Köln, tanzen genauso ausgelassen zum ohrenbetäubenden Technosound. Einzig, die Luft ist nicht so verraucht, es wird nicht so viel getrunken. Die wenigsten haben das Geld für ein Bier oder ein Päckchen Zigaretten. Dennoch ist es übervoll, jeden Nachmittag. Der Eintritt ist frei. Organisiert wird die Tanzparty von den Clubbesitzern. Es geht hier nicht um den großen Reibach. Sie wollen den Jugendlichen eine Möglichkeit geben, die aufgestaute Anspannung wieder loswerden zu können. Der nächtliche Bombenterror soll das Leben nicht bestimmen. Und wer weiß schließlich, wie lange das alles noch dauert.

Auch die Theater der Stadt sind sehr gut besucht. Bis zu dreimal am Tag spielen die Häuser ihr Programm, seit die NATO Jugoslawien attackiert. Auf dem Trg Republike wird derweil eher leichte Unterhaltungsmusik geboten. Seit Kriegsbeginn findet auf dem Platz der Republik täglich ab zwölf Uhr ein Protestkonzert statt. Mit wechselndem Programm natürlich, für jeden mal etwas. Ein paar jugoslawische Fahnen winken in den blauen Nachmittagshimmel, die Zuhörer lassen sich die Sonne ins Gesicht scheinen und singen mit. Ein bißchen Abschalten von den düsteren Nachrichten, von der Angst um die Kinder, vom großen Fragezeichen der Zukunft. Einmal hatten auch die Kleinen der Stadt ihren großen Auftritt hier. Von der Miniplaybackshow über den Jazztanz bis hin zu professionellen Foxtrott- und Tangodarbietungen gaben sie ihr Bestes. „Für die Kinder in der ganzen Welt“, wie ein Mädchen lachend ins Mikro des Fernsehens piepste. Mama und Papa, Oma und Opa standen derweil stolz im Regen und freuten sich. Über allem groß im Hintergrund auf einer Wechselwerbetafel: „Stop the Bombs! One World – One Target!“ Doch ein Ende des Terrors aus der Luft ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Als der Krieg begann, lag in Teilen des Landes noch Schnee auf den Berggipfeln. Mittlerweile ist es heiß geworden, die Sonne brennt auf der Haut. „Man kann den Sommer schon richtig spüren“, so Tanja Djurović. „Die Straßen sind voller Menschen, und auf allen Gesichtern ist ein Lachen. Ich kann mich nicht erinnern, wann ich Belgrad so voller Leben gesehen habe. Auch wenn es sicherlich nicht der beste Sommer ist, den diese Stadt in dieser Hälfte des Jahrhunderts erlebt, ist es doch einfach wunderbar“, meint sie, vermutlich auch, um sich Mut zu machen. Der Spaziergang durch die bevölkerte Fußgängerzone, ein kleines Eis am Kalemegdan, eine einzige Freude in diesen Kriegswochen.



Brotverkäufer. (Foto: Robert Löbl)

Das Ganze ändert sich am Abend, wenn die Sonne untergeht und der Zwei-Millionen-Metropole eine weitere von mittlerweile über 70 Bombennächten bevorsteht. Angespannte Ruhe herrscht in den Wohnungen, die nach den wiederholten Angriffen auf die Stromversorgung nur noch von Kerzen erhellt werden. „Man wartet darauf, daß etwas Schreckliches passiert. Es ist das Gefühl einer permanenten und sehr realen Gefahr“, beschreibt die 23jährige Studentin den plötzlichen Gefühlsumschwung und ihre Angst. Draußen in den Straßen ist totale Finsternis. Seit Wochen gibt es keinen Strom mehr für die Straßenbeleuchtung, nun fehlen auch die Lichtschimmer aus den Wohnungen, die den Nachhauseweg immerhin erahnen ließen.

„Perfektes Jamie Shea-Wetter“, meint Tanja. Oben, im dunklen Nichts, ein überwältigendes millionenfaches Sternenfunkeln. Ein Satellit zieht seine Runden. „Vielleicht sind auch wieder NATO-Flugzeuge, Tomahawks, die Luftverteidigung und was sonst noch die Nächte am Belgrader Himmel ausmacht, zu sehen“, merkt sie zynisch an.

Die Bombardements beginnen den Alltag der Menschen vollkommen zu bestimmen. Lange hatten sie sich dagegen gewehrt. Doch nun gibt es nur noch stundenweise Strom in Belgrad. Batterien für Taschenlampen und das Transistorradio sind begehrte Mangelware, Gaskocher sind ausverkauft oder nicht bezahlbar. Ein Drittel des Monatseinkommens wird bisweilen von dem verlangt, der noch einen findet. So bleibt allzuoft die Küche kalt, Sandwiches helfen über den Hunger. Doch die Bäckereien haben Probleme, beim anhaltenden Strommangel genügend Brot zu backen.

Ergreifende Szenen in Belgrad

Entwarnung. Die Luftalarmsirenen heulten gerade ihren langen gleichbleibenden Ton in die Straßen der Zwei-Millionen-Metropole Belgrad, als zwei ältliche Busse von Subotica-Trans eine deutsche Friedensdelegation in die Hauptstadt Jugoslawiens fuhren. Unsicherheit bei den Kriegsgebietreisenden, der älteste 82, die jüngste 16 Jahre alt, was das Warnsignal denn zu bedeuten hat.

Kunterbunt zusammengewürfelt ist die Gruppe: „Mütter gegen den Krieg“, die eigentlichen Initiatorinnen der Friedensfahrt, Vertreter des Studentenparlaments der Berliner Humboldtuniversität, eine Handwerksvereinigung, Völkerrechtler, laut Eigenbezeichnung radikale Linke, Basisaktivisten der Friedensbewegung wie Parteimitglieder unterschiedlichster Couleur. Einige, die noch nach der Ankündi-

gung in der Tageszeitung »Junge Welt« zu der Delegation stießen. „Welten prallen hier eigentlich aufeinander", so einer der Teilnehmer.

Einheit im Ziel. Was in Deutschland auf kaum einer Demonstration vorstellbar ist, hier war es möglich. Wessis und Ossis, jugendliche Punks, die Mitvierzigerin im Kostüm wie Politprofis im Rentenalter führte bei allen Differenzen für mehrere Tage eine einfache, aber klare Parole zusammen: „Schluß mit der Bombardierung Jugoslawiens!" Aus Dresden, Hannover, Leipzig, Berlin, Erfurt, Köln, Erlangen und wer weiß woher fuhren sie die mehreren tausend Kilometer nach Belgrad.

Die NATO-Stäbe in Brüssel hatten sich im Vorfeld geweigert, dem „Friedenskonvoi nach Belgrad" eine Garantieerklärung zu geben, nicht bombardiert zu werden. Dennoch war die am Ende 112-köpfige Gruppe am 22. April in Dresden aufgebrochen, ein Zeichen der Solidarität zu den Angegriffenen zu bringen. Ungewiß, ob sie überhaupt eine Einreiseerlaubnis nach Jugoslawien erhalten würden, waren sie nach Budapest gefahren. Vor der deutschen Botschaft in der ungarischen Hauptstadt hatten sie noch eine kurze Antikriegsdemonstration abgehalten, danach Empfang in der nur 500 Meter daneben liegenden Vertretung Jugoslawiens und Warten auf die Visa. Zwei Stunden später waren die notwendigen Stempel im Paß, selbst bei den mitgefahrenen Journalistinnen der antiserbischen Presse.

Weiterfahrt bis zur Grenze, wo die Busse gewechselt werden müssen, und Übernachtung in Subotica. Ein paar Stunden Erholung von den bisherigen Strapazen der Reise, bevor es weitergeht in die jugoslawische Hauptstadt.

Begrüßung und Gespräch im Gebäude des Roten Kreuzes im Zentrum der Belgrader Altstadt. Vorneweg Ilona Rothe, Begründerin der Initiative „Mütter gegen den Krieg". Die Erfurterin will ihren Sohn „wiederhaben", der als Bundeswehrsoldat in Mazedonien stationiert ist. Und zwar lebend. „Ich sah im Fernsehen ein Interview mit einer serbischen Mutter, deren Sohn zur Armee mußte. Und ich wußte, sie hat die gleichen Gefühle wie ich", so ihre Motivation für die Fahrt. Sie rührten aber ebenso die albanischen Flüchtlingskinder, die auch in großer Gefahr seien. „Ich sehe keinen Sinn in dem Krieg. Wir leben in einer aufgeklärten Zeit, wir sind mündige Menschen. Und was tun wir? Wir schlagen uns gegenseitig tot. Das ist die tiefste Barbarei, die ich mir vorstellen kann."

Nachdem sie mit Gleichgesinnten einen „Aufruf für unsere Söhne" verfaßt hatte, sind in ihrem kleinen, improvisierten Büro auf vier Telefonen binnen kurzem tausende von Anrufen aus ganz Europa gekommen. „Von morgens um sieben bis abends um zehn." Dazu noch stapelweise Briefe. Mittlerweile können sie sich auf etwa 6000 Frauen und Mütter in ganz Europa stützen.

Verständnis für die Mutter aus Deutschland, die um ihren Sohn bangt. Doch Bratislava Morina, Vorsitzende der Frauenvereinigung Jugoslawiens, betont im überfüllten Konferenzraum den Unterschied zwischen Aggression und Verteidigung: „Sagen Sie Ihrer Regierung, daß sie die Bombardierung beenden muß." Jugoslawien ist ein souveränes Land und Slobodan Milošević der vom Volk gewählte Präsident. „Wir haben keinen anderen Staat als diesen. Wir stehen daher zusammen, dieses Land zu verteidigen, notfalls bis zum letzten Sohn", so Morina weiter.

Es tue ihr leid, daß Bomben auf Jugoslawien fallen würden, entgegnet Roth. Ebenso tue ihr aber auch leid, daß die Armee so hart gegen die Albaner und die UÇK, die „Kosovo-Befreiungsarmee", vorgehe. „Die jugoslawische Armee verfolgt Terroristen, wie dies jedes andere Land in der Welt tut. Denken Sie hingegen daran, welch große Unterstützung ihre Regierung für die UÇK geleistet hat", stellt Morina klar. „Wir tun alles, damit die Flüchtlinge wieder zurückkehren können." Die NATO hingegen habe bei Djakovica einen Flüchtlingskonvoi bombardiert. Man müsse sehen: Albaner, Serben, Moslems, Türken, sie alle seien in diesem Krieg gleich Opfer und nicht nur in der südserbischen Provinz, erklärt Morina, die auch Vorsitzende im Flüchtlingskommissariat ist.

„Eine Million Albaner wurden von den Serben aus dem Kosovo vertrieben", fährt ein jugendlicher Delegationsteilnehmer dazwischen. Lothar Heubl, Mitorganisator der Friedensfahrt, versucht die Wogen etwas zu glätten. Alle sind gekommen, sich einen Eindruck von der Situation zu verschaffen und jeder einzelne steht mit seinem Leben dafür ein. Applaus bei den Anwesenden, Deutschen wie Serben. Die NATO-Staaten sollen nur noch in ihren eigenen Ländern Militärstützpunkte haben und nicht mehr außerhalb. „Wir wünschen uns Frieden, und zwar jetzt." Erneuter Applaus auf allen Seiten für den politerfahrenen Friedensaktivisten aus Dresden.

„Die weiße Taube als Symbol des Friedens ist hier herzlich willkommen", so Mira Dragaš vom jugoslawischen Gesundheitsministerium. Die Zeit drängt, es bleiben wenig Worte. „Frauen können sehr viel tun gegen den Krieg. Sie sind die einzigen, die Leben schenken", meint Radmila Cvetković, Generalsekretärin des Serbischen Roten Kreuzes. Ihnen allen gemeinsam ist der Wille zum Frieden. Es ist aber sehr schwer, die Sirenen zu hören und die Bomben abzuwarten, versucht sie die vergangenen Wochen zu beschreiben. Zustimmendes Nicken bei den Älteren im Raum. Bevor die Gruppe zum weniger förmlichen Termin gebracht wird, ruft Cvetković die für diese Kriegstage ungewöhnliche deutsch-serbische Begegnung auf, sich als Zeichen des Friedens die Hände zu reichen.

Die Busse mit ihren Friedensplakaten und Friedenstauben an den Fenstern fallen während der Fahrt durch die Stadt auf. Die Menschen am Straßenrand winken, freuen sich über die offensichtliche Solidaritätsbekundung. Vorbei am Trg Republike geht es zum Gebäude des RTS. Der staatliche Fernsehsender war eine Nacht zuvor bombardiert worden. Mehrere Journalisten, insgesamt sechzehn Mitarbeiter, sind bei dem NATO-Angriff ums Leben gekommen, viele liegen verletzt im Krankenhaus. Nur zehn Leichen konnten geborgen werden. Die übrigen sechs, von den Bomben vermutlich vollkommen zerfetzt, gelten weiter als „vermißt".

Es ist das erste Mal seit Beginn der Luftangriffe, daß auf dem Platz der Republik die Lautsprecherboxen schweigen und die riesige Bühne leer bleibt. Das tägliche Protestkonzert gegen den NATO-Terror wurde für diesen Tag abgesagt. Belgrad trauert um die getöteten RTS-Mitarbeiter. Zehntausende zieht es im Verlauf des Tages zum Tasmajdan. Um Bäume gruppiert, neben den Beeten im Park, überall brennen dünne Kerzen, sind Blumen niedergelegt, verharren Menschen, für einen Augenblick wenigstens, in stillem Erinnern an die Ermordeten. Im Hintergrund der Antennenturm und die aufgerissene Hausfront des zerschossenen Staatsfernsehens.

Neben der prächtigen Sankt-Markus-Kirche im Tasmajdan steht die Delegation aus Deutschland, weiß nicht so recht wohin. Die jüngeren Teilnehmer hätten sich am liebsten der laut-

starken Demonstration der griechischen Kommunisten angeschlossen. Zu lange hatte es aber gedauert, bis alle aus den Bussen ausgestiegen und die eigenen Transparente entrollt waren: „Fuck the NATO“ und „Euer Krieg kotzt uns an“ halten einige Bunthaarige aus Berlin auf Bettlaken gemalt, ein schlichtes „Friedenskonvoi“ die eher Gesetzteren. Mit bei den Demonstranten ist Sonja Wallenborn. Sie war während der viertägigen amerikanisch-britischen Angriffe im vergangenen Dezember in Bagdad. „Ich wollte die Irakisierung Jugoslawiens, die Zerstörung des Landes mit eigenen Augen sehen.“

Die Gruppe fällt auf, positiv, bei den umstehenden und hinzukommenden Belgradern, bei jung wie alt. Reichlich Journalisten, Kamerateams und Fotografen sorgen für zusätzliche Aufmerksamkeit. „Ich bin so froh, daß sie gekommen sind, um die Wahrheit zu erfahren“, so Djurdjvka Midzič. Spontan schließt sie Uta Borrmann aus Magdeburg in die Arme, ein kleiner Zwergpudel eingequetscht dazwischen. „Ich kann das deutsche Fernsehen nicht mehr sehen“, so die Belgraderin, „sagen sie einfach nur die Wahrheit, wenn Sie wieder zurückgekommen sind.“ Die beiden kannten sich bis dahin nicht.

Die Zeit reicht kaum, um mit all den Interessierten zu sprechen. Zu erklären, warum man selbst den weiten Weg nach Jugoslawien gekommen ist. Zu fragen, was es heißt, in einer bombardierten Stadt zu leben. Die Offenheit und Herzlichkeit ist ehrlich und gegenseitig. Das wohl überwältigendste für alle.

Enttäuschung dann bei denjenigen, die noch einen Tag oder zwei länger bleiben wollten. Nach einer Fahrt durch die Stadt, vorbei an den zerbombten Ministerien und einem kurzen Stopp vor der Brandruine des Usce-Hochhauses auf der anderen Save-Seite, heißt es beim späten Mittagessen, die gesamte Gruppe müsse noch am selben Tag nach Budapest zurückfahren. Die zuständigen jugoslawischen Behörden könnten angesichts der neuen NATO-Drohungen die Sicherheit der Gäste nicht garantieren und bäten daher alle, bis zum Abend das Land wieder zu verlassen.

Am Morgen hatte man noch vereinbart, daß ein Teil der Delegation noch einen Tag bleiben könnte, einzelne vielleicht sogar länger. Ilona Rothe muß eigens Zoran Jeremić, der als hochrangiger Vertreter des Außenministeriums für die Betreuung der Gruppe zuständig ist, hereinbitten, die Situation darzulegen. Er stellt klar, daß es keine Bitte, vielmehr eine Aufforderung sei. Man möge berücksichtigen, daß sich das Land im Krieg befinde.

Unverständnis bei den jugendlichen Mitreisenden, Enttäuschung bei einigen älteren Friedensaktivisten, die am Abend eigentlich an der Demonstration zum Schutz der Save-Brücken teilnehmen wollten. Lange sei zu Hause mit Freunden und der Familie besprochen worden, sich dem „menschlichen Schutzschild“ in Belgrad anzuschließen. Nun das. Lange Gesichter auch bei den Kolleginnen von »taz« und »Spiegel-TV«. Sie hatten gehofft, über den Schlupfwinkel der Friedensfahrt eventuell sogar länger in Jugoslawien bleiben zu können.

„Wir sind dankbar für die Gastfreundschaft und den Empfang, dafür, daß wir überhaupt einreisen durften in der Kriegssituation“, rückt Ilona Rothe die Verhältnisse zurecht.

„Der Besuch der Friedensgruppe war wichtig. Gerade weil sie aus Deutschland kam, dem Land, das gegen uns Krieg führt. Es wurde deutlich, daß nicht alle Deutschen den Krieg gegen Jugoslawien unterstützen, daß es einen Unterschied zwischen der Regierung und der einfachen Bevölkerung gibt“, erklärt mir Tanja Djurović, die zwei Tage zuvor ihren 23. Geburtstag feierte. Diese Erfahrung und die zwischenmenschlichen Begegnungen in den wenigen Stunden des Delegationsbesuches seien von enormer Bedeutung, so die Serbin.

Noch während sich die Friedensdelegation aus Deutschland auf der Rückreise durchs Kriegsgebiet befindet, kündigt NATO-Sprecher Jamie Shea an, die Allianz werde ihre Angriffe gegen Jugoslawien intensivieren und „flexibler gestalten“: Mehr Kampfflugzeuge werden mehr Ziele stärker und häufiger denn je bombardieren, rund um die Uhr, 24 Stunden, Tag und Nacht. In Niš, im Südwesten Serbiens, haben zu diesem Zeitpunkt bereits NATO-Jets das Elektrizitäts- und Wasserwerk bombardiert. Transmitterstationen von RTS folgen. Der improvisierte Sendebetrieb ist erneut unterbrochen.

Es war der 31. Tag des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, der zweite des Geburtagsgipfels der Allianz in Washington, der erste aber für Belgrad, an dem die Luftalarmsirenen am Morgen, am Nachmittag und auch am Abend vor möglichen Bombenattacken warnten, als die Friedensaktivisten aus Deutschland ihre Kurzvisite im Kriegsgebiet wieder beendeten.

Der selbsternannte Weltgendarm, wohl eher waffenstarrender Wegelagerer, hatte unterdessen in der US-Hauptstadt für das neue Jahrtausend die Option globaler Gewaltinterventionen festgeschrieben. 40 Tage später sah sich die jugoslawische Führung gezwungen, der Stationierung internationaler Truppen im Kosovo und dem Abzug ihrer eigenen Einheiten aus dem „Herzen Serbiens“ zuzustimmen. Weder gab es für das kleine Balkanland die erhoffte militärische Unterstützung aus Rußland noch aus China, dessen Botschaft in Belgrad am 8. Mai mit vier Raketen zertrümmert wurde. Eine tatsächliche Spaltung innerhalb der NATO war insbesondere nach der Rückendeckung für den Kriegskurs von Bundesaußenminister Joseph Fischer auf dem Bielefelder Sonderparteitag der ehemals pazifistischen Grünen in Deutschland nicht absehbar.

Während man in Brüssel, Washington und den anderen NATO-Kapitalen angesichts des jugoslawischen Truppenabzugs aus den Stellungen im Kosovo in Siegerlaune verfällt und von einer „Kapitulation Belgrads“ spricht, will in dem kleinen Balkanland niemand etwas von einer Niederlage wissen. Die feiernden Menschen in den Straßen des Landes denken überhaupt nicht daran, das Ende der mörderischen NATO-Bombardements und die damit einhergehende Vereinbarung ihres Parlaments als Kapitulation zu sehen. Die aus dem Kosovo abziehenden Soldaten werden als Helden gefeiert, die Serben wurden nicht in die Knie gebombt, wie dies so mancher Stratege der westlichen Kriegsallianz wohl hoffte. Alle haben sie der weltgrößten Militärmaschinerie zweieinhalb Monate widerstanden. Sie trotzten dem tödlichen Terror aus der Luft, und sie haben daher allen Grund, diesen Sieg des Lebens über den Tod zu feiern. Der Preis, den sie für ihren Widerstand gegen die neue Weltherrschaftsmacht zahlen müssen, ist freilich hoch. Sie jubeln auf den Trümmern eines zerstörten Landes, das Kosovo haben sie verloren. Nicht alle können daher in die Freudenfeiern über das Kriegsende einstimmen. ■

Rüdiger GÖBEL, geboren 1968 in Heidelberg, arbeitet seit mehreren Jahren bei der Berliner Tageszeitung »Junge Welt«. Als mutmaßlich einziger deutschsprachiger Journalist verbrachte er die Wochen des Bombenkrieges in Jugoslawien.

Sieg und Niederlage nach 50 Jahren

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Stipe Šuvar

Stipe Šuvar war ein hochrangiger Akteur des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus. 1972 wurde er in das ZK des BdK Kroatiens kooptiert, im selben Jahr wurde er kroatischer Kulturminister und blieb es bis 1982. Von 1982 bis 1986 war er Mitglied des Vorstands des ZK des BdK Kroatiens, ab 1986 Mitglied des ZK des BdK Jugoslawiens, bis 1989 Mitglied des Vorstands des ZK des BdKJ und bis zu seiner Ablösung durch Stipe Mesić Mitglied des kollektiven Führungsorgans Jugoslawiens. Seine ganze berufliche Laufbahn hindurch arbeitete er als Soziologieprofessor an der Philosophischen Fakultät in Zagreb und tut dies auch noch heute. Stipe Šuvar ist Vorsitzender der vor zwei Jahren gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens. Sie hat ihren Sitz in einer engen Zagreber Altbauwohnung. Mirko Messner war vor Ort und hat Šuvars Antworten auf einige Fragen betreffend den Zerfall Jugoslawiens aufgezeichnet.

Wie charakterisieren Sie die wesentlichen inneren Umstände des jugoslawischen Zerfalls?

Die desintegrativen Prozesse beginnen bereits zu Lebzeiten Josip Broz Titos. Auch im Alter war er ein unangefochtener, großer Staatschef; das Ansehen, das er genoß, enthielt zwar Elemente des Persönlichkeitskults, doch war er kein rücksichtsloser Autokrat oder Diktator, sondern bemühte sich um demokratische Absprachen. Hinter seiner Person allerdings verbarg sich ein aufgeblasener bürokratischer Apparat, der von der Selbstverwaltung in keiner Weise entmachtet werden konnte. Und dieser jugoslawische bürokratische Apparat desintegrierte sich in nationale, monolithische Einheiten.

War es nicht gerade die Selbstverwaltung, die diesen bürokratischen Apparat schuf?

Keineswegs. Die Selbstverwaltung hatte das Ziel, eine Bürokratisierung der Gesellschaft zu verhindern. Dieses Ziel wurde nicht erreicht; das heißt, das jugoslawische Experiment mißlang, weil der Hauptteil des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwerts vom Staat angeeignet wurde anstatt von den Produzenten bzw. Selbstverwaltern.

Aber zurück zu den nationalen bürokratischen Monolithen: sie setzten sich im Bund der Kommunisten durch und übernahmen dort die Führung. Als die Krise der Selbstverwaltung so weit gediehen war, daß die Zustände unerträglich wurden, tauchten die Konzepte für den Übergang zur kapitalistischen Regelung der ökonomischen Beziehungen auf; Marković engagierte sich besonders für deren Umsetzung. Wesentlich dabei war, daß der IWF bzw. die Weltbank bereits seit den achtziger Jahren ihren Druck auf Jugoslawien dramatisch verstärkt hatten. Jugoslawien hatte große Kredite aufgenommen, um den Geld- bzw. Kapitalmangel zu lindern, und konnte sie nicht bedienen. Die Kredite waren zu teuer gewesen in der Relation zur inneren Akkumulation und zur Stellung am Weltmarkt. Der IWF verfuhr mit Jugoslawien zwar nicht anders als mit anderen Staaten, aber die jugoslawische Ökonomie wurde von den ungeheuer teuren Kreditrückzahlungen ökonomisch erwürgt.

Also, indem sich die nationalen Monolithe den Bund der Kommunisten unterordneten, stellte sich der serbische Teil die Aufgabe, Jugoslawien umzudefinieren. Die These tauchte auf, daß die Serben in diesem Jugoslawien, das im Zweiten Weltkrieg geboren wurde und dessen Symbol Tito gewesen war, nicht gleichberechtigt wären. Die Rede war von einer antiserbischen Koalition aller anderen Jugoslawen; davon, daß Serbien keine gleichberechtigte Republik wäre, da es zwei staatsähnliche autonome Gebiete enthalte – das Kosovo und die Vojvodina; daß also Serbien dreigeteilt wäre. Im Kosovo kam es schließlich zur Explosion, als der albanische auf den traditionellen serbischen Nationalismus traf. Zur selben Zeit nahm der Nationalismus in allen jugoslawischen Republiken zu, der serbische schließlich begann orthodoxe Mythen zu mobilisieren. Die Reliquien des Fürsten Lazar gingen auf Reise, nicht nur durch Serbien, sondern auch durch Bosnien. Die Führungen in der Vojvodina, im Kosovo und in Crna Gora wurden ausgewechselt, und Serbien hatte plötzlich einen absoluten nationalen Führer. Makedonien hielt voller Sorge den Atem an, fürchtete vor allem die Desintegration durch die Albaner in seiner Region; Bosnien und die Herzegowina, damals noch eine multinationale Einheit, rührten sich nicht; Kroatien leistete diffusen Widerstand, in den sich immer mehr nationalistische Elemente mischten, und Slowenien beschloß, sich von Jugoslawien abzuspalten. Ich bin überzeugt davon, daß die slowenische Parteidelegation den 14. Kongreß des BdKJ mit einem einzigen Ziel beschickt hatte, nämlich, ihn demonstrativ wieder zu verlassen.

Mit einem Wort: das Wesen der inneren Desintegration Jugoslawiens bestand im Aufeinanderprallen der nationalen bürokratischen Monolithe, die sich den Bund der Kommunisten einverleibten; indem sie zunächst einmal diesen desintegrierten, spalteten sie die einzige führende politische Kraft des Staates, denn dieser BdKJ war nicht nur die einzige Partei in Jugoslawien, sondern auch dessen politisch kohäsiver Faktor. Der serbische Nationalismus gab anschließend das Tempo vor, der kroatische und der slowenische warteten quasi hinter dem Vorhang auf ihren Auftritt, und den hatten sie dann auch. Ich bin übrigens fest überzeugt davon, daß sich die serbische und die slowenische Führung über den Austritt Sloweniens aus Jugoslawien abgesprochen hatten und darüber, daß Kroatien nur dann sich abspalten dürfte, wenn die überwiegend serbisch besiedelten Teile Kroatiens in Jugoslawien verbleiben würden. Nun, darauf folgten die kriegerischen Auseinandersetzungen in Kroatien – der Krieg in Slowenien

war im Unterschied dazu eine inszenierte Farce –, Bosnien, der „Bauch Jugoslawiens", konnte ohne Jugoslawien nicht bestehen und versank in einem Krieg mit wechselnden Koalitionen und Feindschaften, und kein Mensch kann heute sagen, wie lange es als Protektorat weiterexistieren wird.

Und die äußeren Umstände?

Der Westen war tief beeindruckt vom Fall der Berliner Mauer, von der Auflösung der Sowjetunion und vom Krach des osteuropäischen Sozialismus. Und vor allem damit beschäftigte sich seine Politik. Gorbatschow war eine Art politisches Mannequin, das vom Westen als „großer Gorbi" gehandelt wurde, als großer Reformator, der allerdings im Land selbst keine wesentlichen Änderungen durchsetzen konnte. Darum setzte der Westen schließlich auf Jelzin. Am 8. Dezember 1991 traf sich dieser mit den Präsidenten der Ukraine und Weißrußlands, um die Auflösung der Sowjetunion zu beschließen. Am 25. Dezember trat Gorbatschow ab, bestellte einen Militärputsch und begab sich in sein Feriendomizil am Schwarzen Meer. Jelzin hüpfte allerdings selbst auf den Panzer, und Gorbatschow mußte gehen. Sofort nach der Auflösung der Sowjetunion, am 15. Januar 1992, anerkannte der Westen die Selbständigkeit Sloweniens und Kroatiens. Er hatte keinen Bedarf mehr nach einer selbständigen Existenz des föderalen Staates Jugoslawien, des Tampon-Staates zwischen den Blöcken, die eifersüchtig darüber wachten, daß er sich nicht dem jeweils anderen zu sehr an den Hals werfe.

Die westliche Politik nahm an, daß mehrere kleine Staaten anstelle Jugoslawiens leichter zu handhaben wären, aber offensichtlich kennt sie die Südslawen zu wenig; sie rechnete wahrscheinlich nicht damit, daß sie übereinander herfallen und sich gegenseitig niedermachen würden.

Da gab es neben anderen auch ein gewichtiges ideologisches Argument für die westliche Unterstützung der Zerfallserscheinungen in Jugoslawien. Wenn der Sozialismus schon so gründlich und spektakulär zusammenbrach,

Er prüft die Qualität der Opanken. (Foto: Robert Löbl)

dann durfte er dort, wo er meiner Meinung nach lange Zeit am attraktivsten war, nicht bestehen bleiben.

Die USA überließen den Europäern die Initiative, bis sie das Bedürfnis verspürten, Rußland noch mehr einzuengen und ihre Hegemonie in Europa zu bewahren, das heißt, nicht nur Westeuropa, sondern – nach dem Zerfall des Warschauer Pakts – ganz Europa mittels Atlantikpakt stärker in die eigene Strategie einzubinden. Darum kam es auch zum Überfall auf Jugoslawien, zur Besetzung des Kosovo, zur De-facto-Besetzung Albaniens und Makedoniens; in Bosnien hatten sie sich schon früher festgesetzt, während Kroatien und Slowenien noch immer und schwer darauf warten, daß ihre Servilität gegenüber dem NATO-Pakt belohnt wird. Der Atlantikpakt ist als übriggebliebener Dinosaurier, als Instrument der amerikanischen Außenpolitik, bereits bis an die Grenzen Chinas gestoßen.

Wie beurteilen Sie die Perspektiven der Linken auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien?

Eine Neuauflage der kommunistischen Bewegung in dieser Region ist in der Form, wie sie als Partei und Ideologie, als Politik zwischen der Oktoberrevolution und dem Fall der Berliner Mauer entwickelt wurde, nicht denkbar. Das bedeutet nicht, daß die Ziele, für die sich die Kommunisten in Theorie und Praxis trotz aller Deformationen eingesetzt haben, nicht aktuell wären. In Europa und weltweit dauert die Auseinandersetzung an um die Erfüllung der wichtigsten Parolen der Linken, wie sie in der französischen Revolution geboren wurden – Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Und das gilt für alle Länder und für die gesamte Menschheit. Die Linke in Europa und weltweit muß nach meiner Meinung neue Strategien und Taktiken entwickeln, ihre Programme und Visionen reformieren. Auf alten Formeln beharren hat nicht viel Sinn.

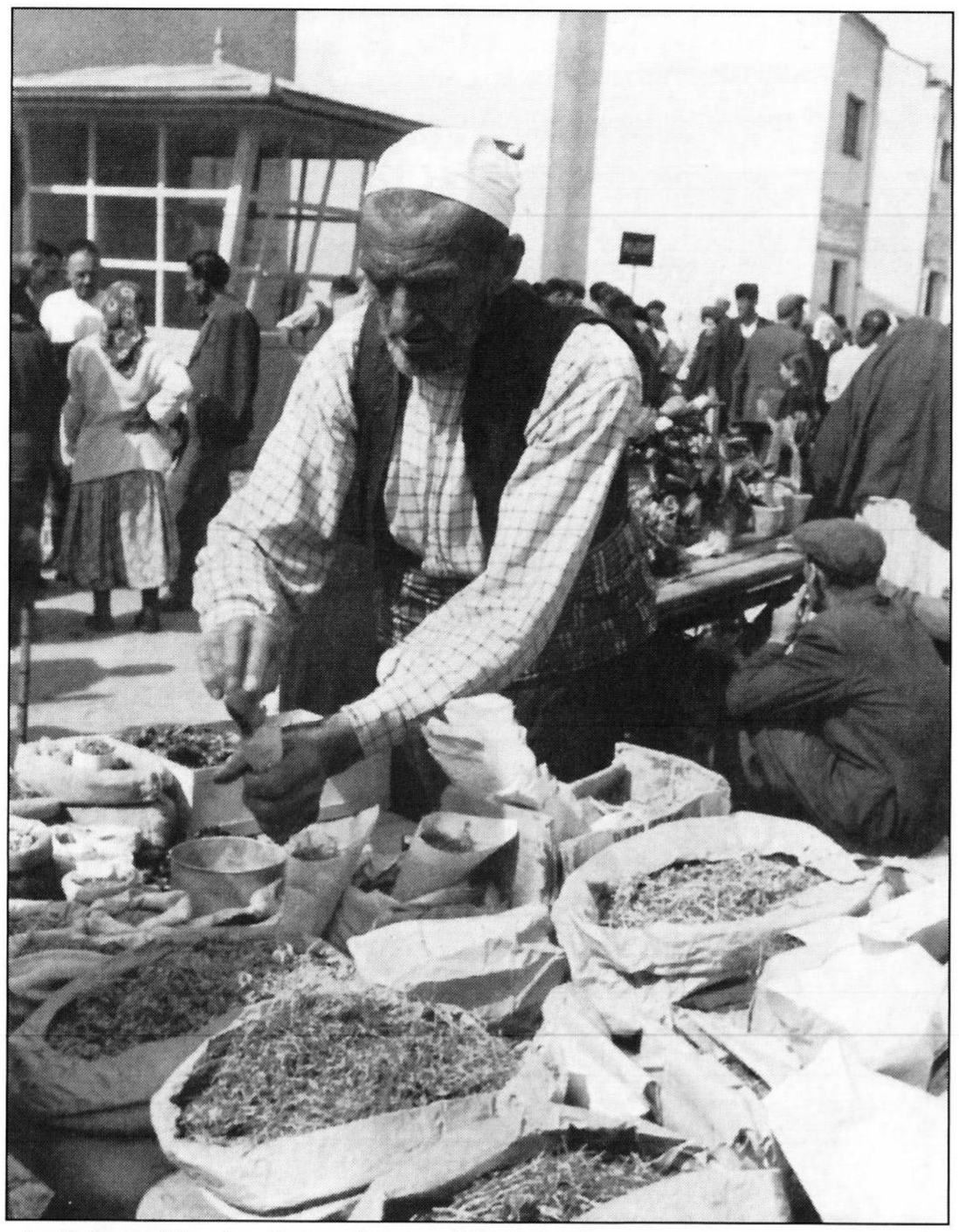
Hier bei uns spielen jetzt alle auf dem Klavier der Sozialdemokratie. Aber sie haben keine Ahnung davon, was Sozialdemokratie ist, und sie sehen nicht, daß sich auch die Sozialdemokratie im Westen in einer fürchterlichen Krise befindet. Sie spielt die Rolle einer konstruktiven kapitalistischen Kraft, die engagiert ist für die Konsolidierung und Reform des Systems. Sie baute mit am Wohlfahrtsstaat. Der Kapitalismus in seiner Globalisierung hat nun das gegenteilige Ziel: den Wohlfahrtsstaat zu vernichten – und damit den wichtigsten Politikansatz der Sozialdemokratie. Und weiter: die Sozialdemokratie hat ihren bösen Bruder verloren, den kommunistischen, mit dem sie sich konfrontieren mußte und von dem sie insofern auch existierte. Jetzt steht sie da, die Sozialdemokratie im Westen. Sowohl ihre alten Formeln als auch die des sowjetisch inspirierten Kommunismus werden durch die Realitäten ausgehebelt. Die Linke ist deshalb derzeit zwar in Defensive, aber die neue Weltordnung ist nicht das Ende der Geschichte, sondern der Beginn einer großen Unordnung in der Welt. Der gegenwärtige Imperialismus wird sich bemühen, noch weitere lokale Kriege zu provozieren, die Waffen-

produktion anzukurbeln, und die derzeit rund 200 Staaten in der UNO auf 500 kleinere zu parzellieren, damit fünf, sechs Kommandanten übrigblieben. Aber das wird nicht so bruchlos gehen. In den nächsten zwei Jahrzehnten werden die USA ihre Rolle als alleiniger Weltpolizist verlieren. Die Mehrheit der Weltbevölkerung will Amerika schon heute nicht als Weltpolizisten haben, aber sie ist desintegriert und zersplittert – bis sich wieder kohäsive Kräfte bilden werden.

Die Linke in unserer Region kann sich nicht entwickeln, wenn sie auf sich selbst gestellt bleibt. Sie kann nur ein Reflex der Linken in Europa und in der Welt sein. Wir haben derzeit wenig Möglichkeiten, allein aus der Versenkung zu kommen, wir sind zurückgeworfen auf die Provinz, auf die Bananenrepublik. Die meisten von jenen, die sich hier – oder in Serbien – Sozialdemokraten oder Linke nennen, sind nationalistisch orientiert, benutzen nationalistische Parolen. Im integrationistischen Teil Europas verliert der Nationalismus relativ an Boden, aber in unserer Region hat sich die Linke in den Nationalismus verbissen.

Wo sehen sie demnach den Ansatz für linke Politik vor Ort?

Die Linke hier vor Ort muß vor allem über eines nachdenken: die Transition der Gesellschaft, für die sich alles ringsherum abstrampelt und der sie – die Linke – auch selbst applaudiert, ist eine Rückkehr in den Kapitalismus, allerdings in die Peripherie des Kapitalismus, wo wir als Markt mit billiger Arbeitskraft und zum Absatz von sonst nicht absetzbaren Waren zur Verfügung stehen. Wenn die Linke das einmal begriffen hat und in der Lage ist, ein Programm des Widerstands dagegen zu formulieren, gibt es vielleicht wieder Entwicklungsmöglichkeiten. Widerstand bedeutet, gesellschaftliche Kräfte zu sammeln, damit diese Situation nicht zu einem Dauerzustand wird. Im Moment ist die Linke allerdings in die Fama von der Transition verliebt und übersieht, daß sie – die Transition – den schlimmsten und wildesten, provinziellsten Kapitalismus gebiert, der als Werkzeug des entwickelten Kapitalismus fungiert, indem er ihm eine Peripherie oder Halb-Peripherie bereitstellt im Sinne des ungleichen Warenaustausches [Tausches zu ungleichen Bedingungen?].



Auf dem Marktplatz. (Foto: W. Rauh)

Derzeit hat die Linke noch keine neue Vision, keine neuen Programme, die Mehrheit der Bevölkerung sitzt noch immer nationalen Phrasen auf, jedes Wort aus dem Begriffsfeld des Sozialismus stößt auf breite Ablehnung, geduldet werden nur jene Linke, die linkes Theater aufführen. Unsere Partei ist zum Beispiel die einzige von 83 Parteien in Kroatien, die sich entschieden hat, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts als Zielvorstellung ins Parteiprogramm aufzunehmen, und wir werden angesehen wie Verrückte oder wie die Hexen im Mittelalter. Noch, aber die gesellschaftliche Krise schreitet voran – in Kroatien, in Slowenien, in Serbien. Ich gebe den aus dem Konkurs Jugoslawiens entstandenen Regierungen noch zwei, drei Jahre; sie werden dann gegen eher sozialdemokratisch orientierte ausgetauscht, aber es wird sich erweisen, daß auch diese als Akteure des westlichen Konzepts der entwickelten kapitalistischen Zentren agieren, und daraus wird eine neue Linke Kraft beziehen müssen.

Hat der Jugoslawismus als progressive integrationistische Idee ausgedient?

Ich bin nicht für ein neues Jugoslawien um jeden Preis. Ein nichtsozialistisches Jugoslawien interessiert mich nicht. Es ist mir egal, ob es in dieser Region einen oder mehrere Staaten gibt, sechs oder siebzehn, so wie seinerzeit siebzehn Armeen gegen die Tito-Armee kämpften: Deutsche, Italiener, Ungarn, Albaner, Bulgaren, vier Sorten Tschetniks und Ustaschas, Domobranzen, muslimanische Milizen, Balisten usw. Meinetwegen kann sich jede Gemeinde als Staat deklarieren, aber sie soll uns Reise-, Versammlungs-, Informationsfreiheit und was es sonst noch an bürgerlichen Freiheiten gibt, garantieren. De facto gibt es ja heute auf dem Territorium der ehemaligen Sozialistischen föderativen Republik Jugoslawien 23 Staaten oder staatliche Gebilde. Makedonien ist formal ein einheitlicher Staat. Die Albaner im Nordteil sind allerdings bereits ein Staat im Staate. Das heutige Jugoslawien besteht aus Crna Gora und dem Kosovo, aus der Vojvodina, und aus Serbien. Im ehemaligen Bosnien gibt es die Föderation BiH und die Serbische Republik. Und dann gibt es in der Föderation zehn Kantone mit eigenen Regierungen, mit jeweils zehn bis zwanzig Ministern und einem Innenministerium, so daß wir von insgesamt dreizehn Staaten auf bosnischem Territorium sprechen können: vom Gesamtstaat, den zwei Entitäten, und den zehn Kantonen, wobei die Kroaten für die drei, in denen sie die Mehrheit bilden, eine dritte Entität fordern.

Wie konnte das in einem Staat mit einer derartigen progressiven Widerstandstradition passieren?

Die Kräfte, die im Zweiten Weltkrieg besiegt wurden, erhielten durch die Degeneration des Bunds der Kommunisten die Möglichkeit, fünfzig Jahre später ihren Sieg zu feiern. ■

Das Gespräch mit Stipe ŠUVAR führte Mirko MESSNER, Mitglied des Bundesvorstands der KPÖ.

Die albanische Frage bleibt unbeantwortet

Werner PIRKER

In ganz Jugoslawien werden seit fast zehn Jahren soziale Probleme ethnisiert. Auf albanischer Seite hat diese Politik eine lange Tradition.

Auf dem Kosovo Polje (Amselfeld) wachsen rote und schwarze Blumen. Die roten, gab der serbische Professor für Soziologie an der Universität Priština die Volkslegende wieder, seien aus dem Blut der serbischen Helden, die schwarzen aus dem Blut der türkischen – „auch Helden", fügte er nach einer Gedankenpause hinzu. So sehen die Serben das Kosovo: als die Wiege ihrer Staatlichkeit, als mit Herzblut getränkte serbische Erde.

Am 28. Juni 1389 tobte auf dem Amselfeld die Entscheidungsschlacht zwischen der serbischen Armee und den osmanischen Eroberern. Im Glanz der Mittagssonne wähnten sich die Serben schon als sichere Sieger, als die Nacht einbrach, gab es Serbien nicht mehr. Die Halbzeitsieger begründeten auf ihrer katastrophalen Niederlage, die Serbien für ein halbes Jahrtausend unter das osmanische Joch zwang, einen Geschichtsmythos. Die serbischen Helden waren in Schönheit gestorben. Damals flüchteten viele Serben nach Norden, wo sie von den Habsburgern, überwiegend in der Krajina, als Wehrbauern angesiedelt wurden. 1995 im Zuge der Kroatisierungsoffensive „Blitz" erlebten diese Serben ihr zweites Amselfeld. Sie wurden fast zur Gänze aus Kroatien vertrieben. Doch auch das Kosovo Polje war den Nachfahren der serbischen Helden nicht mehr freundlich gesonnen. In den Zeiten der osmanischen Fremdherrschaft hatten sich dort Albaner angesiedelt, die von den Türken islamisiert worden waren. Die serbisch-albanischen Animositäten reichen somit weit ins Mittelalter zurück.

Die Albaner wähnen sich als direkte Nachkommen der Illyrer und damit als eines der ältesten Völker Europas. Daraus begründen sie ihren Anspruch auf den Westen der Balkanhalbinsel. Es würde nicht verwundern, sähen auch sie im Kosovo die Wiege des Illyrertums. Das ist eine der schlimmsten Unsitten national rezipierter Geschichte: daß umstrittene Gebiete stets die Wiege des eigenen „Volkstums" zu sein haben. Das gilt für Serben und Albaner ebenso wie für Ungarn, Slowaken, Rumänen, Bulgaren, Mazedonier, Griechen usw.

Daß die serbisch-albanischen Abgrenzungsrituale auch konfessionell geprägt sind – orthodoxe Serben gegen die mehrheitlich muslimischen Kosovo-Albaner – sollte erstens nicht überschätzt werden, und ist zweitens von seltsamer Ironie. Steht doch im Zentrum des albanischen Geschichtsbewußtseins der nationale Befreiungskampf Skanderbegs gegen die türkisch-islamische Fremdherrschaft. Entscheidend geprägt aber wird der albanische Nationalismus von einem aggressiven Ethnozentrismus, von dem Bewußtsein, nicht der slawischen Welt anzugehören. Natürlich gibt es auch eine Geschichte der nationalen Unterdrückung der Kosovo-Albaner. Im ersten Jugoslawien, das aus dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) hervorging, waren die Albaner in jeder Hinsicht – politisch, wirtschaftlich und kulturell – diskriminiert, Fremdkörper in einem Staat, der aus der Vereinigungsidee der Südslawen hervorgegangen war. Im nationalen Befreiungskampf der Balkanvölker gegen den Hitler-Faschismus kämpften Albaner auf beiden Seiten der Fronten, was bei Kroaten, Slowenen, bosnischen Muslimen und Serben nicht anders war. Enver Hoxhas Partisanen standen unter der direkten Anleitung von Titos Volksbefreiungsarmee. Auf der anderen Seite kollaborierten die albanischen Balisten mit den italienischen und deutschen Besatzern. Die Kosovo-Albaner standen mehrheitlich im faschistischen Sold. Das ergab sich auch aus der tiefen Animosität zwischen den nördlichen (Gegen) und den südlichen Stämmen (Tosken). Diese soziokulturelle Spaltung war prägend für die albanische Geschichte – hier der weltoffene, gegenüber fortschrittlichen Ideen und einem modernen Nationalbewußtsein aufgeschlossene Süden, dort der archaische Norden, dessen Stammesaristokratie stets zur Kumpanei mit mächtigen Eroberern, ob Türken, Deutsche oder nun die NATO, aufgelegt war.

Nach dem Sieg im Volksbefreiungskrieg erhielt die albanische nationale Minderheit das Recht auf Autonomie. Den von Okkupanten und Balisten vertriebenen Serben wurde laut einem Beschluß des Nationalkomitees der Befreiung Jugoslawiens vom 6. März 1945 die Rückkehr in das Kosovo verboten, wohl um Racheakte zu vermeiden. In der Praxis wurde damit die auf ethnische Hegemonisierung des Kosovos gerichtete Politik der albanischen Eliten begünstigt. Damals war allerdings Titos Plan einer Balkanföderation, bestehend aus Jugoslawien, Bulgarien und Albanien unter der Präsidentschaft des Bulgaren Georgi Dimitroff noch nicht zu den Akten gelegt. In diesem Kontext hätte das Kosovo vom Zankapfel zum Bindeglied werden können, genauso wie Mazedonien eine Brückenfunktion zwischen Jugoslawien und Bulgarien hätte einnehmen sollen. Der Plan scheiterte an Stalins Veto.

Auf ihre Weise soll die kosovo-albanische Nomenklatura aber an diesem Plan festgehalten haben. Ivan Ivanji, Titos langjähriger Dolmetscher für Deutsch, schreibt, daß sie stets an eine Vereinigung mit Albanien dachte, „aber mit der Absicht, Albanien an Kosovo und damit an Jugoslawien anzuschließen und nicht umgekehrt".

Der anti-serbische Block

1963 wurde das Gebiet Kosovo und Metohien zur autonomen Provinz im Bestand der Republik Serbien. Es erhielt ein eigenes Provinzparlament und konnte im Rahmen der serbischen Delegation fünf Vertreter in die Nationalitätenkammer des Bundesparlaments entsenden. Die jugoslawische Verfassung von 1974 ging noch weiter und sah für das Kosovo und die multinationale Vojvodina alle Privilegien einer Republik vor, ohne den formell bei Serbien verbliebenen Provinzen auch diesen Status einzuräumen. De facto waren die beiden Autonomien in Serbien aber Subjekte der Föderation und nicht der Republik, da sie ihre Vertreter direkt in die Bundesgremien delegieren konnten, wo sie auch das Vetorecht besaßen. Bei Abstimmungen votierten die Repräsentanzen des Kosovos und der Vojvodina in der Regel gegen die eigene Republik und trugen so maßgeblich zur Hegemonie des „anti-

serbischen Blocks“ bei. So erwies sich die 74er-Verfassung als eine staatsrechtlich brisante Konstruktion, die in der Realität zur Spaltung Serbiens führte.

Je mehr nationale Rechte den Kosovo-Albanern zugestanden wurden, desto mehr forderten sie. Was sich unter der Flagge der Nation austobte, war im Grunde aus sozialer Frustration sowie der Unzufriedenheit über die wirtschaftlich unterprivilegierte Stellung des Gebietes gespeist. Das Pro-Kopf-Einkommen im Kosovo betrug nur ein Achtel des slowenischen. Das aber hatte nichts mit nationaler Unterdrückung zu tun. Denn keine noch so weitgehenden Zugeständnisse auf nationalem Gebiet können die aus unterschiedlichen Entwicklungsniveaus resultierenden sozialen Ungerechtigkeiten aufheben. Eben weil das titoistische Jugoslawien stets den nationalen Ausgleich suchte, hat es den sozialen vernachlässigt. Die der Selbstverwaltungs-Ideologie immanente Affirmierung nationaler und regionaler Sonderinteressen verschärfte die Disproportionalitäten und schuf ein eklatantes Nord-Süd-Gefälle in Jugoslawien. So reproduzierte gerade die ständig thematisierte nationale Frage bei Mißachtung ihrer sozioökonomischen Hintergründe immer neue nationale Widersprüche.

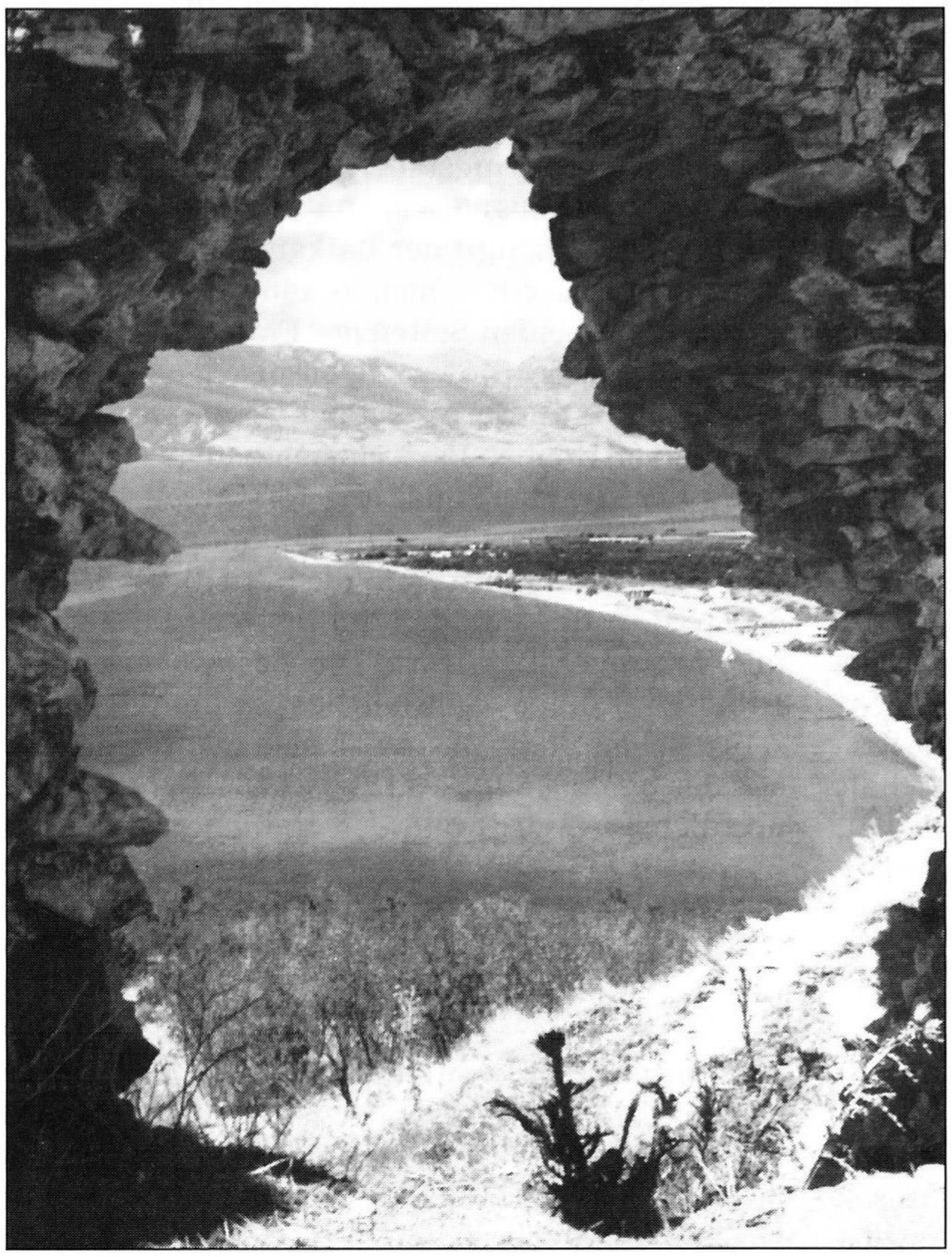
Die 1968 in der südserbischen Provinz ausgebrochenen Unruhen, bei der erstmals Forderungen nach einer eigenen Republik laut geworden waren, wurden niedergeschlagen. Nach Titos Tod machten sich erneut separatistische Stimmen bemerkbar, die fortan nicht mehr verstummten. Die jugoslawische Führung konnte der Forderung nach einer albanischen Republik nicht nachgeben. Denn laut Verfassung stand nur den Nationen das Recht auf eine eigene Republik zu, die außerhalb Jugoslawiens keinen Status als Titularnation besaßen.

Die albanische Frage wurde zum Katalysator des Untergangs Jugoslawiens. Ende der achtziger Jahre war der Kampf zwischen den nationalen Eliten um die besten Startpositionen in der Marktwirtschaft bereits voll ausgebrochen. Das System der Selbstverwaltung, das marktwirtschaftliche Elemente in einem wesentlich größeren Ausmaß adaptierte als die staatssozialistischen Systeme, war zur Voraussetzung seines eigenen Scheiterns geworden. Es ging um die Aufteilung des Eigentums und nicht um nationale Emanzipation.

Die serbische Führung war im Prozeß der Zerstörung Jugoslawiens Täter und Opfer zugleich. Mit seiner vorgeblich „antibürokratischen Revolution“ betrieb Milošević eine bedenkenlose Ethnisierung sozialer Konflikte. Sein Versuch, das 600-Jahresjubiläum der Schlacht auf dem Amselfeld als Revanche für die historische Niederlage der Serben zu zelebrieren und den Albanern den Kampf anzusagen, machte das Amselfeld zum zweiten Mal zum Schauplatz einer südslawischen Katastrophe. Analog zu Rußlands Jelzin verkündete Milošević die „serbische Wiedergeburt“ und die „nationale Emanzipation des serbischen Volkes“ – von Jugoslawien. Auch wenn er versucht haben sollte, durch eine Stärkung des serbischen Faktors Jugoslawien zu konsolidieren, hat diese Politik in der Konsequenz das genaue Gegenteil bewirkt.

1989 wurde das Kosovo wieder in die Republik Serbien eingegliedert. Als die albanische Mehrheit im Gebietsparlament von Priština 1990 gegen den Willen der Serben und Montenegriner die „Republik Kosova“ ausrief, verfügte das serbische Parlament die Einstellung der Arbeit der sezessionistischen Organe. Die Reintegration des Kosovos wird gemeinhin mit der Aufhebung der Autonomie gleichgesetzt. Doch war damit die Selbstverwaltung noch keineswegs außer Kraft gesetzt. Es waren die Kräfte der Sezession, die diese gegenstandslos gemacht hatten, als sie ihre illegale Republik ausriefen und sich damit der Mitgestaltung der politischen Prozesse in Serbien und Jugoslawien verweigerten.

Die den Kosovo-Albanern von Belgrad seit 1989 zugestandenen oder vorenthaltenen Minderheitenrechte standen im antiserbischen Propagandakrieg nie ernsthaft zur Debatte. Denn jeder Vergleich der kosovo-albanischen Situation mit der Lage von Minderheiten in anderen Ländern könnte für die Unterstützer einer weitestgehenden Kosovo-Autonomie nur peinlich ausfallen. Die Albaner hatten das Recht auf Gründung von Parteien, auf parlamentarische Vertretung, das sie nicht wahrnahmen, es erschienen an die 50 albanische Zeitungen (mit großalbanischen Wetterkarten), das Recht auf muttersprachlichen Unterricht – nach den Lehrplänen der Republik – war garantiert. Anders als in Kärnten waren im Kosovo zweisprachige topographische Aufschriften eine Selbstverständlichkeit. Dabei zeigte sich allerdings, daß es im Kosovo nur notdürftig albanisierte und keine authentisch albanischen geographischen Bezeichnungen gibt. Selbst das „unabhängige Kosova“ (Kosovo Polje – Amselfeld) kann seine slawische Herkunft nicht verleugnen.



Blick auf den Ohridsee an der albanischen Grenze. (Foto: Bavaria)

Während des Bürgerkrieges in Bosnien befand sich das Kosovo außerhalb des westlichen Blickfeldes. Erst nach Dayton kehrte die jugoslawische Tragödie an ihren Ausgangspunkt zurück. Die Dayton-Architekten bedurften eines neuen Befriedungsmodells auf dem Balkan. Das aber bedeutete den Versuch der Bosnisierung der Bundesrepublik Jugoslawien. Ein souveräner Staat, der einzige legitime

Nachfolgestaat der jugoslawischen Föderation, sollte nach dem Muster Bosniens, eines von den westlichen Hegemonialmächten künstlich hergestellten Gebildes, der Kontrolle über sein Territorium beraubt werden. Die westliche Einmischung in die Gestaltung der zwischennationalen Beziehungen in Südserbien ist deshalb so unerträglich, weil sie an die Bundesrepublik Jugoslawien Maßstäbe anlegte, die der titoistischen Nationalitätenpolitik eigen waren, auf die sich zu berufen die Zerstörer des Vielvölkerstaates nicht das geringste Recht haben. Es waren nicht die „internationalen Standards" bei der Behandlung von Minderheitenfragen, mit denen sich die Belgrader Führung um Milošević konfrontiert sah, sondern jene Bestimmungen aus der Verfassung des untergegangenen Jugoslawien, welche die serbische Provinz Kosovo zu einem „konstitutiven Faktor" der Föderation erhoben haben. Man kann zur Aufhebung der Kosovo-Autonomie stehen wie man will. Kein Staat der Welt – auch nicht die „internationale Gemeinschaft" – hat das Recht, einem souveränen Staat die Gewährung einer Autonomie abzuverlangen, die faktisch zur Spaltung seines Territoriums führt. Während die Politik der ethnischen Homogenisierung in Kroatien als Ausübung des kroatischen Selbstbestimmungsrechtes wahrgenommen wurde und man in Bosnien ein multinationales Gebilde erzwang, dessen konstitutives Prinzip nicht das multinationale Miteinander, sondern die nationale Separation ist, soll Jugoslawien das Recht abgesprochen werden, über Minderheitenfragen souverän zu entscheiden.

Die westliche Nötigungspolitik richtet sich ausgerechnet gegen das Land, das als einziger jugoslawischer Nachfolgestaat multinational verfaßt geblieben ist, was nicht nur für den Bundesstaat, sondern auch für die Republik Serbien gilt, die als Republik der Bürger Serbiens – und nicht analog zur kroatischen Verfassung als Republik des serbischen Volkes – definiert ist. Dieses Prinzip duldet keine Ausnahme. Jugoslawien wäre nicht mehr Jugoslawien und Serbien nicht mehr Serbien, würde es in seinem Bestand ein albanisch definiertes Kosovo dulden. Es geht hier nicht um die Frage nach dem serbischen bzw. albanischen Charakter dieser Provinz. Denn die Bevölkerung des Kosovos ist multinational. Eine gerechte Lösung der albanischen Frage in Serbien hat eine Lösung der Minderheitenfrage im Kosovo zur Voraussetzung. Der von der multinational zusammengesetzten serbischen Delegation in Rambouillet unterbreitete Vorschlag für eine Selbstverwaltung in Kosovo-Metohija brachte dies zum Ausdruck. Darin wird für das Provinzparlament ein Zweikammern-System vorgeschlagen, bestehend aus einer (von der albanischen Bevölkerungsmehrheit dominierten) Volksversammlung und einem Nationalitätenrat, in dem alle Volksgruppen unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt vertreten sind.

Die westliche Doppelstrategie

Die Kosovo-Politik des Westens war stets von einer unglaublichen Doppelzüngigkeit geprägt. Deklarativ insistierte sie auf der Autonomie bei voller Wahrung der territorialen Integrität Serbiens und Jugoslawiens, was im wesentlichen eigentlich dem jugoslawischen Standpunkt entsprach und im scharfen Widerspruch zur albanischen Position der bedingungslosen Unabhängigkeit stand. Indem der Westen aber alle Ansätze einer innerjugoslawischen Lösung des Konflikts verwarf, sprach er Jugoslawien im gleichen Atemzug die Souveränität über sein ganzes Territorium wieder ab. Seine militärischen Drohungen hatten ausschließlich Belgrad zum Adressaten, das mit der albanischen Seite in sechzehn vergeblichen Anläufen in Autonomie-Verhandlungen treten wollte, und nicht die Sezessionisten, die an politischen Prozessen nicht teilnahmen und selbst westliche Friedenslösungen von der Art des ursprünglichen Kontaktgruppenplans, der eine Autonomie mit allen Privilegien einer (jugoslawischen) Republik vorsah, mit kalter Verachtung straften.

Dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat, aber auch zwischen Wort und Wort wurde in Rambouillet auf eine unfaßbare Weise deutlich, als Mrs. Albright den Serben, welche die Kontaktgruppen-Prinzipien trotz schwerer innerer Vorbehalte unterschrieben hatten, mit Krieg drohte, sollten sie weiter auf einer albanischen Unterschrift bestehen. Als die Albaner dann unterschrieben, was die Serben zu unterschreiben verweigerten, war aus dem Kontaktgruppenplan einer friedlichen Lösung unter Anerkennung der Souveränität Jugoslawiens über sein ganzes Territorium ein Papier geworden, das die Preisgabe der jugoslawischen Souveränität auf seinem gesamten Staatsgebiet forderte.

Alle, selbst die weitestgehenden Autonomievorschläge für die südserbische Provinz werden gegenstandslos, wenn sie die Verletzung der jugoslawischen Souveränitätsrechte zur Voraussetzung haben. Eine demokratische Selbstverwaltung der Albaner kann es nur in einem souveränen Jugoslawien und nicht in einem NATO-Protektorat geben. Das Selbstbestimmungsrecht der Albaner im Kosovo, das auch von vielen Linken „bis hin zum Recht auf Lostrennung" reklamiert wird, kann nicht im darwinistischen Überlebenskampf der Balkan-Völker gegeneinander und unter Anleitung der Todfeinde der nationalen Unabhängigkeit realisiert werden. Die Multinationalität Jugoslawiens ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die nur um den Preis der Unterwerfung aller Völker der Region preisgegeben werden kann. Wenn der Charakter einer nationalen Befreiungsbewegung durch ihr Verhältnis zum Imperialismus bestimmt wird, dann verkörpert die UÇK nicht nur eine reaktionäre, sondern auch die parasitärste Unabhängigkeitsbewegung, die je zu den Waffen gegriffen hat. Ethnozentrismus ist antiemanzipatorisch. Wer der UÇK emanzipatorischen Charakter andichtet, muß diese Ehre auch der Ustascha zugestehen. Denn auch die kroatischen Faschisten versuchten ihr „nationales Projekt" in Kollaboration mit einer imperialistischen Besatzungsmacht zu realisieren.

Die großalbanische Doktrin bezieht sich auf eine Landkarte, wie sie 1878 von der „Liga von Prizren" erstellt wurde. Sie umfaßt die Republik Albanien, das Kosovo, drei weitere Bezirke Serbiens, ein Viertel Montenegros, ein Drittel Mazedoniens und den Epirus in Griechenland. Es ist eigenartig, daß das westliche Befriedungskomitee zwar ständig vor einer Destabilisierung der Region warnt, den eigentlichen Destabilisierungsfaktor aber, den großalbanischen Expansionismus ungeschoren läßt. ■

Werner PIRKER, 1947 in Kärnten geboren, ist seit mehr als 25 Jahren journalistisch tätig. Zwischen 1986 und 1991 arbeitete er als Korrespondent der »Volksstimme« in Moskau. Seit fünf Jahren ist Werner Pirker bei der Berliner Tageszeitung »Junge Welt« tätig, derzeit als stellvertretender Chefredakteur. Von ihm erschien unter anderem das Buch „Die Rache der Sowjets. Politisches System im postkommunistischen Rußland", Wien 1994, im Promedia Verlag.

Die Clinton-Doktrin

Boris KAGARLIZKY

Die Pax Americana, seit dem Zerfall der Sowjetunion ein weltumspannender Zustand, entwickelt sich zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer Doktrin. Doch ihre Durchsetzung stößt auf immer heftigeren Widerstand – weltweit.

Seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in der ČSSR 1968 sprachen westliche Journalisten von der „Breschnjew-Doktrin". Persönlich hatte Leonid Iljitsch natürlich keine Doktrin erfunden, sie kam irgendwie von selbst. Der Sinn der „Doktrin" war simpel, die Souveränität der dem Warschauer Vertrag zugehörigen Staaten zu begrenzen. Der große sowjetische Bruder hatte sich im Prinzip zwar nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Vertrages einzumischen; wenn dort etwas schief gelaufen war, dann bestimmte er selbst, wer und wie zu bestrafen war. Dafür war keine Sanktion der internationalen Gemeinschaft nötig.

Inzwischen ist Breschnjew tot, die Tschechoslowakei zerfallen, auch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt gibt es nicht mehr. Unverändert ist nur der Wunsch des Großen Bruders geblieben, seine Nase in fremde Angelegenheiten zu stecken. Da heute nur eine Supermacht übrig geblieben ist, hat sich der US-Präsident das Recht angeeignet, souveräne Staaten seiner Kontrolle zu unterwerfen und nach Belieben zu bestrafen. Er agiert heute wie Breschnjew, aber nicht nur in Osteuropa, sondern weltweit. So ist an die Stelle der Breschnjew-Doktrin die Clinton-Doktrin getreten.

Als die Amerikaner Irak bombardierten, konnte man noch alles mit einem Sex-Skandal in Washington und der schlechten Laune des Präsidenten erklären. Von außen dürfte das sogar etwas komisch ausgesehen haben, den Einwohnern von Bagdad und den anderen irakischen Städten war jedoch nicht zum Lachen zumute. Mit dem Beginn der Luftangriffe gegen Jugoslawien ist klar geworden, daß es nicht mehr um den Versuch eines ertappten Schürzenjägers geht, die Hochachtung seitens der Nation zurückzubekommen und dafür einige hundert oder tausend Nichtamerikaner zu töten. Wir haben es vielmehr mit einem einheitlichen politischen Konzept zu tun, das konsequent mit Leben zu erfüllen ist.

Während Louis XIV. sagte „der Staat bin ich", stellen die USA heute folgende Grundregel auf: „die Weltgemeinschaft sind wir". Was die Menschen anderer Länder und selbst deren Regierungen denken, ist nicht relevant. Die USA beschließen alles für sie. Grundsätzlich entfällt dabei der Bedarf an einer Weltorganisation wie den Vereinten Nationen. Die UNO ist gegenwärtig weitgehend ein Instrument der amerikanischen Politik. Im Rahmen der Clinton-Doktrin jedoch wird sie unnütz, weil sie die Beschlußfassung bremst.

Die demokratischen Abläufe in den Ländern des Westens sind ebenfalls überflüssig. Die zweite Regel der Clinton-Doktrin besagt: Wenn die öffentliche Meinung in einem Land der Meinung des US-Präsidenten widerspricht, dann soll jede wahrhaft demokratische Regierung die Meinung ihrer Bürger zum Teufel schicken und ihrer Bündnispflicht nachkommen.

Die dritte Regel lautet: Die USA treten gleichzeitig als Täter, Ankläger, Richter und Vollstrecker auf. Der Weltleader ist durch keine rechtlichen Formalitäten gebunden. Was „moralisch" ist und was nicht, entscheidet der amerikanische Präsident. Je mehr Bomben und Flugzeuge ein Staat hat, desto höher ist dessen „moralische Autorität". Die Führer der Vereinigten Staaten deklarieren immer wieder ihre Bereitschaft, böse Diktatoren zu bestrafen. Seit dem Fall des Präsidenten von Panama, General Noriega, den die Amerikaner wegen Drogenhandels gestürzt und eingesperrt hatten, ist eine sonderbare Gesetzmäßigkeit zu beobachten. Alle ausländischen Führungspersönlichkeiten, die von Amerika öffentlich geahndet werden, waren in bestimmten Etappen ihrer Karriere politische Partner der USA. Noriega verteidigte ihre Interessen in Lateinamerika, Washington bedurfte des Regimes von Saddam Hussein als Gegengewicht zum islamistischen Iran, es stützte sich auch auf Milošević, als es darum ging, die bosnischen Serben zur Annahme des durch die US-Diplomatie diktierten Dayton-Abkommens zu zwingen. Alle, die durch Amerika bestraft werden, sind selbstverständlich die schlimmsten Menschenrechtsverletzer. Aber zu ihnen zählen auch jene, für die sich Amerika stark macht. Die Politik Serbiens im Kosovo hatte niemanden bewegt, als die Stärkung der westlichen Positionen in Bosnien auf der Tagesordnung stand. Die Türkei darf ‚ethnic cleansing' betreiben, da sie ein NATO-Mitglied ist. Die Regierung der USA darf Bomben wahllos abwerfen, ohne dafür moralisch, politisch und rechtlich Rede und Antwort stehen zu müssen – so lange die Opfer der Bombardements keine amerikanischen Steuerzahler sind.

Die doppelten Standards

Demokratisch sind jene, die die amerikanischen Chefs als gut befinden. Nehmen wir Milošević als Beispiel. Er erhielt die meisten Stimmen, an den Wahlen nahm auch die Opposition teil, die im wesentlichen durch den Westen finanziert wurde. Hatten die Serben eine falsche Wahl getroffen? Es kann durchaus so gewesen sein. Aber das war ihre Wahl, und Amerika hat damit nichts zu tun. Woher kommt übrigens die Gewißheit, daß die Amerikaner Recht hatten, als sie Clinton zum Präsidenten machten? Ich persönlich hege diesbezüglich erhebliche Zweifel.

Laßt uns ehrlich sein: das Regime von Milošević ist alles andere als ein Muster der Demokratie. Der jugoslawische Präsident ist nach seiner Psyche und Kultur ein Autokrat. Nichtsdestoweniger existieren in Serbien legale oppositionelle Parteien. Die unabhängige Presse konnte, mindestens vor den amerikanischen Luftangriffen, frei vertrieben werden, es gab auch ein oppositionelles Fernsehen.

In Rußland gibt es, zum Beispiel, keinen einzigen überregionalen Fernsehsender, der durch die Opposition kontrolliert wäre. Es gibt auch keine einzige Nachrichtensendung, die mit den Kommunisten sympathisiert hätte. Wahlfälschung ist in den russischen Regionen längst normale Praxis geworden. (Die jüngsten Unruhen in Karatschajewo-Tscherkessien sind nur in einer Hinsicht der Ausnahmefall – hier hatten sich die Wähler, anders als in

vielen „reicheren“ Regionen, mit der Verdrehung nicht abgefunden.)

An all dem haben die Washingtoner Moralisten kein Interesse, denn Wahlfälschungen, Verstöße gegen das demokratische Prozedere sowie andere „kleine Tricks“ sind durchaus zu entschuldigen, soweit sie den „unseren“ zugute kommen, das heißt zum Wohle der Demokratie geübt werden. Ein glänzendes Beispiel solcher „doppelter Standards“ ist die westliche Rezeption zur Auflösung der Parlamente in Rußland und Weißrußland. Jelzin jagt das Parlament auseinander und kriegt dafür Beifall. Lukaschenko wiederholt als ein eifriger Provinzler das russische Szenario und wird dafür zum Diktator abgestempelt. In Minsk wurde allerdings während der Auflösung des Parlaments niemand getötet. Umso schlimmer für die Belorussen. Sie konnten in ihrem hoffnungslosen Provinzialismus nicht mal interessante Aufnahmen für CNN organisieren.

Lukaschenko hatte es nicht verstanden: um sich kleine Streiche leisten zu dürfen, sollte man erst der Administration in Washington zu gefallen wissen. Am besten man privatisiere alles, was einem ins Auge fällt. Dann wird man eine reiche und energische Lobby in der amerikanischen Hauptstadt für sich gewinnen. Im schlimmsten Falle genügt es, ständig Solidarität mit der US-Politik zu erklären, wie das etwa die Regierung von Usbekistan macht. Um den Preis proamerikanischer Erklärungen werden ihr nicht nur politische Verfolgungen, sondern auch fehlende Privatisierung und volle Ignoranz der Rezepte des Internationalen Währungsfonds vergeben.

Auch ein Genozid kann verzeihlich sein. Wenn die türkischen Behörden die Kurden massakrieren, dann ist das natürlich unangenehm, aber zulässig, denn sie tun es im Sinne der Stärkung der südwestlichen NATO-Flanke. In Ruanda darf man überhaupt fast die ganze Bevölkerung vernichten, das Land gehört ja nicht zum Verantwortungsbereich der NATO. Im Kosovo sieht es anders aus. Die Präsenz der serbischen Truppen und Polizeikräfte auf dem Territorium Serbiens schwächt zweifelsfrei die südwestliche NATO-Flanke, und damit soll ein für allemal Schluß gemacht werden.

Dummer Milošević

Dummer Milošević! Er hätte rechtzeitig einen Aufnahmeantrag in die NATO zusammen mit Bulgarien, Polen und Ungarn stellen sollen. Dann hätte auch niemand das albanische Problem im Kosovo beachtet!

Die amerikanischen Liberalen der neunziger Jahre maßen sich das Recht an, jedes ihnen nicht genehme Regime als undemokratisch zu erkären. Das ist auf eine gewisse Weise folgerichtig. Ist Amerika eine Demokratie? Ja, ohne Zweifel. Dann wissen die Amerikaner, was Demokratie ist. Und sie dürfen daher entscheiden, wer ein Demokrat ist und wer nicht. In diesem Syllogismus ist lediglich ein Umstand unberücksichtigt geblieben: im Unterschied zum römischen Papst, der ex cathedra auftritt, ist der US-Präsident keinesfalls grundsätzlich unfehlbar.

Hier entdecken wir eine weitere verblüffende Übereinstimmung zwischen der Breschnjew-UdSSR und Clinton-Amerika. Die Macht begeht nie Fehler. Genauer gesagt, sie erkennt ihre Fehler nie an. Sie hält sich daran fest und versinkt damit immer tiefer im Sumpf der aussichtslosen Politik. Es fällt leichter, die Fehler zu vergrößern, als zu versuchen, diese zu beheben.

Wie in der Sowjetunion der Breschnjew-Zeit, ist die gegenwärtige politische Elite in Amerika darin überzeugt, daß aus ihrer immensen militärischen, wirtschaftlichen und propagandistischen Kraft auch ihr uneingeschränktes Recht auf Irrtum resultiert. Jeder undurchdachte Beschluß läßt sich trotzdem durchführen, wenn man an die Sache zusätzliche Ressourcen anschließt. Schlimmstenfalls würde der Propaganda-Apparat eine Niederlage als einen Sieg und sinnlose Bombardements als einen Triumph der entschlossenen Kraft darstellen.

Amerika ist auf dieselbe Weise ein moralischer Weltleader, wie die Breschnjew-Sowjetunion der Führer der „fortschrittlichen Menschheit“ war. Das ist der fürsorgliche und strenge Vater, dem das Recht zusteht, zu fördern oder zu bestrafen.

Der US-Präsident entscheidet über die Frage, wer, wie, wann und wofür zu bestrafen ist – abhängig von der aktuellen politischen Konjunktur. Je weniger Logik desto stärker die Position der USA als Führungsmacht. Denn alle müssen sich zu jeder Zeit bedroht fühlen.

Und schließlich die letzte Regel: Die technologische und militärische Überlegenheit der USA befähigt sie dazu, als Führungsmacht völlig straffrei zu agieren. Diese Regel setzt die Ausführung aller anderen voraus. Sieger kommen nie auf die Anklagebank, und die Welt hat den Willen des Siegers zu akzeptieren. Die Verbündeten wissen, daß sie gut beraten sind, den Triumph der Führungskraft zu teilen, als den Verdacht der Illoyalität auf sich zu lenken. Die Opfer der NATO-Aggression sind sich letztlich im klaren darüber, daß Widerstand zwecklos ist.

Der Sieg läßt alles abschreiben. Die humanitäre Katastrophe im Kosovo kann allein auf Übergriffe der Serben zurückgeführt werden. Das geht umso leichter, da das Vorgehen der serbischen Polizei im Kosovo wirklich repressiv war, allerdings nicht so repressiv, um den Exodus der ganzen Bevölkerung, einschließlich der Serben, verursacht zu haben. Die durch „präzise“ Angriffe beschädigten Krankenhäuser und Schulen können als Militärobjekte bezeichnet und die Klagen der Betroffenen als Feindpropaganda abgetan werden. Das alles funktioniert allerdings nur, so lange es keine Zweifel am Sieg der Supermacht gibt. Und was geschieht, wenn solche Zweifel aufkommen?

Afghanistan und Kosovo

Der Doktrin von William Clinton haftet dasselbe Problem an, wie jener von Leonid Breschnjew. Sie pervertiert und verwirrt auch jene, die sie predigen. Die Pessimisten warnten davor, daß der Balkan für sie zum zweiten Vietnam werden könnte. Sie täuschten sich. Es kommt nicht zum zweiten Vietnam, sondern zu einem europäischen Afghanistan.

Den Krieg in Vietnam konnte man verlieren. Die Vereinigten Staaten waren sich zu Kriegsbeginn über die Möglichkeit der Niederlage völlig im klaren. Der Krieg in Afghanistan dagegen markierte für die Sowjetunion den Beginn einer ideologischen und politischen Niederlage. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan war ein Produkt der festen Überzeugung des Breschnjewschen Politbüros, völlig straffrei agieren zu können, was durch die Erfahrung von 1968 in der Tschechoslowakei bestätigt worden war. Anders als die zivilisierten Tschechen, die wußten, daß der Kampf gegen eine Supermacht sinnlos ist, beherrschten die ungebildeten Afghanen die Grundlagen der Geopolitik nicht. Sie leisteten daher Widerstand. Und da kam das Unangenehmste ans Tagelicht: die Supermacht erwies sich als viel schwächer als angenommen. Sie war zu einem dauerhaften Kampf nicht fähig. Indem die Supermacht Schwäche zeigte, war auch ihre

psychologische und „moralische" Überlegenheit dahin. Das Unmögliche wurde möglich, das Große schlug in Komik um.

Die Clinton-Doktrin ereilt in Jugoslawien das Schicksal der Breschnjew-Doktrin in Afghanistan. Der Widerstand der Serben veränderte die Spielregeln von Grund auf. Eine Kette von Mißerfolgen auf dem Gefechtsfeld, auch im Umgang mit der UÇK, provoziert eine politische Systemkrise. Wenn die USA nicht mehr als unverwundbar gelten, dann wird auch ihre Sonderstellung in der Welt in Frage gestellt, die sie dazu befähigte, das internationale Recht zu ignorieren. Dann beginnt sich jeder seiner Rechte zu besinnen und zu wehren. Bekanntlich kann keine Revolte erfolgreich enden, sonst würde sie anders genannt werden. Das gilt auch für erfolglose „humanitäre Missionen". Wenn sie scheitern, können sie durchaus als Agression und internationaler Terrorismus qualifiziert werden.

Die Kosovo-Krise ist in Wirklichkeit ein Produkt des Friedens in Bosnien. Während man dort geschossen hatte und gegen Jugoslawien eine Blockade verhängt wurde, floß eben über Albanien und Kosovo ein mächtiger Strom von Schmuggelgut. Hier wurde alles verschoben – von Zigaretten und Drogen bis zu Waffen. Damals entstand entlang der Grenze zwischen Albanien und Serbien eine „graue Zone", die einen günstigen Nährboden für künftige Feldkommandeure der UÇK darstellte. Die Kämpfer gegen die serbische Unterdrückung von morgen begannen ihre Karriere damit, die Serben mit allem, was für die Fortführung des Krieges notwendig war, zu versorgen. Der Frieden in Bosnien stürzte nicht nur die Finanzpyramiden in Albanien, er nahm vielen energischen jungen Männern ihren Job. Als im Kosovo die ersten Schüsse fielen, hielten das albanische Politiker, die für die Befreiung der Provinz mit friedlichen Methoden gekämpft hatten, anfangs sogar für eine serbische Provokation. Der demokratisch gewählte Leader der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, mußte feststellen, daß er die Lage nicht mehr kontrollierte. Von heute auf morgen wurde alles durchkreuzt, was über Jahre hinweg durch gewaltfreien Widerstand erreicht worden war. Jene Vertreter der albanischen Gemeinde, die für ihr Anliegen auf demokratischem Weg streiten wollten, verwandelten sich in bewegliche Zielscheiben. Jeder, der ein Amt in der Administration besetzte, sei es auch in der sozialen Versicherung, wurde zum Verräter und sollte gnadenlos vernichtet werden.

In Washington war das alles bekannt, hatte jedoch keine Bedeutung für politische Entscheidungen. Die Destabilisierung der Situation auf dem Balkan lieferte den Vereinigten Staaten eine ausgezeichnete Möglichkeit, die unbesiegbare Macht der Clinton-Doktrin ein weiteres Mal zu demonstrieren. Die NATO hatte zu keiner Zeit die Regelung des Konflikts angestrebt. Ihr Ziel war die Besetzung Kosovos. Der Westen zwang sowohl den Serben als auch den Albanern unannehmbare Bedingungen auf; die Albaner wehrten sich dagegen genauso wie die Serben und unterschrieben einseitig den Friedensvertrag erst, nachdem klar wurde, daß die Serben ihm nicht zustimmen würden.

Die Albaner hofften vielleicht ehrlich auf Hilfe der NATO. Tausende Flüchtlinge in Mazedonien, Albanien und Montenegro spürten und spüren bis heute am eigenen Leib, was amerikanische Hilfe bedeutet. Niemand kümmert sich um diese Leute. Nach Übergriffen der serbischen Polizei, dem Terror der UÇK und dem Auftauchen serbischer paramilitärischer Formationen im Kosovo hagelten auf diese Menschen auch noch die NATO-Bomben. Die amerikanische Diplomatie suchte den Krieg auf dem Balkan, sie hat ihn auch bekommen.

Die Legitimation der Balkan-Politik der USA besteht darin, die bösen Serben zu bestrafen. Für objektive Beobachter ist es klar, wie schrecklich die Politik von Milošević im Kosovo war. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt jedoch, daß die Straf- und Verantwortungslosigkeit einer Supermacht in planetarischer Dimension weitaus gefährlicher ist.

Amerikanische Flugzeuge, die tonnenweise Bomben auf Kosovo abwarfen, verwandelten dieses Stück Erde in eine für den Menschen weitgehend unbewohnbare Zone. Ausgerechnet die Militäraktionen der NATO stellten die Garantie dafür her, daß viele Flüchtlinge niemals zurückkehren werden.

Eine sich selbst zum moralischen Maß für die übrige Welt erklärende Regierung wird aber die Meinung der Serben, Albaner, Araber, Somalier genausowenig berücksichtigen wie die der eigenen Bürger, die auf der Landkarte verwirrt nach Kosovo suchen.

Der wochenlang andauernde militärische Widerstand der Serben und die seit dem Einmarsch der KFOR-Truppen zunehmende Verunsicherung der Albaner sind erste Anzeichen eines mächtigen Umschwungs, der nicht nur auf dem Balkan vor sich geht. Hinter der glatten Fassade der allgemeinen Loyalität versteckt sich, wie einst in Breschnjew-Zeiten, ein starkes Empörungspotential. Der Antisowjetismus entwickelte sich im Bereich des Warschauer Paktes allmählich zu einer gemeinsamen Ideologie, welche die Polen, Rumänen und Afghanen bei allen Unterschieden zusammenführte. Nichts vereinigt so innig wie das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes.

Die Idee des Anti-Amerikanismus

Die Pax Americana kann sich in der Praxis als genauso brüchig erweisen, wie die durch das sowjetische Politbüro angeführte „Bruderunion". Die NATO hat den Warschauer Pakt um ganze zehn Jahre überlebt. Es gibt jedoch keine ewigen Imperien. Man kann nicht ausschließen, daß das amerikanische Herrschaftssystem demnächst mit seiner eigenen Variante des Jahres 1989 konfrontiert wird.

Amerikanische Medien versuchen immer noch, den Moskauer Protest gegen die NATO-Aktion mit der sentimentalen Liebe der Russen zu ihren „slawischen Brüdern" zu erklären. Auch die Chinesen, die ja schwer als Slawen zu bezeichnen sind, gingen wegen der NATO-Aggression auf die Straße. Journalisten haben Angst, es auszusprechen. Die Menschen werden nicht durch die Sympathie mit den Serben, sondern durch Feindseligkeit gegenüber den Amerikanern auf die Straße getrieben. Dieses Gefühl vereint gegenwärtig Millionen Menschen in den verschiedensten Teilen der Welt. Diese Menschen haben sonst fast nichts füreinander übrig.

Wieviel ist von allgemeinmenschlichen Werten geredet worden, niemand konnte jedoch diese verständlich formulieren. Am Ende des Jahrhunderts scheint es klar geworden zu sein: die Mehrheit der Menschheit ist offensichtlich bereit, die neue Epoche unter dem Zeichen einer einfachen, klaren und vereinigenden Idee zu betreten. Diese Idee heißt Anti-Amerikanismus. ■

Boris KAGARLIZKY ist Soziologe und lebt in Moskau. Er war Mitglied des letzten sowjetischen Moskauer Sowjets. Sein Beitrag ist eine wesentlich erweiterte Fassung eines Textes, der Mitte April 1999 in der Berliner Tageszeitung »Junge Welt« erschienen ist.

Antisemitismus und Fetischismus

Kritische Theorie zur Basisideologie der bürgerlichen Gesellschaft

Stephan GRIGAT

In keinem anderen Phänomen kommt der gesellschaftliche Wahn so konsequent zu seiner Wirklichkeit wie im Antisemitismus. Die Reflexion auf Auschwitz als Synonym für die von den Nazis industriell betriebene Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden hat daher zentrales Element jeder kritischen Gesellschaftstheorie zu sein.

Die Grundlage kritischer Gesellschaftstheorie ist die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie. Zentrales Element der Marxschen Kritik ist die Theorie des Fetischismus.[1] Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Antisemitismustheorie der Kritischen Theorie, wie sie vor allem von Horkheimer und Adorno, deren Grundbegriffe die Grundbegriffe der Marxschen Werttheorie sind,[2] formuliert wurde, vor dem Hintergrund der Marxschen Fetischkritik darzustellen und einige der neueren an Horkheimer und Adorno orientierten Theorien zu Antisemitismus und Rassismus zu diskutieren.

Zirkulation und Projektion

Als wichtigster Text der Kritischen Theorie zum Antisemitismus können die „Elemente des Antisemitismus" in der „Dialektik der Aufklärung" angesehen werden. Aber bereits 1939 hat Horkheimer eine zentrale These, die in den „Elementen des Antisemitismus" wieder aufgegriffen wird, formuliert und seine explizite Orientierung an der Marxschen Ökonomiekritik dokumentiert. In seinem Aufsatz „Die Juden und Europa", in dem sich teilweise Ähnlichkeiten mit Marx' Argumentation in dem Text „Zur Judenfrage" erkennen lassen,[3] geht er davon aus, daß es zur Erklärung des modernen Antisemitismus des „Rückgangs auf die Tendenzen des Kapitals"[4] bedarf. Der Nationalsozialismus sei Ausdruck einer unter der Herrschaft des Werts stehenden Gesellschaft. Er fixiere die vom Wertgesetz in die Welt gesetzten Unterschiede.[5] Dieselbe Rationalität, die in der alltäglichen kapitalistischen Konkurrenz Unterlegene ins Elend stürzt – also die Durchsetzung des Wertgesetzes – verursache die Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.[6]

Lange war ein Großteil der europäischen Jüdinnen und Juden in die Sphäre der Zirkulation gepreßt, was sie einerseits zum Objekt des Hasses stempelte, sie andererseits aber auch als unentbehrlich erscheinen ließ. Horkheimer konstatiert für den modernen Kapitalismus, daß die Zirkulationssphäre aufgrund der gewandelten Wirtschaftsstruktur ihre ökonomische Bedeutung verliere – eine Einschätzung, die zwar aufgrund der damaligen Monopolisierungstendenzen verständlich ist, aber dennoch nie in der von Horkheimer suggerierten Absolutheit Wirklichkeit wurde. Die Jüdinnen und Juden würden als Agenten der Zirkulationssphäre entmachtet.[7] Ihrer ihnen von der Gesellschaft zunächst zugedachten Funktion beraubt, sind sie dem Antisemitismus voll ausgeliefert. Als Exekutoren einer für den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion notwendigen Sphäre überflüssig geworden, könne sie nur mehr die Revolution, die allgemein menschliche Emanzipation, das Heraustreten der Menschen aus ihrer Naturgeschichte retten.[8]

In der „Dialektik der Aufklärung" versuchen Horkheimer und Adorno eine Annäherung an das Phänomen des Antisemitismus zu liefern, bei der sie auf die Grenzen der Möglichkeit seiner Überwindung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Voraussetzungen für eine dennoch mögliche Durchbrechung dieser Grenzen hinweisen – eine Herangehensweise, die auch der Theorie des Fetischismus entspricht, die einerseits die Notwendigkeit falschen Bewußtseins konstatiert, durch seine Analyse aber gleichzeitig die Bedingungen seiner Überwindung formuliert.

Adorno und Horkheimer beginnen die „Elemente des Antisemitismus" mit Überlegungen zum Bild der Jüdinnen und Juden in der nationalsozialistischen Ideologie. Für die Nazis sind sie nicht eine Minderheit neben anderen Minderheiten, die in dem gleichen Ausmaß und mit den gleichen Mitteln bekämpft werden müßte. Vielmehr erscheinen sie in der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis als „Gegenrasse, das negative Prinzip als solches."[9] Während Arbeiterinnen und Arbeiter weiter der Ausbeutung zur Verfügung zu stehen haben und „Neger" dort gehalten werden sollen, wo sie in den Augen der Nazis hingehören, sind Jüdinnen und Juden zur Vernichtung bestimmt.[10]

Wie die Vorstellung von Rassen allgemein, so entbehrt auch die Vorstellung von den Jüdinnen und Juden als „Gegenrasse" jeglicher Grundlage. Horkheimer und Adorno weisen aber darauf hin, wie diese absurde Vorstellung dennoch wahr wird: „wahr in dem Sinn, daß der Faschismus sie wahr gemacht hat."[11] Das heißt, solange eine kollektivierende Vorstellung von Jüdinnen und Juden tatsächlich *nur* als Vorstellung existiert, kann sie unter Umständen kritisiert und als unwahr zurückgewiesen werden. Prägt diese Vorstellung aber die Praxis, wie es im zur Macht gelangten Nationalsozialismus der Fall war, so erscheint sie durch die Praxis als adäquate Abbildung der Wirklichkeit. Das bedeutet, Jüdin oder Jude ist, wer Opfer des Antisemitismus wird und wer Opfer wird, muß Gegner sein. Wie der Warenfetischismus, der erst durch die Praxis entsteht, gesellschaftliche Wirksamkeit erhält und beständig reproduziert wird, prägt der Praxis gewordene Antisemitismus die Vorstellungen und das Leben beziehungsweise Töten derer, die ihn in die Welt gesetzt haben. Die Jüdinnen und Juden erscheinen ihnen *von Natur aus* als „Gegenrasse". Was Adorno über den Fetischcharakter der Ware geschrieben hat, nämlich daß er „keine Tatsache des Bewußtseins (ist), sondern dialektisch in dem eminenten Sinn, daß er Bewußtsein produziert",[12] trifft genauso für den Antisemitismus zu.

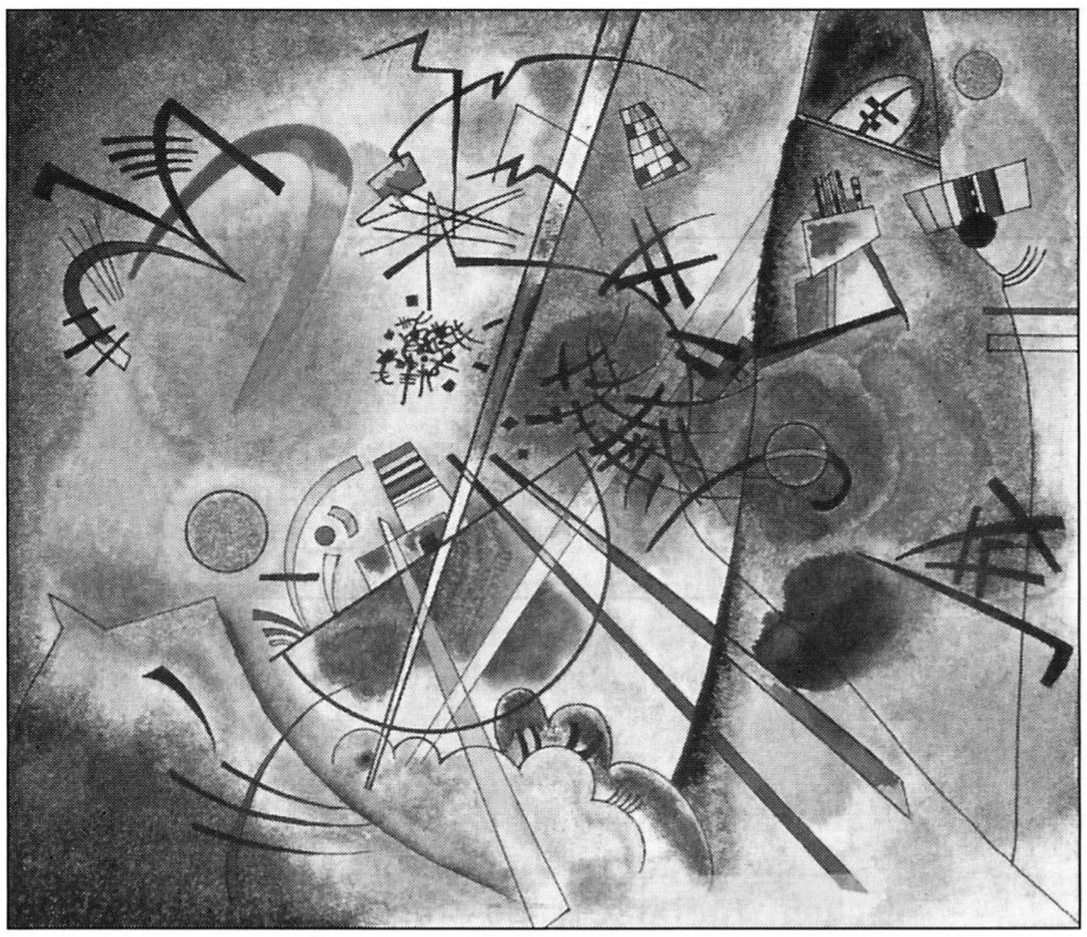
Der Haß auf die „Gegenrasse" hat keinen ökonomischen Sinn. Während heute gerade linke Autorinnen und Au-

toren Antisemitismus nur mehr als Mittel zu ökonomischen, sozialen oder bevölkerungspolitischen Zwecken begreifen können,[13] verweisen Horkheimer und Adorno nachdrücklich auf die ökonomische Sinnlosigkeit des Antisemitismus. Gleichzeitig halten sie diese ökonomische Sinnlosigkeit für kein taugliches Argument gegen ihn: „Gegen das Argument mangelnder Rentabilität hat sich der Antisemitismus immun gezeigt."[14]

Die Lokalisierung der gesellschaftlichen Träger des Antisemitismus fällt Adorno und Horkheimer offenbar leicht. Sie behaupten, er diene der Herrschaft zur Ablenkung und zur Korrumpierung. Während die herrschenden Kreise ihn unterhalten, würden die Beherrschten ihn ausüben.[15] Da Antisemitismus an dieser Stelle von Horkheimer und Adorno nur als Herrschaftsmittel und Ablenkungsmanöver wahrgenommen wird, erscheint er als Mittel zur Durchsetzung etwas außer seiner selbst Liegendem. Er wird zu einer besonderen Perfidie der herrschenden Klasse. Adorno und Horkheimer bescheinigen den „hohen Auftraggebern", die wüßten, worum es eigentlich gehe, Jüdinnen und Juden nicht zu hassen.[16] Sie verkennen, daß Antisemitismus, wie alle Formen des Fetischismus, zwar klassenspezifische Ausprägungen aufweist, aber keine gegen ihn immune Klassen kennt. Das wird auch deutlich, wenn Adorno an anderer Stelle zwar sowohl proletarischen als auch bürgerlichen Antisemitismus ausmacht, letzteren aber nur bezüglich Angehöriger des Mittelstandes, die von sozialem Abstieg bedroht sind, untersucht.[17]

Das verwundert angesichts der von Horkheimer schon früher formulierten Überlegung zum Zusammenhang von Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion und Antisemitismus, die in der „Dialektik der Aufklärung" wieder aufgegriffen wird, auf die sich Horkheimer auch in anderen Schriften bezog,[18] und die, wie gleich zu sehen sein wird, im Widerspruch zur These von einer rein strategischen Nutzung des Antisemitismus durch herrschende Kreise steht.

Durch ihre Einsperrung in die Zirkulationssphäre war den jüdischen Menschen im Gegensatz zu den nichtjüdischen Menschen „der Zugang zum Ursprung des Mehrwerts weithin verschlossen."[19] Der Ursprung des Mehrwerts liegt in der Produktion, in der unmittelbaren Ausbeutung der Arbeitenden. Die Personifikationen des Kapitals, die in dieser Sphäre Geld verdienen, gelten als produktiv. Die Agentinnen und Agenten der Zirkulation hingegen gelten als unproduktiv, als raffendes Kapital im Gegensatz zum schaffenden. Dabei raffen in der Tat beide. Nur raffen die in der Produktion tätigen Kapitalistinnen und Kapitalisten „nicht bloß am Markt sondern an der Quelle ein".[20]



Wassily Kandinsky, Kleiner Traum in Rot, 1925.

Die Ausbeutung in der Produktion, die Produktion des Mehrwerts durch die Arbeitenden, bleibt verschleiert. Erst in der Sphäre der Zirkulation wird den Arbeitenden der Wechsel präsentiert, „den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. (...) Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein."[21] Die Demaskierung dieses Scheins war bereits Gegenstand der Marxschen Werttheorie. Nicht das Geld, sondern die Ware ist die elementare Grundform der kapitalistischen Produktionsweise. Die Quellen der Ausbeutung sind nicht Waren- oder Geldhandel: „Die Zirkulation (...) schafft keinen Wert",[22] daher auch keinen Mehrwert. Die Quelle der Ausbeutung ist mehrwertbildende Arbeit, die in der Produktion verausgabt wird. Der Blick der warenfetischistischen Individuen der bürgerlichen Gesellschaft – egal ob dem Proletariat oder der Bourgeoisie zugehörig – bleibt aber an der Zirkulationssphäre hängen. Die gesichtslosen und jederzeit auswechselbaren Charaktermasken, die sie dort vorfinden, substituieren sie in der antisemitischen Projektion durch die Jüdinnen und Juden.[23]

Daß sich gerade diese als Substitut eignen, liegt nach Adorno und Horkheimer neben den genannten historisch-sozioökonomischen Gründen zum einen an ihrer „künstlich gesteigerten Sichtbarkeit"[24] und zum anderen daran, daß sich die Wut auf den entlädt, „der auffällt ohne Schutz".[25] Dagegen wäre einzuwenden, daß die zu fast allen Zeiten bestehende relative Rechtlosigkeit von Jüdinnen und Juden, ihre gesteigerte Sichtbarkeit und auch ihre weitgehende Beschränkung auf die Zirkulationssphäre selber schon Resultate des Antisemitismus waren. Prinzipiell ist es nicht unproblematisch, Antisemitismus durch die reale Erscheinung von Jüdinnen und Juden erklären zu wollen. Andererseits wäre es verkürzt, einfach den Befund Hitlers und anderer Antisemitinnen und Antisemiten, *daß* Jüdinnen und Juden der von ihnen definierten Rolle eines inneren oder äußeren Feindes optimal entsprechen, schon als Erklärung dafür herzunehmen, *warum* sie sie als optimal entsprechend empfinden.[26] Die Schwierigkeit in der Erklärung liegt darin, daß sich der moderne Antisemitismus vollends von der realen Gestalt von Jüdinnen und Juden abgelöst hat. Er kommt ohne sie aus. Worauf sich der Antisemitismus bezieht, ist das antisemitische Bild von ihnen, das sich aus sich selbst erklärt. Stärker noch als beim traditionellen Antisemitismus, legitimiert sich im modernen Antisemitismus Verfolgung durch bereits erfolgte Verfolgung. Dadurch wird er nicht nur resistenter gegen Aufklärung, sondern entzieht sich tendenziell auch Versuchen seiner Erklärung. Erklärt werden kann nicht mehr der Antisemitismus, sondern nur mehr die Gesellschaft, der er strukturell innewohnt.

Zentrales Merkmal dieser Gesellschaft ist neben der Differenz von Wesen und Erscheinung die Diskrepanz zwischen ihren Möglichkeiten und ihrer realen Verfaßtheit. Einerseits sind die materiellen Bedingungen, die ökonomischen Voraussetzungen, kurz: die Entfaltung der Produktivkräfte in der Gesellschaft derart weit entwickelt, daß eine befreite Gesellschaft, das Heraustreten der Menschen aus ihrem Na-

turzustand, in dem sie sich in ihrem Fetischismus von Dingen beherrschen lassen, offensichtlich möglich ist. Andererseits findet der Schritt zur Emanzipation gerade aufgrund des verdinglichten Bewußtseins nicht statt. Statt dessen kommt die negative Produktivität der Gesellschaft voll zum Vorschein, die sich bis zur bürokratisch organisierten und industriell betriebenen Massenvernichtung von Menschen steigert. Auf diese Diskrepanz von Möglichkeiten und Realität beziehen sich Adorno und Horkheimer, wenn sie schreiben, daß die Unnötigkeit von Herrschaft heute so offensichtlich ist, daß sie zu ihrer Aufrechterhaltung des kranken Bewußtseins bedarf. Nur Verfolgungswahnsinnige lassen sich Herrschaft gefallen, da diese ihnen gestattet, andere zu verfolgen.[27]

Die hier nachgezeichneten Thesen der Antisemitismustheorie Horkheimers und Adornos können als einer der frühen Versuche einer werttheoretischen Erklärung des Antisemitismus gelten. Antisemitismus wird von ihnen implizit als Fetischismus, als unbegriffene Verdinglichung sozialer Zusammenhänge, die in den Verkehrungen der politischen Ökonomie und ihrer alltagsbewußten Rezeption ihre Grundlage hat, und die aufgrund der Anatomie der Gesellschaft im Bewußtsein der bürgerlichen Subjekte notwendigerweise stattfindet und gesellschaftlich wirksam wird, betrachtet und explizit in Anlehnung an die Kategorien der Marxschen Werttheorie analysiert.

Neben den bereits erwähnten Problemen in ihrer Antisemitismustheorie, wie der falschen These vom Verschwinden der Zirkulationssphäre oder der Vorstellung, herrschende Gesellschaftskreise würden Antisemitismus nur als bewußte Strategie einsetzen, selbst aber nicht antisemitisch sein, wirft auch die Bezugnahme auf die Identifikation von Jüdinnen und Juden mit Geld und der ihm entsprechenden Zirkulationssphäre Probleme auf. Einerseits stellt diese Bezugnahme den werttheoretischen Kern der Antisemitismustheorie von Horkheimer und Adorno dar. Andererseits deutet sie auf die Beschränktheit dieser Theorie hin. Zentrale Momente des Antisemitismus, insbesondere des nationalsozialistischen, wie beispielsweise der scheinbare Widerspruch in der Behauptung von der gleichzeitigen Verantwortlichkeit von Jüdinnen und Juden für liberalen Kapitalismus einerseits und Sozialdemokratie und Kommunismus andererseits, lassen sich mit ihr nicht befriedigend erklären. Die Fixierung auf die Identifikation von Jüdinnen und Juden mit Geld ist eine Fixierung auf eine *Erscheinungsform* des Werts bei gleichzeitiger Ausblendung seiner selbst.

Diese Mängel umreißen die Kritikpunkte neuerer werttheoretischer und wertkritischer Erklärungsversuche zum Antisemitismus, die sich kritisch auf Adorno und Horkheimer beziehen, aber viel expliziter mit den Kategorien der Marxschen Werttheorie arbeiten. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang Moishe Postone zu nennen.

Personifikation der Abstraktion

Die explizit werttheoretischen und fetischkritischen Elemente von Postones Thesen zum Antisemitismus wurden in dieser Zeitschrift bereits dargestellt[28] und werden hier daher nur angedeutet. Postone hat seine Thesen zum nationalsozialistischen Antisemitismus Ende der siebziger Jahre ursprünglich für eine Veröffentlichung in einer amerikanischen Publikation verfaßt. Seitdem sind sie unter verschiedenen Titeln und in leicht überarbeiteten Versionen in unterschiedlichen Periodika und Sammelbänden in der BRD wiederabgedruckt worden.

Ausgangspunkt von Postones Überlegungen ist eine Kritik eines funktionalistisch-ökonomistischen Verständnisses der Marxschen Werttheorie, das die Marxschen Kategorien nur als ökonomische Kategorien begreift, die eine ökonomische Basis konstituieren, aus der dann funktionalistische Ableitungen zu den Überbauphänomenen, zu denen auch alle Denkformen gehören, vorgenommen werden. Da dieser Funktionalismus niemals die Nicht-Funktionalität der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis erklären kann, setzt er dagegen ein Verständnis der Marxschen Kategorien als gesellschaftliche Formen, die sich in vergegenständlichter Form ausdrücken und so zwangsläufig, aber nicht unbedingt funktional, bestimmte Denkformen produzieren.

Für Postone werden die Jüdinnen und Juden im modernen Antisemitismus nicht nur mit dem Geld und der Zirkulationssphäre identifiziert, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt. Sie werden „nicht nur als Geldeigentümer betrachtet", sondern prinzipiell mit der durch den Kapitalismus als Gesamtsystem – inklusive der zum Kapital sich antagonistisch verhaltenden Kräfte – verursachten „gesellschaftlichen Umstrukturierung und Verschiebung identifiziert."[29] Teil und teilweise Motor dieser gesellschaftlichen Umstrukturierungen ist auch das organisierte Proletariat, wodurch Sozialdemokratie und kommunistische Bewegung ebenfalls zum Ziel des modernen Antisemitismus werden können.

Die Juden und Jüdinnen sind im antisemitischen Bewußtsein die Personifikationen der Abstraktheit, der biologisch dingfest gemachte Wert. Die Abstraktheit des Daseins als Citoyen hat sich in Europa nach Postone aufgrund der immer auch als Sprach-, Geschichts-, Traditions- und Religionsgemeinschaften konstituierten Nationen nie wirklich durchgesetzt. Die einzigen, die der „Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion" entsprachen, waren die Jüdinnen und Juden, die zwar „deutsche oder französische Staatsbürger (waren), aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen".[30]

Postones Thesen zum nationalsozialistischen Antisemitismus stellen einen wichtigen Erklärungsversuch der nationalsozialistischen Vernichtungslager dar. Seine Ausführungen können zwar keinesfalls erklären, *warum* es zu Auschwitz gekommen ist, aber sie geben zumindest einen Hinweis darauf, *was* dort passiert ist. Natürlich sind seine Thesen allein keine Erklärung dafür, warum es zu Auschwitz gekommen ist oder warum sich der moderne Antisemitismus in dieser Form in Deutschland durchgesetzt hat. Sie können auch bisherige und zukünftige sozialpsychologische, psychoanalytische, soziologische und vor allem historische Untersuchungen nicht ersetzen, wie Postone selber betont.[31] So wie die Werttheorie alleine nicht alles erklären kann, können auch werttheoretische und -kritische Analyseversuche zum Antisemitismus solch ein komplexes Phänomen nicht allumfassend erklären. Sie sollten aber die Grundlage für historische, soziologische, etc. Untersuchungen darstellen. Fehlt solchen Untersuchungen die werttheoretische Grundlage, geht der Zusammenhang zwischen Warenförmigkeit der Gesellschaft und Antisemitismus verloren.

In der etablierteren Forschung, die Antisemitismus in der Regel ausschließlich als Vorurteil begreift, sind Postones Thesen bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. Seit Beginn der neunziger Jahre hat jedoch jenseits der akademischen, meist demokratieverherrlichenden Antisemitis-

musforschung eine verstärkte Rezeption von Postones Überlegungen eingesetzt.

Antisemitismus und Staat

Enderwitz wirft Postone vor, seine Thesen zum Antisemitismus seien vollends entsubjektiviert, was auch den jeweils konkreten Staat in seinen jeweiligen historischen Ausformungen als potentiellen Träger des Antisemitismus ausblende. Für Enderwitz aber ist die Erklärung des Antisemitismus und auch seine Radikalisierung zum zur Tat schreitenden Vernichtungsantisemitismus im Nationalsozialismus nur unter Einbeziehung der Rolle des Staates zu leisten.

Ausgangspunkt von Enderwitz' Überlegungen ist eine historisch-analytische Untersuchung des Prozesses, der die menschliche Arbeitskraft von einem Gebrauchsgüter produzierenden zu einem wertbildenden Faktor transformiert.[32] Er beschreibt die ursprüngliche Akkumulation unter Berücksichtigung der diesen Prozeß befördernden Bedürfnisse der politischen Herrschaft.

Im Mittelalter kommt es zur realen Konfrontation der abhängigen bäuerlichen Kleinproduzentinnen und -produzenten mit ihren Ausbeutern und Ausbeuterinnen am Markt und der politischen Herrschaft. Diese reale Konfrontation verlagert sich jedoch auf einen Nebenschauplatz: das Zinsgeschäft. Durch ihre gesellschaftlich prekäre Stellung sind die Juden und Jüdinnen prädestiniert für die Verkörperung dieses anzugreifenden Teils des Wirtschaftslebens. Sie übernehmen so die Rolle des gesellschaftlichen Trägers des in Form des Zinsgeschäfts ausgegrenzten Wertprinzips. Ein realer Zusammenhang zwischen Juden und Geldhandel ist dabei nach Enderwitz nicht erforderlich, da es sich beim Antisemitismus nicht um die rationale Reaktion auf die Realität, sondern um eine neurotische Verschiebung handelt. Diese neurotische Verschiebung, die der Konfliktscheu und der Konfliktunfähigkeit der abhängigen Kleinproduzentinnen und -produzenten geschuldet ist, befördert die reale Verbindung von Juden mit dem Geldhandel; nicht zuletzt dadurch, daß die politische Herrschaft aus dieser Verlagerung der Konfrontation Nutzen zieht und sie daher – teils bewußt, teils unbewußt – fördert.

Im Absolutismus ist der Nutzen der im Auftrag des Hofes mit Geldkapital arbeitenden Juden für die politische Herrschaft so eindeutig, daß die Angriffe der unteren Klassen auf die Juden und Jüdinnen nicht mehr als bloße Ersatzhandlung zutage treten, sondern sich offen mit allgemein herrschaftskritischen Momenten verbinden. Die Angriffe gegen die für den Hof tätigen Juden gehen nun aber nicht mehr von den inzwischen dem Markt weitgehend unterworfenen ehemaligen Subsistenzproduzentinnen und -produzenten aus, sondern hauptsächlich vom sich am Beginn seiner Emanzipation befindlichen Kapital. Das Kapital trägt so eine implizite Kritik an Elementen der politischen Herrschaft vor, kratzt aber gleichzeitig in keiner Weise an der grundsätzlichen Aufrechterhaltung dieser Herrschaft, die es zur weiteren Akkumulation – zumindest noch – braucht.

Mit der Emanzipation des Kapitals von der absolutistischen Herrschaft gelangt das Bürgertum selbst an die Macht. Auf der einen Seite entfällt damit für das Kapital der zuvor vorhandene Grund für die Angriffe auf die „Hofjuden". Auf der anderen Seite sind die ausgebeuteten Klassen, für die der Staat nun zum unmittelbaren Exekutor ihrer ökonomischen Ausbeuter und Ausbeuterinnen geworden ist, derart in ihrer Existenz bedroht, daß sozialpsychologische Verdrängungshandlungen als Proteste nicht mehr ausreichen. Für Enderwitz liegt in dieser Konstellation der Grund, daß es vom Ende des 18. bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Zwischenspiel relativer Abwesenheit von Antisemitismus kommt.

Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es jedoch zu einer qualitativ neuen Forcierung von Antisemitismus. In die Welt gesetzt wird er diesmal vom Staat selbst. Grundlage dafür ist die Trennung der liberal-bürgerlichen Klasse vom unmittelbaren Zugriff auf die Staatsgewalt. In Deutschland, wo sich dies eher als eine Vorenthaltung denn als eine zu vollziehende Trennung darstellt, führt das dazu, daß ein politisch rückständiger Staat als Gesamtorganisator der Kapitalakkumulation unter Berücksichtigung des Produktionsfaktors lebendige Arbeit auftritt. Die so als Volksstaat konstituierte politische Gewalt setzt nach Enderwitz das Bild des Liberalitätsjuden in die Welt, das zeigt, wie die liberale Bourgeoisie zwar ist, aber nicht sein darf. Das dem Volksstaat integrierte Kapital soll einerseits Kapital akkumulieren, andererseits aber staatsloyal und der Gemeinschaft verpflichtet bleiben.

Der Staat benutzt so den Antisemitismus als „planmäßiges Vehikel zur bewußten Steuerung des Verhaltens anderer", was aber dennoch nicht bedeutet, daß die „zynisch funktionalisierte Bedeutung des von Staats wegen kultivierten Antisemitismus"[33] den ihn propagierenden Kräften als solche bewußt ist.

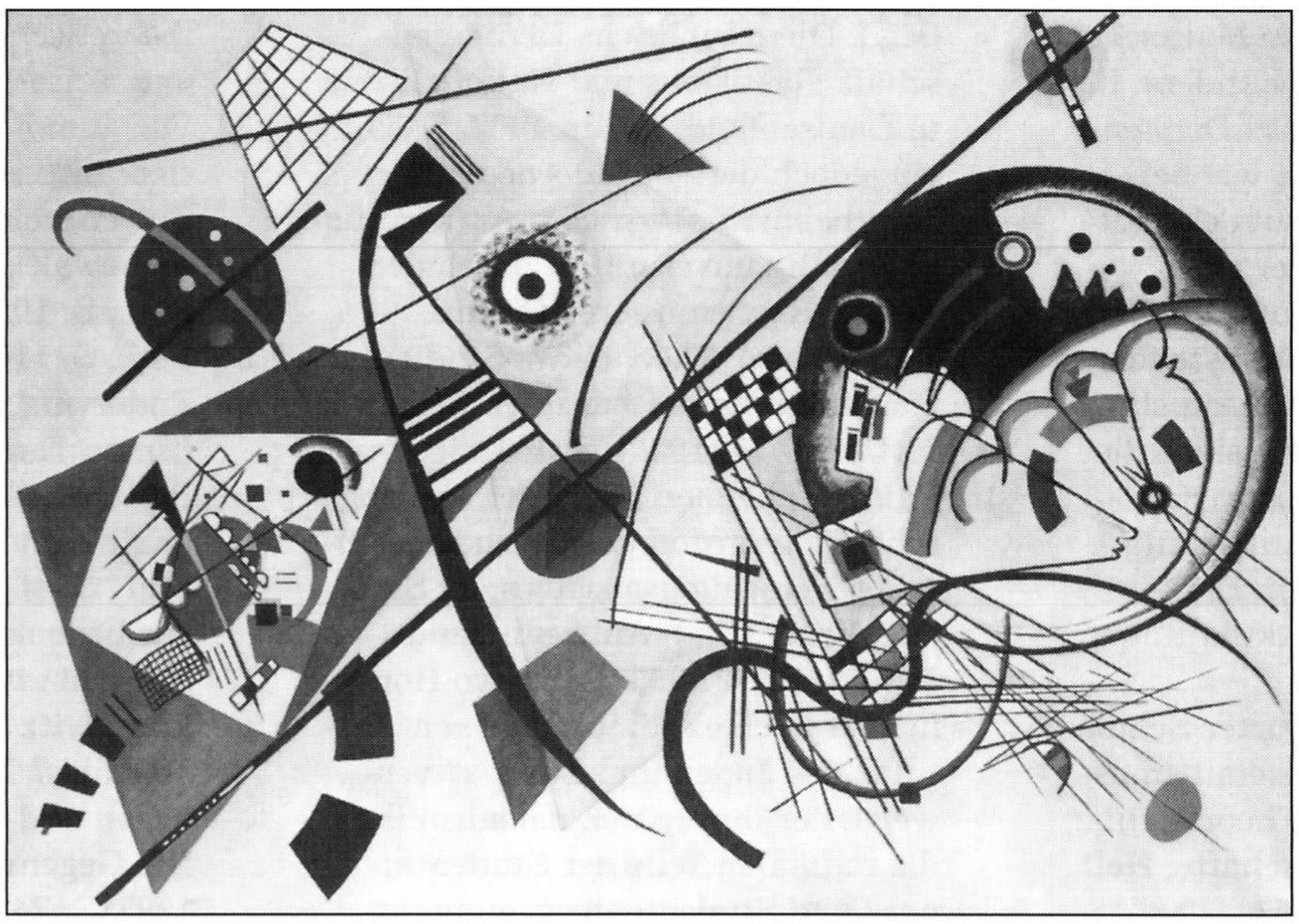
Mit der Transformation des Volksstaats zum faschistischen Führerstaat oder zum Volksgemeinschaftsstaat, transformiert sich auch die Figur des Liberalitätsjuden. Vom die negative Liberalität des Bürgertums fixierenden Bild verwandelt er sich zum „aufs Ganze gehenden ökonomischen Gegner und todernst zu nehmenden politischen Widersacher".[34] Mit der Transformation zum Volksgemeinschaftsstaat wird der Antisemitismus zum gemeinschaftlichen Volksantisemitismus. Die Radikalisierung des Staatskonzepts radikalisiert zwangsläufig auch den Antisemitismus.

Hervorzuheben ist dabei, daß Enderwitz im nationalsozialistischen Antisemitismus bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs keine qualitative Änderung zum Antisemitismus im demokratischen Volksstaat sieht. Er beschreibt vielmehr eine quantitative Steigerung und spricht von „Zuspitzung", „Radikalisierung" und „Verschärfung".

Die eigentliche qualitative Änderung sieht Enderwitz erst in der Verdoppelung des Bildes des Liberalitätsjuden auf internationaler Ebene in die Bilder vom Monopoljuden und vom marxistischen Juden. Durch die Kriegssituation erlangen diese Bilder in den Augen der Agenten des nationalsozialistischen Staates und seiner Volksgemeinschaft reale Gestalt und verfügen in Form der alliierten Kriegsgegner in Ost und West über ein tatsächliches Bedrohungspotential. Der beginnende Krieg erscheint so als existentieller Entscheidungskrieg gegen die Jüdinnen und Juden. In der Vorstellung der jüdischen Weltverschwörung wird die Ideologie zum Wahn, der für die Jüdinnen und Juden zur Massenvernichtung führt.

Enderwitz hat recht, wenn er Postone vorhält, kein Klassensubjekt zu benennen, das den „qua Antisemitismus artikulierten ‚Haß aufs Abstrakte' ausbildet und pflegt"[35] und es stimmt wohl auch, daß Postone Antisemitismus als „fetischistische Jedermann-Reaktion auf den perennierenden Grundwiderspruch aller kapitalistischen Gesellschaft"[36] begreift. Das sollte man Postone aber nicht ankreiden, sondern zu-

gute halten, da er dadurch nicht den Fehler begeht, Antisemitismus von vornherein auf *eine* gesellschaftliche Klasse festzulegen. Die Charakterisierung des modernen Antisemitismus als „eine besonders gefährliche Form des Fetischs“[37] läßt eine vorschnelle Kennzeichnung der gesellschaftlichen Trägerinnen und Träger des Antisemitismus nicht zu. Sie ermöglicht zunächst einmal, *alle* in einer wertverwertenden Gesellschaft existierenden Klassen und Individuen als *potentielle* Träger des Antisemitismus auszumachen. Enderwitz' Kritik sollte daher nicht zu einem Verwerfen von Postones Thesen führen. Vielmehr sollten seine eigenen, ebenfalls werttheoretisch fundierten historisch-analytischen Beiträge zur Antisemitismustheorie als sinnvolle Ergänzung zu Postones Erklärungsversuch verstanden werden.



Wassily Kandinsky, Durchgehender Strich, 1923.

Potenzierter Fetischismus

Detlev Claussen wirft Postone vor, einen „Parallelismus“ zu konstruieren, da er „der Warenform einen Bewußtseinsinhalt“[38] zuordne. Diese „erkenntnistheoretische Verkürzung“ verdichte sich bei ihm in einem anderen Zusammenhang zu einem „Generalangriff auf das Konzept der Verdinglichung“.[39] Claussen geht davon aus, daß die Marxsche Theorie nicht den Inhalt, sondern die Formation der bürgerlichen Gesellschaft untersucht, die Warenform zunächst also keine spezifischen Inhalte habe. Auch der Antisemitismus gehöre in der bürgerlichen Gesellschaft „nicht notwendig als Inhalt zum falschen Bewußtsein“.[40] Wenn die Ware aber nicht bloß als ökonomische Kategorie, sondern als gesellschaftliche Form begriffen wird, wie dies sowohl Postone als auch Claussen tun, ist nicht verständlich, warum die Ware als Form nicht „gleichzeitig bestimmte (...) Denkformen“[41] ausdrücken sollte. Damit wird allerdings noch nicht der Warenform ein Bewußtseinsinhalt, sondern nur umgekehrt ein Bewußtseinsinhalt, in diesem Fall der moderne Antisemitismus, der Warenform zugeordnet.

Der zweite Vorwurf von Claussen kann nur als falsch zurückgewiesen werden. Postone startet keineswegs einen allgemeinen Angriff auf *das* Konzept der Verdinglichung. Er richtet sich vielmehr gegen *ein* Konzept der Verdinglichung, das in seiner Orientierung am jungen Marx eine Vorstellung von Entfremdung als einseitigem Prozeß impliziert und damit die Dialektik gesellschaftlicher Konstitution, aus der beim späten Marx Verdinglichung resultiert, aus den Augen verliert.[42]

Unabhängig von aller Kritik weisen Claussens Ausführungen zum Antisemitismus durchaus Ähnlichkeiten zu Postones Erklärungsversuch auf. Zum einen findet sich auch bei ihm der Hinweis, daß Jüdinnen und Juden im modernen Antisemitismus nicht nur mit einer bestimmten Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft, sondern mit der Moderne überhaupt identifiziert werden.[43] Zum anderen versucht Claussen den modernen Antisemitismus und insbesondere dessen Weiterexistenz nach Auschwitz mit dem Begriff der Alltagsreligion zu fassen. Er will die „Produktion von Antisemitismus im Alltag“, die „Verankerung des Antisemitismus im Unbewußten“[44] aufzeigen. Wesen und Funktion des Antisemitismus, der durch die Universalisierung der Warenproduktion zur Alltagsreligion mutiert, die mit dem Haß auf Jüdinnen und Juden „der verdinglichten Welt etwas gibt, woran man sich halten kann“,[45] läßt sich nach Claussen „nur in einer Kombination von psychoanalytischen und gesellschaftstheoretischen Erkenntnissen“[46] bestimmen. Die Analyse des Antisemitismus als zentralem Bestandteil einer Alltagsreligion sei die „Psychoanalyse gesellschaftlicher Erkenntnisformen“.[47] Claussen weist darauf hin, daß Marx mit seiner Fetischtheorie „nur eine Stufe im Ideologiebildungsprozeß aufgezeigt“ hat, der Warenfetisch aber „im Vorbewußten und Unterbewußten weiter bearbeitet wird“,[48] bis am Schluß die europäische Alltagsreligion des Antisemitismus herauskommt, bei der nach der erfolgreichen Durchsetzung der Warenwirtschaft das antisemitische Bewußtsein überall Jüdinnen und Juden am Werk sieht, „obwohl es nur der Wert ist, der sich an alles haftet“.[49]

Der Antisemitismus als Alltagsreligion – der vom politischen Antisemitismus, der in erster Linie ein Mittel zur Herrschaftssicherung sei, unterschieden wird – ist für Claussen die „Verzerrung einer verzerrten Wahrnehmung.“[50] In der allgemein üblichen Wahrnehmungsweise in der Warengesellschaft werden „Personen an die Stelle von sachlich vermittelten Verhältnissen zwischen Personen (gesetzt). Diese verzerrte Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität wird in der Alltagsreligion noch einmal verzerrt.“[51] Im Anschluß an Claussen könnte man also sagen, der Antisemitismus ist eine Fetischisierung des Fetischismus oder ein potenzierter Fetischismus. Die im Warenfetisch angelegte Naturalisierung und Verdinglichung wird im Antisemitismus biologisiert und erfährt dadurch seine mörderische Konkretion. ■

Stephan GRIGAT ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als freier Autor.

Anmerkungen

1 Vgl. Grigat, Stephan: Zur Kritik des Fetischismus, in: »Streifzüge«, Nr. 4, 1997, S. 1 ff.

2 Vgl. Backhaus, Hans-Georg: Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie, in: »Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie« 1. Frankfurt/M. 1974, S. 64. Im folgenden werden vorrangig jene Aspekte der Antisemitismustheorie Horkheimers und Adornos behandelt, die ex-

plizit oder implizit an die Marxsche Werttheorie anschließen. Andere, für Horkheimers und Adornos Denken ebenso zentrale Aspekte, wie beispielsweise die Thesen zum christlichen Antisemitismus oder zum Ticketdenken, treten dadurch in den Hintergrund. Zu einer umfassenden Darstellung der Antisemitismustheorie der Kritischen Theorie siehe die Arbeit von Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Berlin – Hamburg 1998.

3 Vgl. Jay, Martin: Frankfurter Schule und Judentum. Die Antisemitismusanalyse der Kritischen Theorie, in: »Geschichte und Gesellschaft«, Heft 4, 1979, S. 440 f.

4 Horkheimer, Max: Die Juden und Europa, in: ders.: Gesammelte Schriften. Bd.4, Frankfurt/M. 1988 (1939), S. 308.

5 Vgl. ebd., S. 309. Horkheimer und Adorno benutzen in ihren Schriften aus der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit fast durchgängig den Begriff „Faschismus“ oder auch „faschistischen Antisemitismus“, was aus heutiger Sicht zu einer Reihe von Ungenauigkeiten und unzulässigen Verallgemeinerungen führt. Demgegenüber wird hier für den deutschen Faschismus der Begriff „Nationalsozialismus“ verwendet.

6 Vgl. ebd., S. 324.

7 Vgl. ebd., S. 325.

8 Vgl. ebd., S. 328.

9 Horkheimer, Max/ Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M. 1991 (1947), S. 177.

10 Vgl. ebd.

11 Ebd.

12 Theodor W. Adorno an Benjamin, in: Benjamin, Walter: Briefe 2. Frankfurt/M. 1978, S. 672.

13 Siehe beispielsweise die Arbeiten von Götz Aly und Susanne Heim. Besonders deutlich in dem Aufsatz Sozialplanung und Völkermord, in: »Konkret«, Heft 10, 1989, S. 82 ff. Vgl. dazu Grigat, Stephan: Ökonomie der Endlösung? Antisemitismustheorie zwischen Funktionalismus und Wertkritik, in: »Weg und Ziel«, Nr. 1, 1997, S. 44 ff.

14 Horkheimer/ Adorno, a. a. O., S. 179.

15 Vgl. ebd.

16 Vgl. ebd., S. 180. Kritisch dazu Demirovic, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt „Rassismus“ in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Redaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Berlin 1992, S. 79 f., wo jedoch der von Adorno und Horkheimer untersuchte Antisemitismus völlig unvermittelt durch den Begriff Rassismus ersetzt wird.

17 Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/M. 1995 (1950), S. 151.

18 Vgl. Horkheimer, Max: Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes, in: Simmel, Ernst (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt/M. 1993, S. 32, wo Horkheimer noch explizit auf seinen Aufsatz „Die Juden und Europa“ verweist, der ihm später, nachdem ihn die radikalen Teile der Studentinnen- und Studentenbewegung für sich entdeckt hatten, eher unangenehm war. Vgl. dazu Jay, a. a. O., S. 440.

19 Horkheimer/ Adorno, a. a. O., S. 183.

20 Ebd., S. 182.

21 Ebd., S. 183.

22 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. MEW 23, Berlin 1974 (1864), S. 178.

23 Vgl. Elsässer, Jürgen: Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland. Berlin 1992, S. 113.

24 Horkheimer/ Adorno, a. a O., S. 194.

25 Ebd., S. 180.

26 So etwa Hecker, Konrad: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung. München 1996, S. 134 f. Angesichts lang anhaltender Diskussionen innerhalb der Linken, inwieweit Jüdinnen und Juden nicht doch *selbst schuld* sind am Antisemitismus, ist eine derartige Position allerdings verständlich und stellt einen ungeheuren Fortschritt dar.

27 Horkheimer/ Adorno, a. a. O., S. 207.

28 Vgl. Grigat, Ökonomie der Endlösung, a. a. O., S. 46 f. Dort finden sich auch weitere Ausführungen zu Autoren und Autorinnen, die sich auf Postone kritisch oder positiv beziehen. Der zweite Teil des hier vorliegenden Textes kann als Ergänzung zum Schlußteil des Aufsatzes „Ökonomie der Endlösung?“ verstanden werden.

29 Postone, Moishe: Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus (Hg.): Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken. Berlin 1992, S. 432.

30 Ebd., S. 432.

31 Vgl. Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: »Kritik und Krise«, Nr. 4/5, 1991, S. 6.

32 Vgl. zum Folgenden Enderwitz, Ulrich: Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung. Freiburg i. Br. 1991.

33 Ebd., S. 108 f.

34 Ebd., S. 110 .

35 Enderwitz, Ulrich: Linker Strukturalismus. Einige Überlegungen zu Postones Antisemitismus-Thesen, in: »Kritik und Krise«, Nr. 6, 1993, S. 45.

36 Ebd., S. 46. Eine der wenigen, durchaus bedenkenswerten, aber nicht immer ganz treffsicheren Kritiken zu Enderwitz findet sich bei Küntzel, Matthias/ Thörner, Klaus u. a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder Die Gegenwart des Holocaust. Berlin 1997, S. 74 ff.

37 Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus, a. a. O., S. 9.

38 Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1994, S. 245.

39 Ebd.

40 Ebd., S. 78.

41 Postone: Antisemitismus, a. a. O., S. 431.

42 Vgl. Brick, Barbara/ Postone, Moishe: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, in: Bonß, Wolfgang/ Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt/M. 1982, S. 230.

43 Vgl. Claussen, Detlev: Traditioneller Judenhaß und moderner Antisemitismus. Interview mit Detlev Claussen. Geführt von Jörg Später, in: »Blätter des iz3w«, Nr. 178, 1991/92, S. 29.

44 Claussen, Detlev: Antisemitismus und Gesellschaftstheorie, in: Brüsemeister, Thomas u. a. (Hg.): Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Beiträge zur marxistischen Theorie heute. Berlin 1991, S. 199.

45 Ebd., S. 197.

46 Claussen, Detlev: Die antisemitische Alltagsreligion. Hinweise für eine psychoanalytisch aufgeklärte Gesellschaftskritik, in: Bohleber, Werner/ Kafka, John S. (Hg.): Antisemitismus. Bielefeld 1992, S. 163.

47 Ebd., S. 165.

48 Ebd., S. 48.

49 Claussen: Antisemitismus und Gesellschaftstheorie, a. a. O., S. 198.

50 Claussen: Traditioneller Judenhaß und moderner Antisemitismus, a. a. O., S. 28.

51 Claussen: Die antisemitische Alltagsreligion, a. a. O., S. 168.

Heines Übertritt zum Christentum

Die Stellung der Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Alfredo BAUER

„Sedulo curavi humanas actiones non ridere, non lugere neque detestari, sed intelligere." Baruch Spinoza
(Ich kümmerte mich eifrig darum, die menschlichen Toten nicht zu verlachen, nicht zu betrauern noch zu verachten, sondern zu verstehen.)

Sehr selten ist ein kompliziertes gesellschaftliches Problem in so wenig kritischer Weise angegangen worden wie das der Emanzipation der Juden im Zuge der bürgerlichen Umwandlung. Das ist in letzter Zeit durchaus nicht besser geworden, wenn freilich der Standpunkt, von dem man an die Frage herangeht, sich insofern geändert hat, daß man den Juden jetzt Sympathie zeigt, anstatt wie früher mehr oder minder verhohlene Abneigung. Im moralischen Sinne ist das wohl ein Fortschritt, auch wenn es sich von einem Schuldkomplex herschreibt: Man will sich von dem furchtbaren Unrecht, das in diesem Jahrhundert den Juden angetan wurde, dadurch distanzieren, daß man ihnen besonderen Respekt erweist.

Man übersieht dabei jedoch, daß man auf solche Weise die Juden ebenfalls marginalisiert; indem man unterstellt, daß sie „etwas Besonderes", also ein – wenn auch geachteter – Fremdkörper sind und bleiben. Oft genug wird, mehr oder minder implizit, sogar die von national-jüdischer Seite geäußerte Meinung akzeptiert, daß es schon einen „antisemitischen Affront" bedeutet, ein spontanes, ungezwungenes Hineinwachsen der Juden in die Völker, unter denen sie leben, auch nur für möglich zu halten.

Vor allem aber dürfen Historiker und Soziologen die Frage niemals in sentimentaler, sondern nur in wissenschaftlicher Weise stellen. Und wenn die Zustände der Vergangenheit beurteilt werden, dann jedenfalls nur mit Kriterien, die der damaligen, nicht der heutigen Lage entsprechen. Selbst der Antisemitismus – das „verblödende Gift", wie Emile Zola ihn nennt[1] – muß als historisches Phänomen in objektiv-wissenschaftlicher Weise analysiert werden.

Da kann uns also das meiste, das in letzter Zeit „zur Judenfrage" geäußert wurde, nicht besonders nützlich sein. Daniel Goldhagens Buch[2] etwa, dessen Autor es gar nicht für notwendig hält, den historischen Ursachen für die real bestehende Judenfeindschaft, die er aufzeigt, überhaupt nachzugehen. Eher können wir aus älteren Quellen schöpfen, deren Autoren, zum Teil vielleicht, weil sie das Furchtbare, das später geschah, nicht kannten, unbefangener urteilen konnten.

Da haben wir also zunächst die Schrift des jungen Marx über die Judenfrage[3], in der er feststellt, daß eine Emanzipation beziehungsweise Integration der Juden ja die Existenz einer bürgerlich emanzipierten Gesellschaft voraussetzt, *in die* sie sich integrieren können. Das Fortbestehen einer faulenden Feudalgesellschaft schließe einen solchen Prozeß von vornherein aus.

In diesem Sinne und in dem späterer Schriften Otto Hellers[4] und Abraham Leóns[5] hat der Autor dieses Aufsatzes in seiner „Kritischen Geschichte der Juden"[6] nachzuweisen versucht, daß die europäischen Juden ein Produkt nicht des Altertums, sondern des Mittelalters, des Feudalismus sind. In der Feudalgesellschaft waren sie als Händler und Kreditgeber ein notwendiger und also geachteter „Stand", und erst die Fäulnis der Feudalordnung stieß sie „in die Poren der Gesellschaft" und in eine „ökonomisch parasitäre Stellung", die den Judenhaß der Volksmassen zur Folge hatte.

In den Ländern wo die bürgerliche Umwandlung kraftvoll vonstatten ging: in Holland, in Italien und teilweise in England, da war sie von einer relativ schnellen Integration der Juden begleitet.

In Frankreich blieb es der Revolution und dem Kaiserreich vorbehalten, die Juden als Bürger politisch zu integrieren; wobei gleichzeitig – ein scheinbarer Widerspruch! – gerade die Bauernrevolten, die dem revolutionären Prozeß seinen Elan gaben, von Judenpogromen begleitet waren. (Das geschah im Elsaß, da ja in Zentral-Frankreich seit der Austreibung im Jahre 1393 ebenfalls keine Juden lebten.)

Im Deutschland des 18. Jahrhunderts befanden sich die Juden, sozial und geistig, absolut außerhalb der Gesellschaft. Aufgrund jahrhundertelang ausgeübter Handelsfunktion im abstrakten Denken geübt, blieb ihr Lerneifer aber auf den sogenannten „Pilpul", das Zerpflücken überkommener Zeremonialgesetze und Kommentare, zumal des Talmud beschränkt. Es dürfte, da sich die Gesellschaft ja doch einigermaßen im Aufbruch befand, schon der Wunsch bestanden haben, sich aus diesen geistigen Fesseln zu befreien, doch war das ohne Zweifel eine ungeheuer schwere Aufgabe. Moses Mendelssohn, dem es weitgehend gelang, müssen wir, auch wenn Franz Mehring ihn, an der geistigen Bewegung Deutschlands gemessen, „ein bescheidenes Licht" nennt[7], für einen wahren Helden an Mut und Willenskraft halten; was uns auch durch seine von Heinz Knobloch verfaßte Biographie[8] bestätigt wird. Jedenfalls konnte sich für ihn, und später für andere, die kulturelle Emanzipation nur unter deutschem Vorzeichen vollziehen und keineswegs unter jüdischem. Was national-jüdische Autoren wie der „Autonomist" Simon Dubnow, der von einer die ganze Welt umfassenden „jüdischen Nation" spricht[9], logischerweise rügen. Spätere, dem Zionismus nahestehende Autoren verfahren in der gleichen Weise.

Doch auch in Frankreich haben Revolution und Kaiserreich das „Aufgehen" der Juden in der Nation propagiert, da sie ganz richtig spürten, daß die traditionell-korporativen jüdischen Gemeinschaften Hochburgen des Feudalismus waren, die also zerschlagen werden mußten.

Anders war die Lage in den noch rückständigeren Ländern des Ostens: in Polen, Litauen, Westrußland und der Türkei, wo die Emanzipation unter eigenem kulturellen Vorzeichen und als „jüdische Nationalität" in der Tat eine historische Perspektive darstellte.

Was Mendelssohn betrifft, so hatte er zwar die Herausbildung und das Be-

stehen einer „mosaischen Konfession“ in Deutschland, neben der evangelischen und der katholischen, im Auge. Doch wird die Undurchführbarkeit einer solchen Perspektive, zumindest für die damalige Zeit, schon dadurch bewiesen, daß die Kinder Mendelssohns und spätestens die Enkel, alle die Taufe nahmen.

Es muß freilich darauf hingewiesen werden, daß, während der „geistige Jude“ als solcher beengt war und bleiben sollte , die Hoffaktoren und Münzjuden, die sehr schnell mit dem aufkommenden modernen Bankwesen verschmolzen, von Staats wegen respektiert waren. Selbst der in mancher Beziehung trotz allem „fortschrittlich“ zu nennende König Friedrich von Preußen, der einen Moses Mendelssohn schurigelte und ihm nicht einmal das permanente Wohnrecht in Berlin konzedierte, begünstigte die Itzigs und Ephraims in jeder Weise; freilich nur in dem Sinne, daß man einer guten Melkkuh eben auch reichlich zu fressen gibt.

Zu Heines Zeiten war die Lage schon etwas anders, zumal im Rheinland, wo der Sturm der Revolution und der napoleonischen Feldzüge besonders stark auf die Gesellschaft eingewirkt hatte. Das äußerte sich eben auch darin, daß die Forderung der „geistigen“, der kulturell emanzipierten Juden nach auch sozialer Emanzipation erheblich in die Breite und in die Tiefe gewachsen war. Auch in Preußen, zumal in Berlin, hatte sich im Laufe der Franzosen-Kriege das menschliche und gesellschaftliche Bewußtsein merklich gefestigt. Insofern ist Heines Verhalten für einen ganzen Sektor auch der jüdischen Bevölkerung typisch.

„Regeneration der Juden von innen heraus“

Bekanntlich hat Heine seit 1822 dem Berliner „Verein für Kultur und Wissenschaft der Juden“ angehört und darin eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Schon der Name besagt, daß sich der Verein, jedenfalls nicht in erster Linie, die Aufgabe stellte, Anfeindungen von außen zu begegnen. Er strebte, so Lion Feuchtwanger[10], vielmehr eine „Regeneration der Juden von innen heraus“ an, um, wie Eduard Gans es 1823 noch klarer ausdrückte, eine Zeit herbeizuführen, „wo man in Europa nicht mehr fragen würde, wer Jude und wer Christ sei“.

Heine traf in diesem Verein eine Reihe ganz hervorragender Männer, wie etwa die Historiker J. M. Jost und Leopold Zunz, sowie Moses Moser, Lazar Bendavid, den schon erwähnten Eduard Gans und etliche andere. Man las dort nicht nur eifrig die einschlägige Literatur, vor allem das bedeutende Werk „Histoire de la religion des Juifs depuis Jésus-Christ jusqu'á présent“ von Jacques Basnages de Beauval; aber auch andere Werke, die antisemitischen und halbantisemitischen nicht ausgenommen (J. J. Schmidt, J. A. Eisenmenger, Chr. Fr. Rühs, J. Fr. Fries, etc.). Man sprach auch über Möglichkeiten der praktischen Lösung des Problems; wobei die Taufe gründlich in Betracht gezogen wurde. Jedenfalls handelte es sich weder bei Heine noch bei Gans oder sonst einem, der diesen Weg wählte, um einen überstürzten, sondern um einen wohlüberlegten Entschluß. Wenn es uns auch ein wenig wundern kann, wie bald Heine, nachdem er Gans wegen seiner Taufe noch einen derben Fluch nachgeschickt hatte, er sich selber taufen ließ.[11]

Wir wissen über all das ziemlich genau Bescheid. Auch über die inneren Kämpfe, die Heine das Judentum betreffend damals zu bestehen hatte. Wir wissen es nicht nur aus seiner Dichtung: etwa aus dem „Almansor“-Drama und der ebenso betitelten Ballade („In dem Dome zu Corduva...“), wo die dargestellten Moslems zweifellos Juden sind und ihre Konversion die der Juden. Sondern auch aus seinem Briefwechsel mit Moser und Zunz. Denn Heine war damals intensiv mit der Planung des Romans „Der Rabbi von Bacherach“, der ein wahres Monumentalwerk werden sollte, beschäftigt.

Es ist viel darüber nachgedacht und geschrieben worden, warum dieses ursprünglich so groß angelegte Werk ein Fragment blieb, und auch das Vorliegende keineswegs als in sich geschlossen bezeichnet werden kann. Wahr ist, daß ein Teil des Manuskripts beim Hamburger Brand im Jahre 1833 im Hause von Heines Mutter verbrannte. Und auch, daß er aus Geldnot, was vorlag, unfertig zur Publikation an Campe schickte. Doch kann kein Zweifel bestehen, daß diese Umstände nicht entscheidend gewesen wären, wenn ein innerer Auftrag den Dichter wirklich weiter dazu gedrängt hätte, das Werk zu vollenden. Es ist aber nicht zu übersehen, daß seine ganze Konzeption das Judenproblem betreffend sich verändert hätte und zu dem ursprünglich ausgearbeiteten Plan, nach dem nur der Haß der Umwelt gegen die Juden dargestellt werden sollte, nicht mehr paßte.

Die drei Kapitel des „Rabbi“, die an uns gelangt sind, sind zweifellos Prosa ersten Ranges. Und das dritte, dessen Handlung in der kosmopolitischen Stadt Frankfurt spielt, ist dazu noch ein großartiges Sittenbild und ein so humorvolles Stück, wie es selbst einem Heine nicht allzu oft gelungen ist. Etwas aber sind sie nicht: nämlich eine kritische und ursächliche Schilderung typischen Juden-Schicksals, die herzustellen dem Dichter ursprünglich vorgeschwebt haben muß. Dazu kommt der offenbare Widerspruch zwischen der Tragödie brutaler Verfolgung, die in den ersten beiden Kapiteln dargestellt ist, und dem dritten, das nur ein Bild allgemeiner deutscher Zustände gibt, und wo eben auch Juden vorkommen. Spanisches Juden-Schicksal hinzunehmen, wie es durch die hier auftauchende Figur des Isaac Abarbanel geschieht, ist und wirkt erst recht forciert, entsprach aber eben Heines ursprünglichem Plan, das „Gesamtproblem“ der Juden zu behandeln.

Heine befand sich eben, was er selbst wohl erst nach geraumer Zeit merkte, bereits mitten im Prozeß der inneren Abkehr vom realen Zustand der Juden in Deutschland. Natürlich war seine Taufe nicht die Ursache dieses Zustands, und dessen Ausdruck nur in einem sehr beschränkten Sinne. Jüdisches Kulturgut in sich auszumerzen, wäre nicht nur unmöglich gewesen, sondern es entsprach durchaus nicht seiner Absicht. Hätte er auf ein so reiches, farbiges Erbe verzichten sollen? Daß er es nicht tat, und daß er es in seiner Dichtung zum Ausdruck brachte, soll ihm gedankt sein.

Aber es stand auch zu Heines Zeit die Abkehr größerer Teile der jüdischen Bevölkerung vom Schacher, das heißt von einer parasitären Funktion, erst an ihrem Anfang. Das Fortschreiten dieses Prozesses aber konnte und mußte schließlich die Grundlage einer wirklichen Integration sein. Wir müssen darauf hinweisen, daß eben dadurch auch das Verschwinden des Hasses gegen die Juden hätte einsetzen müssen. In der Tat, wenn Juden und Christen die gleiche Funktion in der Gesellschaft ausüben: Wenn sie Handwerker und Kleinhändler, Lehrer, Ärzte, Juristen, Künstler sind, warum sollte von Gruppe zu Gruppe der Haß bestehen bleiben?

Wir wissen auf diese Frage, leider!, eine Antwort. Wenn auch dem „klassischen“, dem mittelalterlichen Judenhaß gewissermaßen der Boden entzogen war, so kam nun auf einer neuen

Grundlage ein neuer auf. Wobei freilich uralte Vorurteile mit herübergenommen wurden, gleichzeitig aber neue aufkamen, die mit jenen sehr wenig zu tun hatten.

Die Ursache liegt in der Konkurrenz. Darum blieb der Antisemitismus auch nur in denjenigen Ländern ein Massenphänomen, wo der Kapitalismus zwar mit Macht einsetzte und stark genug war, um die alten patriarchal-feudalen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zu zerstören; aber nicht um neue Strukturen fertigzustellen, die allen Existenzmöglichkeiten geboten hätten. Denn der Fäulnis-Prozeß der bürgerlichen Gesellschaft hatte eingesetzt, bevor noch sein Reife-Wachstum vollendet war.

Kleinbürgertum und Antisemitismus

Darum war jetzt, zumal in Deutschland und in Österreich, der typische Antisemit der Kleinbürger und der kleinbürgerlich empfindende Intellektuelle. Im Kleinbürgertum war der moderne Antisemitismus zu Hause, wie übrigens auch der Zionismus, der Haß zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen und Mähren und überhaupt jeder Nationalhaß in ethisch gemischten Gebieten. Es war der Kampf um den Kunden auf einem begrenzten Markt. „Wenn der Jude", schreibt Abraham Leòn, „kein Kleinbürger wäre, der Kleinbürger empfände keinen solchen Haß gegen ihn." Mochte der christliche Schuster auch noch so sehr wettern gegen den jüdischen Bankier, er meinte ja doch nur den jüdischen Schuster an der nächsten Ecke.

Zu Heines Zeiten war es, wie gesagt, noch anders. Daß die Juden sozial und kulturell isoliert blieben und geistig in Enge und Rückschritt verharrten, daran waren nur die allerrückständigsten politischen Kräfte interessiert. Das zeigt sich sowohl im Vormärz, wie auch in der 48er-Revolution ganz deutlich.

Daß die orthodoxen Rabbiner sich allen Reformen, nicht nur in der Interpretation der Lehre und der Liturgie, sondern auch in Sitte und Lebensweise erbittert widersetzten, versteht sich von selbst. Doch die deutschen Fürsten, die absoluten Regimes, machten, was wenig bekannt ist, gerade mit den reaktionärsten Kräften innerhalb der jüdischen Gemeinschaften gemeinsame Sache. Es war beispielsweise vor 1848 in nahezu allen deutschen Teilstaaten verboten, sogar die Predigt beim sabbatlichen Gottesdienst in deutscher Sprache vorzutragen; zu einer Zeit, als außer den Rabbinern kein einziger Jude mehr Hebräisch verstand. Welches Interesse konnte der Absolutismus am Fortbestand der geistigen Isolierung der Juden haben, wenn nicht das, den gemeinsamen Kampf aller zur Erneuerung einer obsoleten Gesellschaftordnung zu verhindern?

Hier muß übrigens einer auch heute noch weit verbreiteten Irrmeinung widersprochen werden: Daß es nämlich im Laufe der Jahrhunderte den Hassern der Juden im wesentlichen darum gegangen wäre, diese zum Abschwören ihres Glaubens zu bewegen. Solche Versuche, die bis zur Zwangstaufe gingen, gab es allerdings; doch stellten sie durchaus Ausnahmen dar. Bei den Pogromen der Kreuzfahrer, der Bauernrebellen in Frankreich und Italien, in Deutschland, Polen und der Ukraine wurde gemordet, geplündet und vergewaltigt. Aber „Glaubensstreiter" waren diejenigen, die jene Gewalttaten verübten ebensowenig, wie die Juden Märtyrer waren in dem Sinne, daß sie den Tod der Abtrünnigkeit vorzogen. Nicht einmal die Inquisition „zwang" Juden zur Taufe; da sie ja nur für „die Reinheit der Religion" der Christen zuständig war. Und verbrannt wurden im Prinzip nicht Juden, sondern „als Ketzer" rückfällige Konvertiten. Daß es dabei „Mißbräuche" gab und geben mußte, liegt auf der Hand. Aber soviel steht fest, daß es im Laufe der Geschichte und zumal im 18. und 19. Jahrhundert den Judenhassern nicht darum ging, sie zu Christen zu machen, das heißt, sie aus der Isolierung zu reißen, sondern vielmehr darum, ihnen deren Überwindung unmöglich zu machen. Es ging ja, wie man weiß, beim Holocaust unseres glorreichen 20. Jahrhunderts auch nicht darum, die Juden dem Judentum zu entreißen. Nach der Überzeugung wurde mitnichten gefragt, und nur die „Rasse" zählte.

Vor diesem Hintergrund ist es ganz eindeutig, wie Heine im nationalen, im national-kulturellen Sinne einzuordnen ist. Er war nicht nur kein jüdischer, sondern auch kein „deutsch-jüdischer" Dichter. Er war ein deutscher Dichter schlechthin. Immer hat er sich als solchen bezeichnet. Nicht nur in dem bekannten Gedicht, wo ebendieser Satz den ersten Vers bildet. Sondern unzählige Male auch an anderer Stelle. Zumal wenn er über andere Länder, über Frankreich oder Polen etwa schreibt, da sagt er: „Wir Deutschen". Oder: „Bei uns in Deutschland".

Heutzutage ist es modern, von allen Menschen zu verlangen, daß sie sich „auf ihre Wurzeln besinnen". Was in der Praxis soviel bedeutet wie das: daß sie aus jener ungeheuer reichen Vielfalt, die ihre Persönlichkeit bildet, einen Faktor herauslösen und alles andere von sich weisen. Nichts wäre weniger im Sinne Heines und seines großartigen Universalismus. Er wußte es besser als alle, daß ein Mensch nicht eine, sondern viele Wurzeln hat und daß er sich ihrer bewußt sein sollte. Bei ihm war es, neben der deutschen und der jüdischen, vor allem die französische Kultur, die ihn prägte; und das lange bevor er in Paris seinen Wohnsitz nahm.

Wir glauben, daß wir, wenn wir bei Heine jegliche Ausgrenzung, auch die respektvolle und lobende, zurückweisen, ganz in seinem Sinn verfahren. Das jüdische Kultur-Element an sich aber, das er einbringt, sollte der deutschen Nationalkultur hochwillkommen sein. Wobei nie genug darauf verwiesen werden kann, daß es keinen Fremdkörper bildet, sondern einen wertvollen Beitrag zur Herausbildung und zum Leben der Nation. ■

Alfredo BAUER stammt aus Österreich. Seit seiner Emigration lebt er in Buenos Aires. Er ist KP-Mitglied und Autor.

Anmerkungen

1 E. Zola: J'accuse; Rede an die Jugend.
2 D. J. Goldhagen: Hitler's willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, New York 1997.
3 K. Marx: Zur Judenfrage.
4 O. Heller: Der Untergang des Judentums.
5 A. León: Conceptiòn marxista de la cuestión judia, Buenos Aires 1965.
6 A. Bauer: Historia Critica de los judios, Buenos Aires 1971.
7 F. Mehring: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Zürich 1946.
8 H. Knobloch: Herr Moses in Berlin. Auf den Spuren eines Menschenfreundes, Berlin/DDR 1979.
9 S. Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart, Berlin 1925.
10 L. Feuchtwanger: Heinrich Heines „Rabbi von Bacherach". Eine kritische Studie, Frankfurt/Main 1985.
11 „Und du bist zu Kreuze gekrochen,
jenem Kreuz, das du verachtest;
das du noch vor wenigen Wochen
in den Staub zu treten dachtest (...).
Gestern noch ein Held gewesen,
ist man heute schon ein Schurke."

Zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung*

Otto KREILISHEIM

Am 8. Mai 1933 brannten die Feuer. Tonnenweise wanderten Bücher, deren Autoren den neuen Machthabern nicht genehm waren, in die Flammen: in Berlin, in München, in Dresden und in fast allen anderen deutschen Universitätsstädten. Amtlich verordnete „Feuersprüche" begleiteten die schauerliche Handlung.

Fünf Jahre später verbrannten an die 1200 Bücher auf dem Residenzplatz in Salzburg. Die „Pyrokraten im Braunhemd" (Erich Kästner) mit „Sturmriemen unterm akademischen Kinn" waren Studenten. Der Schaden, den sie anrichteten, ist auch heute noch nicht behoben. Dabei waren die Bücherverbrennungen erst der Anfang gewesen. Schon vor 150 Jahren hatte Heinrich Heine gewarnt: „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen." (Almansor)

Heine hatte recht behalten. Das bewies der Rauch, der aus den Schornsteinen von Maidanek und Auschwitz kam.

Der Leitung der Städtischen Büchereien gebührt Anerkennung dafür, daß sie das traurige Jubiläum zum Anlaß nehmen will, der österreichischen Öffentlichkeit die Namen der deutschen und österreichischen Autoren ins Gedächtnis zu rufen, deren Werke damals verbrannt und in der Folge, vermehrt um viele andere, verboten wurden. Der Ausstellung kommt Bedeutung zu, weil es schon wieder Leute gibt, denen Brandgeruch zusagt.

Wie war es 1945?

Wir können es der NS-Propaganda zuschreiben, der Österreich sieben Jahre ausgesetzt war, daß im Jahre 1945 viele Österreicher zwar das Ende des Krieges begrüßten, dieses aber nicht als nationale Befreiung empfanden. Dazu hatten auch die großdeutschen Erklärungen beigetragen, mit denen Kardinal Innitzer und Dr. Karl Renner den „Anschluß" Österreichs an Deutschland begrüßt hatten. Als nicht sehr hilfreich erwies sich bei all dem, daß die Auslandsführung der sozialdemokratischen Partei bis zum Jahre 1943 immer nur von einer gesamtdeutschen Revolution träumte und von einem selbständigen Österreich nichts wissen wollte.

Nach der Befreiung Wiens setzten sich zahlreiche Nazi-Größen nach Salzburg ab. Dort angekommen, bemerkten sie, daß die amerikanische Besatzungsmacht keinerlei Umstellung verlangte.

Um bei Wahlen zu gewinnen, stellten die beiden Großparteien alles zurück, was die sogenannten „Ehemaligen", um deren Stimmung es ging, verstimmen könnte. So dauerte es viele Jahre, ehe die erste Ausstellung „Niemals vergessen" an unsere Schulen kam, und da bei weitem nicht an alle. Unsere Offiziellen trugen auch der alten NS-Hetze gegen die Juden und Emigranten Rechnung. Sie rührten keinen Finger, um die von Hitler Vertriebenen in die Heimat zurückzuholen. Der antifaschistische Katholik Ernst Karl Winter hatte große Mühe, eine Einladung nach Wien zu erhalten. In Wien angekommen, fand er keine Wohnung. Die neuen SP-Führer trugen dem immer noch weit verbreiteten Antisemitismus Rechnung, indem sie sogar Kreisky nahelegten, mit der Rückkehr nach Wien zu warten und noch einige Zeit in Skandinavien zu verbringen.[1] Eine Ausnahme bildete hier das Wiener Amt für Kultur und Volksbildung, dessen Leiter, der ehemalige KZ-Häftling Viktor Matejka, sich bemühte, fast könnte man sagen: im Alleingang emigrierte Kulturschaffende zur Rückkehr nach Österreich zu bewegen.

Was die Schriftsteller anbelangt, so war Jura Soyfer im KZ umgekommen. Werfel, Karl Kraus, Musil, Horváth waren gestorben. Aber es gab noch Überlebende, der Bildhauer Charoux, der Lyriker Fried, Waldinger und Kramer etwa, die man zur Rückkehr hätte bewegen können.

Konzessionen

Um der ÖVP eins auszuwischen, begünstigte der sozialistische Minister Helmer seinerzeit die Gründung des Verbandes der Unabhängigen (VdU), einer großdeutschen Gruppierung, aus der sich dann die FPÖ entwickelte. Vorläufiges Schlußergebnis dieser Entwicklung ist eine ganz legal operierende NDP mit Norbert Burger an der Spitze. Wer mehr darüber erfahren will, was sich im sogenannten nationalen Lager abspielt, der greife nach der Dokumentation „Rechtsradikalismus in Österreich nach 1945". Der FP-Abgeordnete Friedrich Peter, ein ehemaliger SS-Offizier in einer hinter den Linien operierenden Division, hat vor kurzem im Parlament dagegen Einspruch erhoben, daß diese Dokumentation in die Materialien aufgenommen

Zum Tod von Otto Kreilisheim

Otto Kreilisheim ist zu Ostern knapp 90jährig verstorben. Als Sohn einer jüdischen Mutter und als Linker, der 1933 der KPÖ beigetreten ist, mußte er vor den Nazi flüchten. Als Major der amerikanischen Armee, als Mitbefreier Österreichs, kehrte er nach Wien zurück. Bei den Nürnberger Prozessen war er als Vernehmungsoffizier der Amerikaner bei den Prozessen gegen die Naziärzte, die Experimente an Menschen durchgeführt hatten, eingesetzt.

Kreilisheim war von 1947-1949 Sekretär des Kulturstadtrates Viktor Matejka. Später unterrichtete der promovierte Germanist und Anglist an Wiener Gymnasien. Kreilisheim war im Bund Demokratischer Lehrer, in der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft und als Vorsitzender des Friedensrates tätig. Soweit nur einige Stationen seines überaus engagierten Lebens.

* In memoriam bringen wir einen Artikel aus der Zeitschrift »Demokratische Lehrer und Erzieher« 1/1983.

wurde, die den Schulen zur Verwendung im zeitgeschichtlichen Unterricht zur Verfügung gestellt wurden. Unterrichtsminister Sinowatz antwortet versöhnlich.

Was den kulturellen Bereich nach Kriegsende betrifft, so sei hier kurz an den beschämenden Brecht-Boykott erinnert, den Hans Weigel, Friedrich Torberg, Jaques Hannack und andere inszenierten, um die Stücke Bertolt Brechts von den Wiener Bühnen fernzuhalten.[2] Unwesentlich ist dabei, daß der Boykott zusammenbrach; das Schlimmste liegt daran, daß er überhaupt unternommen wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch das Totschweigen der Scala. Hier waren unsere Dunkelmänner erfolgreich. Das dem Fortschritt aufgeschlossene Theater mußte im Jahre 1956 seine Pforten schließen.[3]

Die Hochschulgermanistik, die sich in der NS-Zeit als „deutsche" Wissenschaft besondere Verdienste erworben hatte, stellte sich nun um. Die „vaterlandslosen" Emigranten, die jüdischen ebenso wie die nichtjüdischen, die man eben erst aus den Literaturgeschichten gestrichen hatte, wurden nun wieder in diese aufgenommen. Zu einem Sprung nach vorne setzte der NS-Professor Herbert Cysarz an, als er sich als Festredner bei einer Arthur-Schnitzler-Feier anbot. Zu dieser Rede ist es nicht gekommen – nicht zuletzt dank den Bemühungen der Schriftstellerin Elisabeth Freundlich, der bei so viel Unaufrichtigkeit der Kragen geplatzt war.

Im übrigen mißt unsere Hochschulgermanistik Aussagen sozialkritischen Inhalts nach wie vor an den undefinierten und in Wahrheit gar nicht definierbaren Normen „zeitloser" und „ewiger" Werte. Was dabei herauskommt, ist leicht vorauszusehen.

Es ist erfreulich, daß es auch kulturhistorische Arbeiten gibt, deren Autoren sich von fortschrittlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir nennen hier nur: Albert Fuchs „Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918", Ernst Fischers „Von Grillparzer bis Kafka", Paul Reimanns „Über realistischsche Kunstauffassung".

Kulturelles Erbe

Selbst in der Nacht des Faschismus hat es Dichtung gegeben. Gedichte schrieben – vor ihrer Hinrichtung – Richard Zach, Felix Grafe, Roman Karl Scholz, Österreicher, die ihre Liebe zur Heimat mit ihrem Leben bezahlt haben. „Ich bin den anderen Weg gegangen", heißt es in einem Gedicht des steirischen Lehrers Richard Zach, „Sie sollen uns nicht zittern sehen", in einem von Felix Grafe. Unsere Lesebuchherausgeber gehen in der Regel an diesen Gedichten vorbei. Es fehle ihnen der letzte poetische Schliff. Mag sein, dafür sind sie aber mit Blut geschrieben. Das gilt auch für das „Dachaulied" von Jura Soyfer und das „Buchenwaldlied" von Beda-Löhner. Dazu kommen die letzten Briefe zum Tode verurteilter österreichischer Widerstandskämpfer, die in einer von Herbert Steiner besorgten Ausgabe vorliegen. Fortschrittliche Lehrer verwenden sie schon lange in ihrem Unterricht.

Aber nun zurück zu den „Exilierten". Wir meinen, daß es unter den zur NS-Zeit verfemten Werken solche gibt, auf deren Aussage eine demokratische Erziehung nicht verzichten kann. Hier liegt ein kulturelles Erbe vor, das verwaltet werden muß, auch wenn unsere Literaturgeschichten die „Exilliteratur" immer noch gerne in eine Außenseiterposition drängen wollen. Johann Holzner hat sich auf dem „Internationalen Symposium zur Erforschung des österreichischen Exils von 1934-1945", das im Jahre 1975 unter großer Beteiligung in Wien durchgeführt wurde, kritisch mit diesen Tendenzen auseinandergesetzt.[4]

Theodor Kramer

Wer läutet draußen an der Tür?

Wer läutet draußen an der Tür,
kaum daß es sich erhellt?
Ich geh' schon, Schatz. Der Bub hat nur
die Semmeln hingestellt.
Wer läutet draußen an der Tür?
Bleib nur; ich geh', mein Kind.
Es war ein Mann; der fragte an
beim Nachbarn, wer wir sind.

Wer läutet draußen an der Tür?
Laß, Schatz, die Wanne voll.
Die Post war da; der Brief ist nicht
dabei, der kommen soll.

Wer läutet draußen an der Tür?
Leg du die Betten aus.
Der Hausbesorger war's; wir soll'n
am Ersten aus dem Haus.

Wer läutet draußen an der Tür?
Die Fuchsien blühn so nah.
Pack, Liebste, mir mein Waschzeug ein,
und wein nicht: Sie sind da.

Wiedersehen mit Wien

Otto KREILISHEIM

Aus der Broschüre „Ich erinnere mich...", erschienen 1989.

Ich sehnte mich nach Wien. Ich glaube, daß es noch im Juni 1945 war, daß ich einen Urlaub nach Wien bewilligt bekam und die Dokumente erhielt, die mich über die Ennsbrücke brachten. In einem Klo auf dem ramponierten Franz-Josefs-Bahnhof steckte ich die amerikanische Uniform in meine Reisetasche, zog Zivilkleider an und rannte in die Wasagasse, dem damaligen Sitz unserer Partei. Die Begrüßung war herzlich, und ich wäre am liebsten gleich in Wien geblieben. Die Genossen waren vernünftiger. „Du rüstest jetzt einmal normal ab und kommst dann mit Frau und Kind. Auf diese Verzögerung darf es jetzt nicht mehr ankommen." Wie Wien damals aussah, will ich an dieser Stelle nicht beschreiben. Hitler hat einmal von Wien als Perle gesprochen, die nur der richtigen Fassung bedarf. Die Fassung von 1945 mußte man gesehen haben.

Traurigen Herzens verließ ich also Wien, kehrte zurück, fuhr nach Amerika zurück, rüstete ab, erhielt meine honourable discharge und war bei meiner Familie. Ich lernte meine Tochter Eva kennen, die sieben Monate alt war und überlegte, wie wir die Reise nach Wien in die Wege leiten könnten. Das Hauptproblem bestand darin, daß es einen Reiseverkehr zwischen den USA und Österreich damals gar nicht gegeben hat, und daß ich selbst, wenn es ihn gegeben hätte, gar nicht das Geld gehabt hätte, eine Reise für drei Personen zu finanzieren. Dazu kam, daß meine Tochter Eva damals noch sehr klein war, sodaß wir angesichts der voraussehbaren Strapazen – wir hatten natürlich keine Wiener Wohnung – noch ein wenig warten wollten. Was die Möglichkeit zu reisen anbelangte, mußte ich mich also auf „Bitte warten" einstellen, in bezug auf das Finanzielle suchte ich einen Posten, auf dem ich kurzfristig das notwenige Geld verdienen würde. Ich fand einen solchen Posten. Auf der Grundlage meiner Erfahrungen als Vernehmungsunteroffizier im Krieg erhielt ich eine gut bezahlte Stelle als Hilfskraft für die amerikanische Anklagebehörde im amerikanischen Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg.

Im folgenden einige Werke, die aufgrund ihrer humanistischen Aussage unseren Schülern nahegebracht werden sollten – eine willkürliche Auswahl, die nur die Richtung andeutet, in die diese Überlegungen sich bewegen:
Franz Werfel: Die vierzig Tage des Musa Dagh;
Joseph Roth: Radetzkymarsch;
Karl Kraus: Die letzten Tage der Menschheit;
F. Th. Czokor: Als Zivilist im Balkankrieg;
Robert Musil: Törless; Ausschnitte aus: Der Mann ohne Eigenschaften;
Jura Soyfer: Der Lechner Edi schaut ins Paradies; So starb eine Partei;
Sowie Werke von Ödön von Horváth und Stefan Zweig.

Gedichte schrieben im Exil die Lyriker Ernst Waldinger und Theodor Kramer. In ihnen steckt viel Liebe zu Österreich, viel Sehnsucht nach Österreich, Schmerz über die Erniedrigung der Juden.

Klaus Jarmatz, ein Literaturwissenschaftler der DDR nannte Stefan Zweig auf dem oben erwähnten Symposium einen der „bedeutendsten Humanisten unseres Jahrhunderts". Diese hohe Einschätzung ist deshalb von Interesse, weil sie von einem Kulturbegriff ausgeht, der sämtliche Bereiche des Lebens einschließt und somit weiter geht als der traditionelle Kulturbegriff.[5]

In der US-Army 1943–45

Auf daß Bücher nicht mehr brennen

Ende 1978 wandte sich der FP-Abgeordnete Helmut Jossek offen gegen die „Emigranten": „... schuldlos soll auch der nicht sein, der aus dem sicheren Ausland hetzte, schimpfte, Haßtiraden sandte." (»Aula«, 11/1978)

Welche Personen Jossek wohl gemeint haben möchte? Die Österreicher, die im französischen Maquis gegen die deutsche Besatzungsmacht kämpften? In diesem Kampf hat es Todesopfer gegeben. Oder diejenigen, die in alliierten Uniformen für die Befreiung Österreichs gekämpft haben? Wir werden ihn nicht fragen. Viel wichtiger ist nämlich, daß es unter den sechzehn Arbeitsgruppen, die im BRG XV die Antifaschistische Woche durchführten, auch eine gegeben hat, die sich mit den in der Hitler-Zeit verbotenen Büchern befaßt hat; daß sich immer mehr Österreicher für Soyfer und Horváth interessieren; daß eine Theodor-Kramer-Ausstellung vorbereitet wird, daß sich ein eigenes Symposium mit der Dichtung der Verfemten beschäftigte und daß schließlich die Städtischen Büchereien, wie bereits erwähnt wurde, der vor fünfzig Jahren verbrannten Bücher gedenken wollen. Das sind zukunftsweisende Tendenzen. ■

Anmerkungen

1 Vgl. Leopold Spira: Feindbild Jud, Wien 1981, S. 135.
2 Vgl. ein Buch von Kurt Palm, das demnächst erscheinen wird.
3 Vgl. W. Pellert: Roter Vorhang – Rotes Tuch. Das neue Theater in der Scala (1948-1956), Wien 1979.
4 Vgl. Protokoll des „Internationalen Symposiums zur Erforschung des österreichischen Exils von 1934-1945", Wien 1977, S. 554.
5 Ebd. S. 272ff.

Fortsetzung vonSeite 3

Wer nur etwas lesen kann, konnte leicht erkennen, daß selbst alle Entwicklungen und Debatten der letzten Jahre, vor allem jene der parteieigenen Medien »Weg und Ziel« und »Volksstimme«, verschlafen wurden. Oder sind die nur Beschäftigungstherapie für Unentwegte? Es ist wie auf einem sozialdemokratischen Frühschoppen der siebziger Jahre: am Podium eine schwer nostalgische Kreisky-Revival-Band, die ihre Everreds (inklusive der Hammer-und-Sichel-Metaphorik im Emblem) herunterleiert, als sei weiter nichts passiert. Wer mit den alten Hits der Siebziger ins nächste Jahrtausend geht, wird eine famose Blamage nach der anderen erleben. Die Avantgarde ist hintennach. Meilenweit.

Auch wenn man dafür nicht verantwortlich ist: ausgesprochen peinlich berührt die Selbstbeschädigung durch dieses Werbematerial. Man spielt mit, man spielt nur mit dem schlechteren Blatt. Jede Pokerwahlpartie endet damit, daß die KPÖ von der Werbeindustrie kräftig abgecasht wird. Nicht, daß etwa Inserate in unabhängigen Medien nicht sein dürfen, soll gesagt werden, die Frage nach dem Sinn muß aber erlaubt sein. Wir vermuten, daß die Kosten in keinem Verhältnis zur erreichten Aufmerksamkeit, geschweige denn gar zu den erzielten Stimmen stehen. Dieses Handeln, das nur als Anbiederung (miß?)verstanden werden kann, erweckt wenig Vertrauen und noch weniger Sympathie. Borniertheit ist eine Tugend nicht. Doch gerade diese wurde ins Schaufenster gestellt.

Die geharnischte Kritik widerspricht übrigens nicht dem Wahlaufruf in der letzten Nummer von »Weg und Ziel«. Der war notwendig und wichtig. Ebenso wie dieser Nachwurf, der selbstverständlich weniger freundlich ausgefallen ist. Aber der ist nicht so unfreundlich gemeint. Wir bitten nur um ein intensives Nachdenken, ansonsten müssen wir gar noch einen Nachruf schreiben, Titel: *pax vobiscum.* ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

„Wir sind so eins, wie ein gutes Schwert“[1]

Bündische Jugend und präfaschistische Mythologeme.

Elisabeth PERCHINIG

Zwischen der Jahrhundertwende und dem Nationalsozialismus wurde der Begriff „Jugend“ zu einer wichtigen Kategorie des gesellschaftlichen Diskurses.

Parteipolitische und juristische Diskussionen, wie auch die neuentstandene Jugendpsychologie und Reformpädagogik kreisten um Vorstellungen von Jugendlichkeit, die nicht bloß die Lebensphase der Adoleszenz meinten, sondern die „Jugend“ als erneuernde Kraft mystifizierten: Auf sie projizierte zunächst das von der gesellschaftlichen Modernisierung verunsicherte Bildungsbürgertum seine Hoffnungen, seinen alten Status bewahren zu können. Nach 1929 geht die Bedeutung der „Jugend“ über das Bürgertum hinaus; Jugendlichkeit wird maßgeblich in Parteien, in der Werbung und Warenästhetik.

Die bürgerliche Jugendbewegung, wie sie sich in Deutschland und Österreich zunächst als „Wandervogel“, nach dem Ersten Weltkrieg dann als Bündische Jugend in unzähligen Gruppierungen zusammenschloß, bestand aus einem nur kleinen Teil der bürgerlichen Jugend, der aber für die zeittypischen Probleme stark sensibilisiert und von kulturkritischen bildungsbürgerlichen Minderheiten beeinflußt war. Ihre Ideen wirkten sich auch auf die konfessionell bzw. parteigebundenen Jugendlichen aus.

Unter den Bedingungen der Modernisierung, vor allem der Trennung von Produktionsstätte und privatem Zuhause, war die Vorrangstellung des Mannes und Vaters als Familienoberhaupt und unbestrittenes Vorbild für seine Söhne nicht aufrechtzuerhalten. Die Zukunft der jüngeren Generation konnte als vergleichsweise offen, aber auch als „leer“ erlebt werden. Mit zunehmender Bedeutung der Frauenemanzipation wurden die traditionellen Geschlechterzuschreibungen ebenso fragwürdig wie die Praxis, die Geschlechter getrennt aufwachsen zu lassen. Die Überhöhung der Jugendphase wie auch die konservativen Vorstellungen von einander polar ergänzenden Wesenseigenschaften der Geschlechter, wie sie in der bürgerlichen Jugendbewegung weitgehend üblich waren, sollten der Verunsicherung entgegenwirken, die dieser Wandel der Lebensmuster auslöste.

Das für diese Jugend zentrale Erlebnis des Wanderns stand im Mittelpunkt antimoderner Ideale, die sich auf Tendenzen der deutschen Romantik zurückführen lassen. Man protestierte gegen Technik, Zivilisation, gegen moderne Demokratie und rationalen Intellekt, gegen die „Entseelung“ des modernen Menschen.

Ideologisch stand die Bündische Jugend damit den Vertretern der Konservativen Revolution nahe. Diese hielten der abgelehnten Moderne bzw. der Weimarer Republik die Vorstellungen einer ideologisierten, simplifizierten Lebensphilosophie entgegen, die mit deutschnationalen Ansprüchen, zum Teil auch rassistischer Art, verquickt waren.

Im katholisch geprägten Österreich folgte der jugendbewegte katholische „Bund Neuland“ allgemein auch dem zeittypischen Antimodernismus der Kirche, wie er insbesondere in der Zeit des Austrofaschismus zur Geltung gelangte.

Initiationsziel „Männlichkeit“

„Die Jungenschaft ist ein Sturm, der alles wegfegt, was matt und feige und lumpig ist. Die Jungenschaft hat eine Freude an Kälte, Härte und Wind, an Regen und Schnee, an Unbehagen, an Hunger und Mühe. Das sind Dinge, die uns hart und wachsam machen. Pest und Tod über das jammervolle Geschlecht, das der Gefahr aus dem Wege geht. (...)

Jungenschaft ist mehr. Wir wollen verzichten lernen auf die billigen Vergnügen. Je härter der Dienst, desto lieber soll er uns sein. Wir wollen uns unseren Dünkel abgewöhnen, dafür wollen wir einer dem anderen helfen in unermüdlicher Treue und Kameradschaft. Vor uns steht die Jungmannschaft und die Mannschaft: so wollen wir werden, wie die heute sind. Kämpfer für Deutschland.“[2]

Nirgendwo war vor Beginn des Ersten Weltkriegs die Kriegsbegeisterung größer als in Deutschland und in Österreich; gerade beim Österreichischen Wandervogel trug der betonte Deutschnationalismus dazu bei. Die Euphorie des Kriegsbeginns war getragen vom propagandistisch aufgeputschten Gefühl des Überfallenseins von „neidischen“ Völkern sowie der Hoffnung auf einen neuen, schicksalhaft errungenen kollektiven Sinn. 1914 konnte der Krieg auch als Infragestellung der bürgerlichen Welt begriffen und gefeiert werden. Krieg wurde für die Wandervögel zum verdichteten Leben, zum heroischen Abenteuer, zur „großen Fahrt“. Er galt als Initiationsritual männlichen Erwachsenwerdens, in dem der männliche Geschlechtscharakter in Abgrenzung zu Weiblichkeit und Familie entwickelt werden konnte.

Die Aktivitäten der Wandervögel, vor allem der männlichen Jugendlichen, waren außerdem gewissermaßen eine Vorschule für den Kriegsdienst. Auf großen Märschen mit dem Tornister auf dem Rücken wurden das Durchhaltevermögen bei jeder Witterung, die Unempfindlichkeit gegen Hunger und Durst sowie die Orientierung in freiem Gelände erlernt; dazu kamen die im Wandervogel schon früh systematisch von den Burschen praktizierten Kriegsspiele.

Das in allen jugendbewegten Bünden und übrigens bei beiden Geschlechtern beliebte Buch des „Wandervogelsoldaten“ Walter Flex, „Der Wanderer zwischen beiden Welten“, verdeutlicht den Zusammenhang von traditionell verstandener Männlichkeit, Soldatentum und völkischer Gesinnung. Der Autor „fiel“ selbst im Ersten Weltkrieg. Er schildert im „Wanderer“ seine Kriegskameradschaft mit dem Wandervogel Ernst Wurche, der sich kriegsfreiwillig gemeldet hatte und nach seinem Tod zum Idol der Wandervogelbewegung wurde. Das Buch vereint Vorstellungen von idealem Führertum und idealer Gefolgschaft; zwei Welten stehen sich dabei gegenüber: die Wandervogelideale, die als das richtige Leben interpretiert

werden, und eine unerfreulich nüchterne Realität.

Der Krieg gilt Flex als Gipfelerlebnis, in dem der Mann als „Soldat seiner Ideen" zu seiner Überzeugung finde. Männlichkeit ist mit erotisierter Gewalt und gewaltfasziniertem Geist assoziiert; die Frau wird als Kraftspeicher für den soldatischen Mann betrachtet. Das „Reich der Toten" gilt dem Autor als „Reich der tausend Sinne", Tod gilt ihm als Sieg. Tote Soldaten werden in seiner Phantasie zu Hütern der „Ungeborenen" des Volkes, aus denen sich die nächste Soldatengeneration rekrutieren werde. Flex' Darstellung zeigt also frühe Parallelen zum Ahnenkult des Nationalsozialismus. Auch nationalsozialistische Mythologeme behaupten diese Dominanz der Toten über die Generationenfolge: Der Soldatentod verbindet den im Gedenken unsterblichen Gefallenen für immer mit der Generationenfolge seiner „Sippe", die damit potentiell in die Pflicht genommen ist, selbst – für „Heimat" und „Volk" – Kriegsdienste zu leisten.

1930 verließ ein Kreis von Jungenschaftern die Wiener „Freischar" und schloß sich als „Österreichisches Jungenkorps" der autonomen Bewegung der „d.j.1.11." (=deutsche Jungenschaft, am 1.11.1929 gegründet) an. Diese also auch in Österreich durchgeführte Geschlechterseparierung ist Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung der Bünde: Das Kriegserleben führte in einem kleinen radikaleren Teil der Jugendbewegung zum Bekenntnis zum Männerbund als der eigentlich staats- und gesellschaftstragenden Instanz. Dabei wurde die männliche Dominanz in der Kultur immer schon ohne weitere Begründung vorausgesetzt und als Gegensatz zu Ehe, Familie, Weiblichkeit, „Materialismus" dargestellt. Die erstrebenswerte Männlichkeit ist als Verbindung von Ehrbegriff und Härteidealen konzipiert, der Übertritt der Adoleszenten in die Männergemeinschaft erscheint deutlich als die zu leistende Norm: Wer diese Initiation nicht erlangt, darf sich keine männliche Geschlechtsidentität zugestehen, er wird zum verachteten Außenseiter.

Im Kern der so verstandenen männlichen Adoleszenz steht die Distanzierung von der Ursprungsfamilie des Adoleszenten; der Männergruppe sollen nun seine wichtigsten emotionalen Bindungen gelten. Der Anfang erwachsener „Reife" wird mit der Initiation in die Männergruppe markiert; Adoleszenz erscheint nicht als den Möglichkeiten nach offenes Konzept, sondern als Übertritt in eine vorstrukturierte Position.

Der Jungenbund sollte eine Art in sich geschlossener „Jugendstaat" sein, er war, wie andere Bünde auch, hierarchisch aufgebaut: Betont wurde das Charisma des – aus irrationalen Gründen anerkannten – Führers, dem die ebenfalls eher nach Sympathie auserwählte Gefolgschaft untergeordnet war.

Im Nationalsozialismus wurde die Männerbundidee von Pädagogen und Familienideologen übernommen; der kämpferische Männerbund wurde zum zentralen Strukturprinzip des nationalsozialistischen Staates.

Führer Christus

1921 wurde in Wien der katholische „Bund Neuland" gegründet, als dessen geistige Führer zwei Theologen galten. Der Bund setzte sich aus Studenten wie auch Gesellen und Lehrlingen zusammen; allerdings sollte die Bildungsarbeit von der Mittelschichtjugend ausgehen.

Diese Jugend fühlte sich der Jugendbewegung zugehörig und forderte ein eigenes „Jugendreich". Sie strebte aber nicht hauptsächlich nach eigener Autonomie, sie wollte sich der Führung Gottes und der Kirche als Gemeinschaft anvertrauen. Die Begeisterung für den vorbildhaften „Führer" sollte Christus gelten. Es ging nicht ausschließlich um Selbstverwirklichung, sondern um eine missionarische Tätigkeit gegenüber der Umwelt. Der Bund wurde verstanden als katholisch geprägtes Gegenmodell zur modernen Gesellschaft.

Auch die aktuelle politische Situation wurde in einem eschatologischen Sinn und zugleich nationalistisch gedeutet: Politische Parteien galten als Vorläufer des kommenden „Heiligen Deutschen Reiches". Von 1930 an gewann eine „organische" Staatsauffassung in Zusammenhang mit „völkischen" Ideologemen an Bedeutung; Staat und Volk sollten damit als selbstzweck- und schicksalhafte Größen jeder rationalen, modernen Interpretation entzogen bleiben.

Im Versuch des Bundes, Christentum und Deutschnationalismus zu vereinen, liegt eine mögliche Erklärung für seinen später mangelnden Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hinzuzufügen ist, daß der antimoderne Diskurs der katholischen Kirche auch Antisemitismus und Rassismus mit Selbstverständlichkeit beinhaltete.

Ein ernstzunehmendes Christentum, wie der „Bund Neuland" es verstand, beruhte also auf der Ablehnung des sich zur persönlichen Autonomie entwickelnden modernen Menschen. Insofern damit nicht nur die adoleszente Entwicklung, sondern eine lebenslange Zugehörigkeit zur katholischen Kirche gemeint war, läßt sich diese als umfassende Sozialisationsinstanz bezeichnen.

Der „neue Mensch" sollte aus der Einheit mit der Kirche wie auch mit der Natur hervorgehen: Das Wandern wurde, mystisch überhöht, zum Glaubensweg in das erneuerte Leben, auf diese Weise auch zum antizivilisatorischen Ideal.

Die Vorstellungen von Männlichkeit sind auch hier auf die jugendbewegungstypische Weise mit Tatkraft, Mut und Ehre assoziiert. Reife Männlichkeit bedeutet die Entfaltung soldatischer Tugenden; allerdings handelt es sich im religiösen Kontext darum, „Soldat Christi" zu sein, dem „Führer" Christus bedingungslos nachzufolgen.

Adoleszenz wird bei beiden Geschlechtern zwar als besondere und an Zukunftserwartungen geknüpfte Lebensphase akzeptiert. Die geweckten Hoffnungen auf das Neue der Zukunft, die Anstrengungen um Abgrenzung vom Vergangenen aber enden im erwünschten Fall in der Übernahme einer unflexiblen Identität, in der sich eine hierarchisierte unverrückbare Interpretation von „Weltordnung" ausdrückt. Diese wurde auch in der patriarchalen Vorstellung des Geschlechterverhältnisses betont:

„Die rauhere Nüchternheit seines (des Buben, E. P.) ungezügelten Wesens führt ihn herb und entschlossen schwer zu erringenden Zielen entgegen, der Geist strebt auf schwindelnden Bahnen nach klaren Gesetzen, unbekümmert, ob Herz und Gemüt noch folgen können und das Bewußtsein innewohnender Kraft begehrt nach Kampf, Sieg und Beherrschen. (...)

Wir Neuländerinnen stehen fast alle draußen im Leben, mitten in den Sorgen der verschiedensten Berufe, und wir haben oft und oft Gelegenheit, zu sehen, daß echte, deutsche Frauen und Mädchen so selten geworden sind. (...) In der Gemeinschaft wirkt der Bub schrankenlos, frei, das Mädchen still und gefesselt in den Grenzen seines Wesens. Still sind wir, weil wir harren und horchen in eure Seelen hinein. Wenn ihr Buben einst zu weit geraten

seid in das Dickicht eures Zukunftssystems, dann werden wir Mädchen da sein und unsere Seelen werden euch Licht sein."[3]

Mit der Berufung auf die eigentlich weiblichen Aufgaben wurde nicht bloß die Bedeutung von Wissen und Aktivitäten der Mädchen in Frage gestellt: Ihr „Wesen" erscheint in diesen und anderen katholischen Diskursen quasi als Projektionsfläche des gegenmodernen Mythos, als Bollwerk gegen eine vermeintlich sittlich verkommene Gegenwart. Ungeachtet solcher Mystifikationen war der tatsächliche Einfluß von Mädchen auf das Bundesleben ziemlich bedeutungslos.

Im propagierten geschwisterlichen Umgang der Geschlechter miteinander sollte ein asketisches Reinheitsideal zur Geltung kommen. Das Ideal marianischer Keuschheit ließ beiden Geschlechtern die weibliche Sexualität als potentielle Gefahr erscheinen, die von den Mädchen selbst in ihrer Wirkung nicht ausreichend kontrollierbar sei: Den jungen Männern wurde empfohlen, „ritterlich" über die Tugend ihrer Gefährtinnen – und damit auch die eigene – zu wachen. Weibliche Geschlechtsidentität bedeutete mit dieser Gleichsetzung von Frau und willensschwacher „Verführerin" wohl unweigerlich, daß die Sexualität insbesondere von Mädchen schuld- und schambesetzt erlebt werden mußte.

Moderne Nervosität – archaische Sehnsüchte

Die jugendbewegte mythische Deutung von „Jugend" zeigt sich in sozialisationstheoretischer Perspektive auch als Verweigerung von – insbesondere intellektuell gelebter – Pubertät, als Verlängerung der kindlichen Latenzphase.

Lebensgeschichtlich entsteht in der frühen Kindheit zuerst ein Denkmodus, der nicht rational ist, damit auch nicht auf der Höhe moderner Praxis ist. Die Vorstellungen der Person werden nicht als gesellschaftlich produzierte erkannt, die Erkenntnis ist abhängig vom situativen Kontext, der auch nicht in Form eines „Probedenkens" überschritten werden kann.

Das Ich ist damit an die umgebende Objektwelt ausgeliefert, das Verhalten auf Wiederholungen fixiert. Ausgehend vom sich in jeder Einzelperson wiederholenden Erleben der Kindheit kann man sagen, daß auch unter den Bedingungen der Moderne eine dazu in gewissem Gegensatz stehende Mentalität gesellschaftlich produziert wird bzw. das qualitativ andere Denken der Kindheit auch nicht vollständig durch ein rational-instrumentelles Weltbild ersetzt wird.

Der jugendliche Bund sollte insofern ein derart positionales Weltbild ausfüllen, als er einerseits Leben gewordenes Bekenntnis sein sollte, zum anderen aber als „Jugendstaat" Vorbild für den Staat der Zukunft, der in dieser irrationalen Deutung naturgewachsene Ganzheit, Grundlage und Athmosphäre des persönlichen Lebens ist.

Was die Jugendpsychologie schon damals wie auch heute den Adoleszenten als typische Emotionalität zuschreibt, also Steigerung des Selbstwertgefühls, Fähigkeit zu enthusiastischer Begeisterung und Radikalität, wurde von diesen Gruppierungen der Bündischen Jugend grundsätzlich positiv bewertet. Die für die Moderne typische gesteigerte Nervosität der Jugendlichen wie auch ihr möglicherweise rational bestimmter Selbstentwurf sollten allerdings mittels der Etablierung eines archaischen jugendbewegten Glaubenssystems kontrolliert werden.

Mit der beginnenden Adoleszenz tritt der junge Mensch individuell gewissermaßen in die Moderne ein, günstigenfalls stellt er seine bisherigen Gewißheiten in Frage. Die sich entwickelnde Fähigkeit zu abstrakt schlußfolgernder Logik eröffnet die Möglichkeit kontextunabhängigen „Probedenkens", das sich von der gegebenen Situation distanzieren und bestehende Möglichkeiten kritisch vergleichen kann.

Diese Möglichkeit wurde in konservativ geprägten Jugendbewegungen, die die Moderne als Feindbild betrachteten, ausdrücklich verworfen.

Glaubensfähigkeit, ob kirchlich geprägt oder nicht, galt dort als Wert an sich, die kritische Distanz zum kultischen Erleben als Unzulänglichkeit oder gar als persönlicher Verrat an der gerechten Sache.

Der Ritualismus der Bündischen Jugend ist auch als eine gewisse Sensibilität für symbolisches Handeln und Verhalten interpretierbar. Kollektive Werte wurden in der konkret sinnlich erlebbaren symbolischen Interaktionsform des Rituals affektnahe zum Ausdruck gebracht, der emotionale Protest der Jugendlichen gegen die Zweckrationalität der Moderne fand darin ein Ventil. Rituale lassen sich als sinnliche Symbolsysteme verstehen; die in diesem Zusammenhang verwendeten Gegenstände sind nicht im instrumentellen Sinn verwendbar, sondern aufgeladen mit einer Bedeutung, in der sich soziale Verhaltensentwürfe verdichten.

Allerdings sind die in dieser Weise emotional besetzten Zeichen der Weltinterpretation der alltäglichen Praxis und Reflexion entzogen, die mit ihnen verknüpften Inhalte werden manipulierbar.

Hierin liegt mit eine Erklärung für den Umstand, daß die nationalsozialistische Ideologie das katholische Weltbild des „Bundes Neuland" so unproblematisch vereinnahmen konnte. ■

Elisabeth PERCHINIG ist Psychologin.

Anmerkungen

1 Bubenblatt der Bünde „Österreichischer Wandervogel" und „Wandervogel, Deutscher Bund", 1. Folge, Hartung 1932, S. 97.
2 Ebd., S. 99.
3 Neuland. Blätter jungkatholischer Erneuerungsbewegung, 1. Jahr, 10./12. Folge, Heuert- Ernting-Scheiding 1924, S. 258/259.

Literatur

Bubenblatt der Bünde „Österreichischer Wandervogel" und „Wandervogel, Deutscher Bund", Wien 1932.
Erb Rainer, Wandeln – Wandern – Marschieren. Die Gangarten in der deutschen Ideologie, Univ.-Diss. Hamburg 1984.
Koebner Thomas/Janz Rolf-Peter (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Der Mythos Jugend, Frankfurt am Main 1985.
Neuland. Blätter jungkatholischer Erneuerungsbewegung, Wien 1924.
Plattner Anton, Walter Flex im Zusammenhang zweier Jugendbewegungen, Univ.-Diss., Wien 1935.
Seewann Gerhard, Österreichische Jugendbewegung 1900-1938. Die Entstehung der Deutschen Jugendbewegung in Österreich-Ungarn 1900-1914 und die Fortsetzung in ihrem katholischen Zweig „Bund Neuland" von 1918-1938, Frankfurt am Main 1971.
Sontheimer Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1978.
Talos Emmerich/Neugebauer Wolfgang, Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984.

Im Auftrag des „Lebenswerts“

Linke Irrwege zwischen Eugenik und Euthanasie

Alexander BOGNER

„Was sollte das Ziel der Eugenik sein?“ fragte der amerikanische Genetiker Herrmann Joseph Muller 1932 auf dem dritten internationalen Kongreß für Eugenik. Seine Antwort sorgte für Tumulte unter der geladenen Genetiker-Prominenz. Um aus der Eugenik ein wirksames Rezept für die Verbesserung der Menschheit anzurühren, referierte der überzeugte Sozialist, müsse das vorrangige Ziel zunächst die Abschaffung der Ausbeutung und der Klassenprivilegien sein.

„Erst die bevorstehende Revolution unseres Wirtschaftssystems“, wetterte der spätere Nobelpreisträger gegen die kapitalistisch deformierte Eugenik, „wird uns in die Lage versetzen, von einem wahrhaft sozialen Standpunkt aus richtig zu beurteilen, welche Charaktereigenschaften eines Menschen am wertvollsten sind und was dem Fortschritt der Spezies in Richtung auf mehr Vermögen und Glück in einem gemeinsamen Kampf gegen die Natur und zur gegenseitigen Besserung ihrer Mitglieder am meisten dient.“[1] Der Eugenik im Westen fehlte nach Muller also der ethische Kompaß. Die kapitalistische Ökonomie verschleiere geradezu die wahre genetische Qualität ihrer Zugpferde in Management und Vorstand. Schließlich würden ausgerechnet die Skrupellosen und Egoisten in die Führungsetagen gespült und deren Charakterzüge idealisiert. Eine Eugenik, die sich an kapitalistischen Wertmaßstäben orientiere, arbeite darum notwendig an der Verewigung der bestehenden Ungerechtigkeiten. Erst im Sozialismus, rief Muller am Ende seines Vortrags aus, „wird auch die ökonomische Basis der Gesellschaft so beschaffen sein, daß sie eine wahrhaft soziale Kontrolle über eine gestaffelte Fruchtbarkeit zuläßt.“

Dies traf sich in Ton und Intention mit den Forderungen, die drei Jahre zuvor der Leiter des Moskauer Instituts für experimentelle Biologie, Alexander Serebrovskij, erhoben hatte. In seinem Artikel „Eugenik in der sozialistischen Gesellschaft“ versuchte er eine moderne sowjetische Humangenetik theoretisch zu begründen und von einer reaktionären Klasseneugenik abzugrenzen. Um die Eugenik von einem versponnenen Aberglauben in den Stand der Wissenschaft zu erheben, die nicht mehr die Komposition irgendeines „idealen Übermenschen“ anvisiert, sondern die Maximierung der biologischen Produktivkräfte des Landes, sei sozialistischer Humus vonnöten. Denn erst, so das Credo des kommunistischen Genetikers, nach der endgültigen Zerstörung der Familie, der Befreiung der Frau von der Plage der Kinderaufzucht und vor allen Dingen: nach der radikalen Trennung von Sexualität und Reproduktion könne das Problem der Auslese, also die Frage, wessen Gene für die Fortpflanzung wertvoll genug seien, objektiv und wissenschaftlich in Angriff genommen werden. Erst eine „wirkliche“, also sozialistische Eugenik, darin stimmte Muller, der 1933 in die Sowjetunion emigrierte und 1937 sich zu den Internationalen Brigaden meldete, mit seinem Moskauer Kollegen überein, könne das drängende Menschheitsproblem der „genetischen Bürde“ lösen.

Kampf der „genetischen Bürde“

Den Grundstein für das eugenische Wahnbild von den stetig sich verschlechternden menschlichen Erbanlagen hatte bereits Francis Galton, ein Vetter Darwins, in den 1860er Jahren gelegt. Er hatte behauptet, daß in den fortgeschrittenen Industriestaaten das natürliche Selektionsprinzip außer Kraft gesetzt sei. Die Verhätschelung aller „Minderwertigen“ durch die moderne Humanitätsduselei, so Galton, werde zur Degeneration des Menschengeschlechts führen. Den Fortschritt einer „kalten“, „seelenlosen“ Medizintechnik, die den Menschen ohne Ansehen seiner genetischen Konstitution fürs Überleben rüste, attackierte Galton darum mit derselben Intensität wie seine deutschen Kollegen die ersten Knospen einer Sozialgesetzgebung. Ein solcher Schutz für die Schwachen versündige sich, wie es der deutsche Arzt und Rassenhygieniker Alfred Ploetz 1895 formulierte, am Wohl der Nachkommenschaft.[2] Mit einer neuen, qualitativen Bevölkerungspolitik suchte die Internationale der Eugeniker darum in der Folgezeit den angeblich drohenden Untergang des Abendlandes aufzuhalten. In Deutschland tat die Latenz der ökonomischen Krise um die Jahrhundertwende, die sich den bescheideneren Akkumulationsbedingungen im Vergleich zu den anderen europäischen Kolonialmächten verdankte, ein übriges, um den Siegeszug der eugenischen Kulturtheorie zu beschleunigen. Verstärkt durch den genetischen Fortschritt, insbesondere die Entdeckung rezessiver Erbleiden und die Erforschung der geheimnisvollen Mutationsprozesse propagierten die Eugeniker konsequent die Entprivatisierung der Reproduktion. Im Sinne einer „biologischen Taylorisierung“[3] strebten sie die Trennung von Sexualität und Fortpflanzung an, um die genetische Qualität der Nachkommenschaft wissenschaftlicher Planung und Kontrolle unterwerfen zu können. Die Palette der propagierten Maßnahmen reichte von Steuervergünstigungen für kinderreiche, erbgesunde Ehepaare, die eine aktive Züchtung ankurbeln sollten, bis – in logischer Konsequenz – zur Euthanasie, die die Ausrottung aller genetisch „Minderwertigen“ garantieren sollte.

Freie Liebe und Spendersamen: Für eine bessere Eugenik

Zielscheibe der sozialistischen Kritik an der kapitalistischen Eugenik war von Beginn an deren ideologische Überformung. Die Wissenschaft der Eugenik selbst begriffen sie nicht als Ideologie. Linke Genetiker bemängelten die lückenhafte Kontrolle des Reproduktionsprozesses im Westen aufgrund der traditionellen Lebensformen und spießbürgerlicher Moralvorstellungen. Sie geißelten die dysgenische Tyrannei des Privatbesitzes, der gerade

in der Form des Erbrechts genetisch „Wertlosen“ einen ungebührlichen Schutz bieten konnte. Sie kritisierten vehement die rassistische Verkürzung der Eugenik, wie sie am deutlichsten in der deutschen Rassenhygiene verwirklicht wurde. Und sie entlarvten die Wertmaßstäbe der westlichen Eugenik als unwissenschaftlich und herrschaftskonform.

Kurzum: Sie fürchteten, daß die Eugenik im Kapitalismus aufgrund des ökonomischen Primats des Privateigentums und der darauf basierenden ideologischen Sozialform der Familie unwirksam bleiben müsse. Eine soziale Eugenik dagegen würde das Anrecht der Menschheit auf bestmögliche genetische Ausstattung praktisch verwirklichen können. Als geeignete biopolitische Maßnahmen empfahlen die linken Eugeniker – anders als ihre bürgerlichen Kollegen – nicht Eheverbote oder Sterilisationen. (Diese Sensibilität verdankte sich freilich nicht besonderen Skrupeln, sondern der Einschätzung, daß diese Formen negativer Eugenik auf lange Sicht unwirksam seien.) Männer wie Muller oder Serebrovskij favorisierten die künstliche Befruchtung mit dem Sperma von jenen Spendern, die die sozialistischen Primärmerkmale wie Intelligenz, ein hochentwickeltes Sozialgefühl und eine robuste Gesundheit auf sich vereinten.

Obwohl also die Euthanasie als höchste Form der negativen Eugenik in linken Kreisen keinen besonderen Zuspruch fand, ist nicht zu übersehen, daß von dieser Seite wenig Widerstand dagegen zu erwarten war. Schließlich hatte die Eugenik den Raum für die Euthanasie durch ihre Methoden und Instrumentarien geschaffen, die den zu „erlösenden“ Personenkreis bereits durchleuchtet und sortiert hatten. Auch die den beiden Ideologien gemeinsame Vorstellung von einem wissenschaftlich dingfest zu machenden „Defektmenschen“ (Hoche), dessen mangelnder „Lebenswert“ Euthanasie-Maßnahmen rechtfertige, ja fordere, verweist auf die nahtlose Übertragbarkeit des aus der Eugenik stammenden Wertekanons in den sich in den zwanziger Jahren radikalisierenden Selektionsdiskurs. Daß die Anhänger einer sozialen Eugenik, die das Abweichende konstruierte und kontrollieren half, auch härteren Mitteln gegenüber nicht ganz abgeneigt waren, bewies der sozialistische Arzt F. Limmacher, der noch 1934 – aus dem Exil heraus – den LeserInnen des „Internationalen Ärztlichen Bulletins“ die Lektüre von Binding und Hoches Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wärmstens empfahl, sollte die Auflage, so Limmacher, von den Machthabern im „Dritten Reich“ nicht vernichtet worden sein.[4] Dafür sahen die Nazis freilich keinen Grund, und übersehen konnte das nur, wer die von links propagierte Volkseugenik als Vademecum gegen die rassenbiologisch infizierte Eliteeugenik fehleinschätzte. Doch dieser Irrglaube der Weimarer Linken, die eine „Fortpflanzungshygiene“ als wertfreie, gar antirassistische Wissenschaft von einer Rassenhygiene abgrenzen wollte, was freilich nur begrifflich gelingen konnte, war weit verbreitet. Der Mythos von einer segensreichen, humanitären Eugenik traf sich mit der Vorstellung einer „reinen“, „zu sich gekommenen“ Naturwissenschaft, deren Ergebnisse vielleicht einseitig funktionalisierbar waren, nicht aber das Paradigma der genetischen Forschung selbst. Noch in der Frankfurter »Zeitschrift für Sozialforschung«, die in den dreissiger Jahren im Exil Beiträge unorthodoxer Marxisten versammelte, findet sich dieser simple Funktionalismus. Paul Ludwig Landsberg verteidigte dort die Rassenhygiene in der Form einer kritischen Rassenwissenschaft gegen die pure Ideologie, wie sie die biologistischen Rassenlehren seiner Meinung nach darstellten.[5]

Eugenik-Virus in der Parteizentrale

Die spektakulären Fortschritte der Genetik zu Beginn des Jahrhunderts, die historisch mit einer wachsenden Verstädterung und Verelendung zusammenfielen, ließen auf dem Hintergrund eines technizistisch verkürzten Fortschrittsbegriffs die Eugenik schnell in den Glanz einer säkularen Erlösungslehre kommen, deren Verführungskraft auch die Tore der sozialistischen Parteizentralen überwand. „Die Fortpflanzung“, monierte Karl Kautsky bereits 1910, „wird in diesen Kreisen (den herrschenden Klassen; A.B.) ebenso wie die Ehe den Interessen des Familienbesitzes dienstbar gemacht, nicht der Verbesserung der Rasse.“[6] Weil aber, so variierte Kautsky Francis Galton, durch die zivilisatorische Ausschaltung der Selektion die „körperliche Entartung“ „rasche und beängstigende Fortschritte“ mache, sei es an der Zeit, mithilfe der Naturwissenschaft in den regellosen Prozeß der Fortpflanzung planend einzugreifen. Auch wenn Kautsky – wie die meisten Sozialisten – Zwangsmaßnahmen ablehnend gegenüberstand, so hätten doch zumindest „alle kränklichen Individuen, die kranke Kinder zeugen können, auf die Fortpflanzung zu verzichten...“ Erst der Sozialismus, irrte Kautsky, könne eine „Sozialeugenik“ etablieren, die von den Eltern bei ihrer Nachwuchsplanung freiwillig zu Rate gezogen werden wird.

Diese klassenlose Eugenik, die nicht weniger als den sozialen Fortschritt zu ermöglichen hatte, setzte nicht auf den makellosen Herrenmenschen, sondern auf seinen Zwillingsbruder, die echt sozialistische Kraftnatur, die den verweichlichten Couponschneidern die Schere aus der Hand schlagen sollte. Der Gedanke an das proletarische Muskelgebirge brachte das marxistische Oberhaupt der II. Internationale schon vorab ins Schwärmen: „Ein neues Geschlecht wird entstehen, stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit, wie die germanischen Recken der Völkerwanderung, die wir uns als ähnliche Kraftnaturen vorstellen dürfen, wie etwa heute noch die Bewohner Montenegros.“

Orthodoxer Fortschrittsbegriff als ideologischer Humus

Die Eugenik, die die Sortierung der Menschen in lebenswertes und lebensunwertes Leben nach Maßgabe des jeweiligen Wertekanons betreibt, gedieh ersichtlich nicht nur in explizit antidemokratisch verfaßten Gesellschaften. Sie war auch zu keiner Zeit ein Projekt ausschließlich von reaktionären Kräften oder bekennenden Rassisten. Ideologische Anschlußstellen für Linke ergaben sich immer da, wo der dialektische Fortschritt in der Theorie zu einer naturgesetzlichen Zwangsläufigkeit erstarrt war und die Marktanarchie durch ein technizistisches Planungsideal abgelöst werden sollte; also da, wo der kapitalistische Verwertungszwang durch einen sozialistischen Produktivismus abgelöst wurde. Starthilfe erhielt die eugenische Ideologie einerseits politisch durch eine Kapitalismuskritik, die auf Epiphänomene wie Egoismus und familialen Privatismus abhob sowie grundlegend durch einen erkenntnistheoretischen Positivismus, der die Wissenschaft zu einem neutralen Sortier- und Ordnungsapparat verklärte und dem Ideal einer naturwissenschaftlich informierten Gesellschaftsanalyse frönte. Die Affinität einer solchermaßen skelettierten Gesell-

schaftstheorie zur Eugenik wurde noch verstärkt durch den historischen Zwang einer nachholenden Industrialisierung, dem sich die junge Sowjetunion ausgesetzt sah. Nicht umsonst warb der sowjetische Genetiker Serebrovskij für die Humangenetik mit der Aussicht, durch die Ausschaltung von Erbleiden könne man womöglich ein Fünfjahresplansoll in zweieinhalb Jahren erfüllen.

Letztlich ist das Thema einer Eugenik von links unauflöslich mit den Ambivalenzen des orthodoxen Fortschrittsbegriffs verknüpft. Das Problem besteht darin, daß der Sozialismus nicht wirklich zu einem die Begrenzungen der kapitalistischen Vergesellschaftung transzendierenden Begriff des Fortschritts fand. Obwohl er sich subjektiv als radikaler Gegenentwurf zu den Intentionen, Motiven und Mitteln der Moderne begriff, beschränkte sich das eigene Programm in weiten Teilen auf die Radikalisierung der traditionellen Versprechen: rationeller zu verwalten, besser zu planen, gründlicher zu technisieren, kurz: den letzten Rest an Spontanem, Irrationalem und Zufälligem, den das kapitalistische Management aufgrund Wettbewerb und privater Aneignung dulden mußte, zu tilgen – und das alles schneller und besser zu erledigen als die Konkurrenz. Im Zentrum dieser Fortschrittsvision stand darum die totale Transformation der Natur – mehr Technik, mehr Maschinen, mehr Rationalisierung. Diese materiellen Voraussetzungen des Fortschritts galten gleichzeitig als objektive Indikatoren für die strukturelle Unfähigkeit des Kapitalismus, Produktivität in Lebensqualität, das heißt Sicherheit und Kontrollierbarkeit, zu verwandeln.

Fortschritt wurde also von der linken Orthodoxie in der Einheit von Natur- und Gesellschaftsgeschichte, die stets als unproblematisch gegebene vorausgesetzt wurde, gedacht. Selbst aus Marx' Frühschriften wird ersichtlich, daß er als Denker des 19. Jahrhunderts dessen Wachstumsoptimismus teilte und damit den Segensmythos einer linearen Technifizierung zunächst fortschrieb.[7] Die Befreiung von Naturabhängigkeiten galt per se als emanzipativ: Der ideologiekritischen Entmystifizierung der Gesellschaft als zweiter Natur korrespondierte die Entmystifizierung der Natur durch die Naturwissenschaften. Die emanzipative Seite dieses Aufklärungsprojekts, nämlich die Natur nicht mehr unbefragt als moralische Instanz anzuerkennen, wurde dabei freilich in seinem Fortgang, wie Adorno und Horkheimer festhielten, von der Tatsache überschattet, daß diese fortschreitende Emanzipation von Naturabhängigkeiten immer weniger die Freiheit des Menschen von allen Zwängen garantierte, sondern an der Verewigung der sozialen Herrschaft arbeitete. Diese Erkenntnis einer Dialektik der Naturbeherrschung ist in den Reihen der orthodoxen Linken nie so recht heimisch geworden. Die Natur interpretierte man sich eher als Erfüllungsgehilfin der geschichtlichen Vollendung zurecht. Folglich galten Kontrolle und Überwindung der Naturzwänge als Garanten des universellen Fortschritts.

Geschichtsphilosophischer Optimismus

Den Gedanken, daß eine bewußte Form der gesellschaftlichen Organisation auch zwangsläufig die bewußte Kontrolle der materiellen Grundlagen der Gesellschaft befördern müsse, hat bereits Engels ausformuliert. Er hielt fest, daß die Menschen „zum ersten Mal bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden." (MEW 20, S. 264) Dieser geschichtsphilosophische Optimismus, der den Übergang von der Vorgeschichte in die Geschichte nach dem Modell der Naturbeherrschung denkt, klammert die Nicht-Identität von Natur und Gesellschaft aus. Das heißt zum einen: Die Möglichkeit, daß die gesellschaftliche Aneignung der Natur nicht nur Entwicklung bedeutet, sondern auch die Grundlagen der Modernisierung selbst in Frage stellen kann, daß der historisch spezifische Zugang zur Natur nicht von Herrschaft befreit sondern in neue Zwänge und Abhängigkeiten hineinführt, wird dabei systematisch ausgeschlossen. Ein solches Naturverhältnis, das die Verleugnung des anderen als Bedingung der eigenen Unabhängigkeit einschließt, haben Adorno und Horkheimer als Grundform der Herrschaft gekennzeichnet.[8] Zum anderen, und das führt nun wieder zu dem speziellen Fall einer technischen Kontrollvision, der Eugenik: Wenn die technische Substitution der Natur gemeinhin als materielle Vorbedingung des „qualitativen Umschlags" galt, war es nur noch ein kleiner Schritt dahin, dieses Fortschrittsmodell auf den Prozeß einer planlos ablaufenden Reproduktion zu übertragen. Nur zu verführerisch erschien der Gedanke, vermittels der Fortschritte einer zweckfreien Naturwissenschaft könne man zur Bewältigung des Lebenskampfes aus der Naturgeschichte aussteigen. So wie im ersten Fall des theoretischen Modernisierungsentwurfs nicht die Nebenfolgen einer industriellen Modernisierung bedacht wurden, die heute unter dem Schlagwort der ökologischen Krise verhandelt werden, so wurde im Reproduktionsbereich die ideologische Schlagseite der wissenschaftlich-technischen Machbarkeitsvision ausgeblendet: Im Dienst einer besseren Zukunft arbeiteten Sozialisten in den Labors und an den Schreibtischen der Selektion vor. Jenen antifaschistischen Wissenschaftlern, die das eugenische Züchtungsprojekt unter den Banner des Fortschritts und der Emanzipation stellten, mußte daher die rassenbiologische Engführung der „Aufnordung" als heimtückischer Verrat an der guten Sache erscheinen, nicht als deren ideologischer Zwilling. Diesen Humanbiologen und Genetikern entging, daß sie mit ihren Studien den Glauben an eine objektive und überhistorische Hierarchisierung von biologischen Lebenswerten befestigen halfen, der in Deutschland wenig später im „Erbgesundheitsgesetz" seinen radikalisierten Ausdruck fand.

Ein Sozialismus, der, ganz Vulgärmaterialismus, den Glauben an die letzte unteilbare Einheit und das Steuerungselement des Lebens, das Gen, zum Dogma erhob und ernsthaft das Projekt eines „neuen Menschen" in seiner biologistischen Schlagseite verfolgte, um den sozialen Fortschritt zu forcieren, mußte sich folgerichtig zum Anwalt einer „echten" und „reinen" Eugenik aufschwingen. Ein solchermaßen platt technizistischer und stur anti-individualistischer Sozialismus, der die Assoziation der gleichen und Freien in eine totalitäre Brutnormzentrale Huxleyscher Prägung verwandelte, mußte Gleichheit vor allem als gleiches und allgemeines Recht auf die bestmögliche genetische Ausstattung verstehen. Nicht anders als die „rechte" war dann auch die „linke" Eugenik ideologisch am organizistischen Leitbild des „großen Ganzen" ausgerichtet, zu dessen Gedeihen der/die einzelne mit ihrer (Erb-)Gesundheit sein Scherflein beizutragen hatte. Ihre praktische Exekution war in den Entwürfen ihrer frühen Propagandisten den Direktiven des Staates, der zentralen Steuerungsinstanz, überlassen. Diese Charakteristik der alten, tradi-

tionellen Eugenik läßt bereits ahnen, wo ihre Modernisierungspotentiale liegen. Um nun die Gestalt einer neuen Eugenik zu skizzieren, die nicht biologistisch auf die Optimierung eines „Genpools" ausgerichtet ist, sondern auf die Verwirklichung eines gesunden, glücklichen Lebens nach bioethischen Maßgaben, soll die aktuelle Euthanasie-Debatte beleuchtet werden. Sie belegt nicht nur aufs neue den Konnex zwischen Eugenik und Euthanasie, sie illustriert auch beispielhaft die Anfälligkeit von Teilen der Linken für eine Selektionspolitik, die sich als wahre Humanität begreift.

Neue Eugenik: Die Euthanasie-Debatte

Bekanntlich propagiert der australische Bioethiker Peter Singer, international als links-ökologischer Philosoph und Tierfreund anerkannt, in seiner „Praktischen Ethik" die Tötung Behinderter, ohne auf die über-individuellen Kriterien einer finsteren Rassenhygiene zu rekurrieren. Mithilfe seiner Interpretation eines Bündels psychophysiologisch fundierter oder (das macht keinen Unterschied) noch zu fundierender Forschungsergebnisse kreiert er sein Kunstprodukt der „Person", das den Einstieg ins Selektionsprogramm markiert. Nur „Personen", das heißt Menschen mit Ich-Bewußtsein und Rationalität, können ein Lebensrecht besitzen. Da Neugeborene in keinem Fall diese Kriterien erfüllen, steht es nach dem Willen des Bioethikers den Eltern frei, ihr Kind innerhalb einer Frist von vier Wochen nach der Geburt töten zu lassen.[9] Für eine derartige Entscheidung setzt Singer bei den Eltern eine Werthierarchie voraus, die – daraus macht er kein Hehl – der seinen aufs Haar gleicht, also Behinderung ganz ans untere Ende reiht. Und weil der Utilitarismus, der auf dem universalistischen Prinzip der gleichen Abwägung von Interessen beruht, vorgeblich auch die ureigenen Interessen des behinderten Neugeborenen berücksichtigt, versichern die Bioethiker im Akkord, daß sie im Fall einer Behinderung – wäre volle Aufklärung darüber von außen möglich – für ihren Tod votieren würden – und darum der Säugling, der aktuell keinen Wunsch äußern kann, natürlich ebenfalls.

Im Sommer 1989 wurde Singers Ethik des Behindertenmords, die in der Welt der Bioethik freilich weder einzigartig noch sonderlich originell ist, in einer konzertierten Medienaktion zunächst der deutschen, nur wenig später der österreichischen Öffentlichkeit nahegebracht. Die »Zeit« stellte ernsthaft die Frage „Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?" zur Debatte, und der damalige Redakteur Reinhard Merkel schob sogleich ein Dossier hinterher, in dem er Singers Gegner zu einer Bande von hysterischen Ignoranten stempelte und ein Umdenken im Bereich der Euthanasie forderte. Im Juli desselben Jahres durfte Merkel in der Fernsehsendung „Club 2„ zum Thema „Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht zum Leben?" dem miteingeladenen Peter Singer assistieren. Damit inszenierte der ORF, bemerkte Erwin Riess, eine Diskussion, „die als intellektuelle Zuspitzung des ‚gesunden Volksempfindens' Krüppel an die Wand drückt."[10]

Zwischenzeitlich hat der linksliberale Strafrechtler und Rechtsphilosoph, der heute an der Universität Rostock lehrt, inspiriert durch Singers Steilvorlage sein eigenes Konzept zur Legitimation der Tötung von behinderten Neugeborenen und Wachkoma-Patienten entwickelt. Anders als Singer legitimiert Merkel nicht den Infantizid, um eine nachfolgende Selektion strafrechtlich abzusichern. Er begrenzt in seinem interessentheoretischen Zugang nicht die Reichweite des Lebensrechts, sondern weicht dessen Schutzcharakter auf. Die kontextfreie Zuerkennung eines Lebensrechts wertet Merkel als Ausdruck eines unzeitgemäßen Paternalismus. Das Lebensrecht dürfe kein Zwang, es solle eine Bereicherung für das Leben sein. So könne das Lebensinteresse eines Menschen, stellt Merkel fest, von einem „Leidvermeidungsinteresse" aufgewogen werden. Die Abwägung dieser Interessenkonstrukte müsse darum im strafrechtlichen Bereich des Notstands stattfinden, um trotz eines repressiven ethischen Universalismus moralisch handeln zu können. Wie das nun konkret auszusehen habe, macht Merkel mit Rekurs auf Ronald Dworkin deutlich. Von ihm leiht sich Merkel die Begriffe eines „erlebensbezogenen" Interesses (experiental interests) und eines „wertbezogenen" Interesses (critical interests), um die verschiedenen Existenzformen zu hierarchisieren: „Ein schwerkranker, entscheidungsunfähiger Erwachsener mit einer verbleibenden Lebenserwartung von, sagen wir, zehn Monaten hat ein Recht auf Berücksichtigung aller seiner ‚critical interests' bei der Frage, ob sein Leben bis zum letzten möglichen Atemzug zu erhalten ist oder nicht. (...) Bei einem schwerstgeschädigten Neugeborenen mit der gleichen zehnmonatigen Lebenserwartung und vielleicht ähnlichen klinischen Symptomen verhält sich dies gänzlich anders. Hier kommen andere als ‚experiental interests' nicht in Betracht. Schmerzen und Leiden, die durch die Krankheit oder durch therapeutische Maßnahmen verursacht werden und die im Fall des moribunden Erwachsenen nicht an der zwingenden Indikation einer lebenserhaltenden Behandlung ändern mögen, können im Fall des Neugeborenen vollständig unzumutbar sein und damit die gebotene Abwägung in genau umgekehrtem Sinn wie im ersteren Fall entscheiden."[11] Die Euthanasie ist also angezeigt, wenn es dem Neugeborenen nach intersubjektiv geteilten Kriterien unmöglich ist, ein Interesse an seinem Leben auszubilden, sein Leben in irgendeiner Weise wertzuschätzen.

Diese neue Eugenik, die ihre Herkunftsmerkmale von einer Konzeption, die den Menschen als Mittel setzte, abgestreift hat, ist durch einen grundlegenden Perspektivenwechsel geprägt. In ihrer ent-totalisierten Form setzt die Eugenik auf die Verbesserung des Individuums und nicht der „Rasse", sie strebt die Lebensoptimierung an, nicht die Maximierung des Gesellschaftsnutzens, und die Realisierung ihrer Ziele delegiert sie nicht an den Staat, sondern überläßt sie dem Gewissen jedes/jeder einzelnen, in der Gewißheit, daß sich in den modernen Industriestaaten ein biologisches Qualitätsbewußtsein durchgesetzt hat, das die Bioethik nur in elaborierter Form präsentiert.[12]

Applaus von links

Anders als in den dreissiger Jahren, wo sich die Mehrzahl der Euthanasie-Theoretiker und -planer ideologisch in der nationalistisch-rassistischen Ecke bis hin zum „nordischen" Flügel der Rassenhygiene sammelten, rekrutieren sich die modernen Eugeniker aus der politischen Mitte und dort eher von links. Das exponierteste Beispiel ist sicher Singer mit seiner Kandidatur für die grüne Partei in Australien. Im Aufguß durch eine autonomieorientierte Philosophie kann eine Selektionspolitik aber auch für Linke attraktiv werden, die aufgrund ihrer spezifischen Erfahrungen menschliche Existenz zum Beispiel mit reger geistiger Tätigkeit gleichsetzen. So kommt nicht nur die Rezeptur einer modernen Euthana-

sie von links, sondern auch der Applaus.

Die Euthanasie-Debatte, so führte beispielsweise die Habermas-Schülerin und Philosophieprofessorin Ursula Wolf aus, könnte zwar die Gefühle der Behinderten verletzen, die Brisanz der anstehenden Probleme wiege dies aber leicht auf. Die Befindlichkeiten der Behinderten wären ohnehin kein Gradmesser für die moralische Integrität einer Debatte. Schließlich speise die trotzige Identitätsbehauptung der Behinderten, die sich ihren widrigen Lebensumständen verdanke, einen „Gruppenegoismus", der sich in dem für die Professorin nicht nachvollziehbaren Urteil verdichte, daß es besser ist, lebendig und behindert als tot zu sein.[13] Die Marxistische Gruppe wiederum schaffte es in einem Kommentar zu Singer, sich die politische Existenzberechtigung noch vor ihrer Selbstauflösung gleich selber abzusprechen. „Wer sich für einen Arbeitgeber nicht nützlich machen kann, weil er unter einem Gebrechen leidet, oder nicht nützlich machen darf, weil er hinaus rationalisiert wurde, der steht ohne Einkommen da. So jemand muß zusehen, wie er sich mit Arbeitslosen- oder Sozialhilfe über Wasser hält. Etwas ganz anderes dagegen ist die Überlegung, ob eine Frau sich und dem Kind ein Leben mit Behinderungen zumuten will, die aus dem Leben eine einzige Plage machen. Ganz unbestreitbar ist eine schwerwiegende körperliche oder geistige Behinderung ein Hindernis für die Realisierung der Zwecke, auf die es einem Menschen ankommen mag."[14]

Auch die Frankfurter Gruppe Linkswende, die in ihrem Sektenblättchen »Novo« zweimonatlich das garantiert dialektikfreie Lob von Atomstrom und Gentechnik singt, zog aufklärerisch gegen die idealistische Verherrlichung von Behinderung zu Felde. Anläßlich der letzten Einladung Peter Singers nach Deutschland im Sommer 1996 und der daraufhin aufbrandenden Proteste seitens verstockter Behinderter, die sich nicht dem liberalen Diskursreglement unterwerfen und nicht konstruktiv über Eugenik und Euthanasie diskutieren wollten, warben sie für freies Reden und freies Forschen: „Es bringt weder Behinderten noch der Bevölkerung im allgemeinen irgendetwas, so zu tun, als würde eine Behinderung keine besonderen Belastungen mit sich bringen. Und oft wird so getan, als sei es schon moralisch verwerflich, dies zu äußern. Das ist nicht der Fall, und wir sollten diese Haltungen wie auch die Romantisierung von Behinderungen und Krankheiten, das heißt, wenn so getan wird, als handele es sich um einen schon fast wünschenswerten Zustand, behindert zu sein, nicht teilen."[15] Und um den Rechtsruck zu den eugenischen Positionen der frühen Parteisozialisten zu vollenden, konfrontieren sie abschließend Singer mit einer Frage, die dessen Antwort bereits enthält: „Kehren Sie mit ihrer Gleichsetzung von Mensch und Tier nicht das einzigartige menschliche Potential, die Gesellschaft bewußt zu verändern, unter den Teppich?" Singer, bereitwillig das Echo spielend: „Ich will nicht sagen, normale Menschen würden sich nicht von Tieren unterscheiden."

Und die Unnormalen? Deren Schicksal wird auch weiterhin dem fortschrittlichen Doppel von Humangenetik und Bioethik überlassen bleiben. Denn mit Behinderten, die niemals weder Hammer noch Sichel werden schwingen können, weiß auch ein großer Teil der Linken, wie die Geschichte einer linken bzw. von links gefeierten Eugenik zeigt, nun mal nichts anzufangen. ■

Alexander BOGNER ist Soziologe, zur Zeit Stipendium des Instituts für höhere Studien.

Anmerkungen

1 Vgl. auch im folgenden: H. J. Muller (1934): The Dominance of Economics Over Eugenics, in: A Decade of Progress in Eugenics, Scientific Papers of the Third International Congress of Eugenics, Baltimore, S. 140ff., zit. n. L. Weß (1998): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt, Frankfurt, S. 115f.

2 Alfred Ploetz (1895): Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen. Grundlinien einer Rassenhygiene, Teil I, Berlin.

3 Stefan Kühl (1997): Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt, S. 20f.

4 F. Limmacher (1934): Vernichtung lebensunwertes Lebens, in: Internationales Ärztliches Bulletin, 1/1934, S. 183, zit. n. W. Brill (1994): Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie. Die Euthanasie-Diskussion in der Weimarer Republik und zu Beginn der neunziger Jahre, St. Ingbert, S. 25.

5 Vgl. Bayertz/Kroll/Weingart (1992): Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt, S. 376f.

6 Karl Kautsky (1910): Entwicklung und Vermehrung in Natur und Gesellschaft, Stuttgart, S. 265ff.

7 In der „Deutschen Ideologie" wird die „Einheit des Menschen mit der Natur" in der Industrie als gegeben, als „ein empirisches Faktum" behauptet (MEW 3, S. 43).

8 Ihre Kritik der Naturbeherrschung galt dabei freilich nicht als der Aneignung von Natur zu menschlichen Zwecken, die ja tatsächlich unabdingbar ist. Kritisiert wurde vielmehr die Subsumtion des Besonderen unter das Kategoriengerüst eines starr verobjektivierenden Denkens, das seine soziale Gewalt in der Abstraktionsleistung der Wertform gewinnt.

9 Peter Singer (1994): Praktische Ethik, Stuttgart, S. 222f.

10 Erwin Riess (1990): Kein Tabu für Freaks? In: »Behindertenpädagogik«, H. 1, S. 58.

11 Reinhard Merkel (1996): Ärztliche Entscheidung über Leben und Tod in der Neonatalmedizin, in: »Mittelweg« 36, H. 1, S. 94.

12 Unter diesen ideologischen Vorzeichen hat die Euthanasiedebatte in Österreich zwischenzeitlich wieder Fahrt aufgenommen. Im Frühjahr 1998 trat eine Handvoll Prominenter aus Wissenschaft und Politik mit dem Manifest „Menschenwürdig sterben" an die Öffentlichkeit. Diese Vorlage nahm das Liberale Forum auf und versuchte mit medialer Unterstützung des »Standards« daran seine politischen Konturen zu schärfen. Zu den ideologischen Risiken und Nebenwirkungen dieser Kampagne vgl. »Volksstimme« Nr. 1/1999.

13 Ursula Wolf (1991): Philosophie und Öffentlichkeit. Anmerkungen zur Euthanasie-Debatte, in: Hegselmann/Merkel (Hg.): Zur Debatte über Euthanasie. Beiträge und Stellungnahmen, Frankfurt/M., S. 181-196.

14 Zit. n. T. Degener (1990): Redebeitrag auf dem Kongreß der Radikalen Linken, in: „Deutschland? Nie wieder!" Kongreß der Radikalen Linken, Frankfurt, S. 47.

15 T. Deichmann (1996): Euthanasie – wer soll entscheiden? In: »Novo«, Nr. 23, S. 25-29 und: Peter Singer: Ein deutscher Streitfall – Deichmann im Gespräch mit Singer, ebd., S. 32-34.

Von der Wissenschaft zur Utopie

Eine böse Polemik zum „produktiven Müßiggang“ des Franz Schandl

Hubert SCHMIEDBAUER

Das ist die Rettung des 20. Jahrhunderts: Nach den Niederlagen des utopischen wie des wissenschaftlichen Sozialismus erleben wir staunend das Heranwachsen einer Theorie, die den Kapitalismus überwindet und – ohne lästige Umwege – zum Kommunismus mit seinem humanen Anspruch führt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

Bescheiden in eine Buchbesprechung gebettet, erfahren die LeserInnen der »Volksstimme« in Nr. 2/1997 den Kampfruf: „Die Arbeit nieder! Es lebe der Müßiggang!“

Lassen wir vorerst das Buch beiseite, das hier besprochen wurde. Wenden wir uns dem revolutionären Gedankengut zu, das der Rezensent Franz Schandl verbreiten möchte.

„Die Arbeit hoch“, ein Lied der revolutionären Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1868, bietet den Einstieg. Der damalige Irrtum, die Arbeit – das Schaffen der Arbeiterklasse – über das Kapital zu stellen, wird endlich korrigiert, denn das war damals (und seither) eine „Bewegung für die Lohnarbeit, nicht gegen sie“. Jedenfalls meint das Franz Schandl. Auch wenn es in einer Liedstrophe dann heißt: „drum hofft: Des Kapitales Joch, die freie Arbeit bricht es noch.“ Wer wird denn über einen gesamten Liedtext nachdenken!

Es folgt der erste ganz neue revolutionäre Denkansatz: In der Arbeiterbewegung wurde „die Arbeit sakralisiert“. Arbeit ist einzig und allein Lohnsklaverei, nicht etwa „dem Menschen angetraut, eh er selbst Mensch ward noch“. Weg mit den versponnenen Theorien, der Mensch habe sich durch Gebrauch seiner Hände und der Herstellung von Werkzeugen aus dem Tierreich empor„gearbeitet“. Menschliche Bedarfsdeckung, Arbeitsteilung, Aneignung von Arbeitskraft durch Inbesitznahme der Produktionsmittel, Wertgesetz, Ausbeutung – weg mit dem ganzen theoretischen Ballast!

Macht doch, was ihr wollt!

Was ist nun der wahre Widerspruch, den es zu lösen gilt? In der Gegenwart herrscht blöderweise die „gemeinsame Hauptfrage: Wie Arbeit schaffen?“ Die Linke geht noch blöder vor, denn sie „fordert sinnvolle und nichtkrankmachende Arbeitsplätze, ja sogar Mitbestimmung im Produktionsprozeß“!

Gegen die kapitalistische Arbeitswelt ist hingegen anders vorzugehen: „Müßiggang muß als Chance und Strategie anerkannt werden“, schlußfolgert Franz Schandl. Er sei „ein Zustand, der die Werte der heutigen Arbeits-Freizeit-Gesellschaft für sich nicht mehr anerkennt“.

Das ist also die neue Strategie gegen Privatbesitz an Produktionsmitteln, Ausbeutung der Arbeitskraft, Finanzspekulation, Neokolonialismus, gegen Multinationalisierung und Globalisierung der ökonomischen, politischen und ideologischen Macht. Marx, Engels, Lenin und ganze Generationen von Revolutionären werden schamblaß in ihren Gräbern, denn die Farbe Rot steht ihnen nicht mehr zu, seit uns Franz Schandl das wahrhaft Revolutionäre beibringt.

„Perspektivisch geht es darum, Arbeit abzuschaffen, nicht Arbeit zu schaffen. Ein emanzipatorisches Ziel kann nicht darin bestehen, daß die Menschen beschäftigt sind, sondern daß sie weniger beschäftigt werden, damit sie sich beschäftigen können, womit sie sich beschäftigen wollen.“ Mit diesem abschließenden Schlachtruf der neuen Revolution werden selbstredend solch überflüssige Phrasen wie jene über die (globalen) Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung, Wohnen, Infrastruktur, Bildung, Ausbildung, Kultur, Gesundheitswesen usw., wofür mit produktiver Arbeit beschäftigte Menschen erforderlich wären, verschwinden, denn nun „gilt es zu proklamieren: Es wird nie mehr Vollbeschäftigung geben, die Alternati-

Denkanstöße

„In demselben Maße, worin sich (...) das Kapital (...) entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich (...) die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt. (...) Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit(skraft), ist aber gleich ihren Produktionskosten (...). Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist (...) die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten (...). Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt (...). In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern (...). Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen (...). Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber (...) als Mittel der Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind (...). An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

(Aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, verfaßt von Karl Marx und Friedrich Engels 1847-1848)

ven sind jenseits der Lohnarbeit zu suchen."

Franz Schandl hat es hundertfünfzig Jahre nach dem „Manifest" von Marx und Engels sowie neunzig Jahre nach Lenins Partei- und Revolutionstheorie geschafft, die Geschichte der antikapitalistischen Revolution hinter sich zu lassen. Es ist ihm nur ein kleines Mißgeschick passiert: Er hat im Eifer der eben entdeckten Bewegungslehre in seinem theoretischen Vehikel den falschen Gang erwischt und fährt mit Vollgas zurück. Er wird wohl bald auch die bürgerliche Revolution durchqueren. Oder: Der große Sprung von der Wissenschaft zur Utopie.

„Geistige Verirrung der Arbeiter"

Aber Franz Schandl hat doch nur eine Buchrezension geschrieben! Richtig, er hat sich mit einer der unzähligen Veröffentlichungen befaßt, die von den sichtbaren Widersprüchen des gegenwärtigen Kapitalismus ausgehen. Was in der »Volksstimme« stand, ist in größerem Umfang – es wurden zwei weitere Publikationen* darin behandelt – einige Wochen zuvor in der »Alternative« (Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, Alternative GewerkschafterInnen) erschienen und wird im Editorial von Alfred Bastecky ausdrücklich zur Diskussion gestellt. Das wohl mit gutem Grund, denn Franz Schandl identifiziert sich in hohem Maße mit einem Teil der in diesen Büchern entwickelten Gedanken und verarbeitet sie zu einer eigenen Theorie. Darum soll den »Volksstimme«-LeserInnen einiges davon hier nachgetragen werden.

Es könnte sich um eine ironische Verzerrung handeln, sollte man gutmeinend annehmen. Oder vielleicht hat die verkürzte Fassung in der »Volksstimme« der ganzen Sache einen ungewollten Akzent gegeben? Das wäre denkbar. Aber warum zitiert Franz Schandl ausgerechnet Paul Lafargue (Schwiegersohn von Karl Marx), der 1880 gegen „geistige Verirrung der Arbeiter" die Polemik „Das Recht auf Faulheit" veröffentlichte: „Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht (...). Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht (...)." Immerhin erkämpfte diese geistig verirrte Arbeiterklasse in den folgenden Jahren den Achtstundentag.

Franz Schandl wirft einem der Autoren vor, „noch selbst in den Mythen der alten Arbeiterbewegung befangen" zu sein, denn die objektive historische Rolle des Klassenkampfs habe in der Durchsetzung bürgerlicher Verhältnisse bestanden, nicht in deren Überwindung. Was waren dann die Revolutionen der Jahre 1917 bis 1919? Und hat nicht die Geschichte seither bewiesen, daß es Entwicklungsstufen gibt, die nicht übersprungen werden können – abgesehen von der Binsenweisheit, daß sich die materiellen und damit auch erst die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung in der vorangehenden kapitalistischen entwickeln?

Oder: Franz Schandl beklagt, daß „Momente von Selbstbestimmung und Muße, Genuß und Zufriedenheit (...) nachgeordnet, ja hilflos unterlegen" seien. Statt nachzufragen, warum die Arbeitswelt so unmenschlich ist, klagt er: „Bis in das Alltagsleben hat sich dieses Arbeitsbekenntnis festgefressen. Menschen werden vorerst über ihre Beschäftigung definiert. Nicht Wer bist du? wird im allgemeinen gefragt, sondern Was machst du? Also: Womit verdienst du dein Geld, wie bedienst du diesen Fetisch." Wie wird denn ein Mensch zum Menschen? Durch den Hauch Gottes? Oder durch die Beschäftigung – mit Bausteinen, mit anderen Menschen, durch Schule und Ausbildung, durch Arbeit (auch Lohnarbeit)? Wer sich in jahrelanger Berufsausbildung qualifiziert hat und nun dem „Fetisch Geld" nachläuft, um sich eine Wohnung und Kinder anschaffen zu können, fühlt sich statt ironisch belebt höchstens als Mensch verschandlt.

Erwartungen an die »Voksstimme«

Der Gesamttext in der »Alternative« enthält eine Reihe von Zitaten aus den besprochenen Arbeiten, die Kritik an den Verformungen der Gesellschaft üben. Aber wie lassen sich die Probleme lösen? Das gegenwärtige Ignorieren marxistischer Denk- und Analysemethoden ist sicher durch jene große Niederlage des 20. Jahrhunderts begünstigt, die nicht wegen des Marxismus-Leninismus, sondern eben wegen der Ignoranz gegenüber seinen Methoden und Lehren passiert ist. Das sollte sich unter MarxistInnen allmählich herumsprechen.

Was von den verschiedensten Leuten gedacht und geschrieben wird, ist zweifellos ernst zu nehmen. Zumindest in Publikationen der KPÖ wäre jedoch eine Analyse nach theoretischen und politischen Kriterien zu erwarten, die den Zielen einer antikapitalistischen Bewegung, einer kommunistischen Partei und im weiteren Sinne der gesellschaftlichen Weiterentwicklung dient.

Der »Volksstimme«-Beitrag von Franz Schandl erschwert nicht nur die Auseinandersetzung mit einer Fülle bürgerlich-liberalistischer Theorien (sie durchdringen Teile des „linken" Denkens und gewerkschaftlicher Konzepte), sondern auch Verständnis und Auswertung kritischer Beiträge zur Gesellschaftspolitik, wie sie unter anderem in den von ihm rezensierten Arbeiten zu finden sind. Sein Denkansatz ist weder ökonomisch noch historisch noch politisch noch philosophisch befriedigend: Er hätte die gesellschaftliche Beziehung zwischen Kapital und Lohnarbeit zeigen müssen, durch deren Änderung erst eine „freie Entfaltung" aller Menschen (und ihrer Arbeit) möglich ist; er hätte die verträumten Mißverständnisse über die Entwicklung von Bewußtsein und Klassenkampf, die geistig-kulturelle Hegemonie des bürgerlich-kapitalistischen Denkens, die fatale Rolle der tradeunionistischen, sozialdemokratischen und sozialpartnerschaftlichen Verhinderung von Klassenbewußtsein aufhellen müssen, statt über die Entsolidarisierung zu lamentieren; er hätte den Widerspruch zwischen politischem Anspruch und politischer Praxis von Parteien und Gewerkschaften bloßstellen können, woraus sich vielleicht Argumente für tagespolitisches Handeln im Sinne von Veränderungen der Situation in der Arbeitswelt ableiten hätten lassen; er hätte die Erkenntnis von der materiellen Grundlage für ideelle Entwicklungen anwenden sollen, statt im Stile vormarxistischen Idealismus die Utopie vor die Wissenschaft zu schieben. Das hätte dem Anspruch genüge getan, den LeserInnen an eine Zeitung der KPÖ stellen müssen. Sonst wäre sie überflüssig. ■

Hubert SCHMIEDBAUER ist Journalist.

Anmerkung

* Sinn von Arbeit, Werkstattschriften, Grüne Akademie Graz, 1996.
Robert Kurz: Die verlorene Ehre der Arbeit, »Krisis« 10, Nürnberg, 1991.

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201	Weg und Ziel 1/92	Amerika! Amerika!
WUZ9202	Weg und Ziel 2/92	Menschenbilder
WUZ9203	Weg und Ziel 3/92	Leo Kofler 85
WUZ9204	Weg und Ziel 4/92	Fortschritt
WUZ9205	Weg und Ziel 5/92	Das österreichische „Wesen"
WUZ9206	Weg und Ziel 6/92	Rückkehr des Politischen
WUZ9301	Weg und Ziel 1/93	Nation(alismus)
WUZ9302	Weg und Ziel 2/93	Ästhetik
WUZ9303	Weg und Ziel 3/93	Dritte Welt im Abseits
WUZ9305	Weg und Ziel 5/93	Menschenrechte
WUZ9306	Weg und Ziel 6/93	Der reale Kapitalismus
WUZ9401	Weg und Ziel 1/94	„Kalte Frauen"?
WUZ9402	Weg und Ziel 2/94	Europa der Regionen?
WUZ9403	Weg und Ziel 3/94	Alles Öko?
WUZ9404	Weg und Ziel 4/94	Medienwirklichkeit
WUZ9405	Weg und Ziel 5/94	Individualisierung
WUZ9501	Weg und Ziel 1/95	Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502	Weg und Ziel 2/95	Das politische System
WUZ9503	Weg und Ziel 3/95	Mega-Stadt-Raum
WUZ9504	Weg und Ziel 4/95	Inszenierte Literatur
WUZ9505	Weg und Ziel 5/95	Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601	Weg und Ziel 1/96	Armut im Überfluß
WUZ9602	Weg und Ziel 2/96	Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603	Weg und Ziel 3/96	Welt-Meisterschaft
WUZ9604	Weg und Ziel 4/96	Oh, du teure Bildung
WUZ9605	Weg und Ziel 5/96	Kirche/Religion
WUZ9701	Weg und Ziel 1/97	Auto/Industrie/Global
WUZ9702	Weg und Ziel 2/97	Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703	Weg und Ziel 3/97	Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704	Weg und Ziel 4/97	80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705	Weg und Ziel 5/97	Pop
WUZ9801	Weg und Ziel 1/98	Brecht/Eisler
WUZ9802	Weg und Ziel 2/98	Antisemitismus
WUZ9803	Weg und Ziel 3/98	Un/mverteilung
WUZ9804	Weg und Ziel 4/98	Haider und die Freiheitlichen
WUZ9805	Weg und Ziel 5/98	Sozialdemokratie
WUZ9901	Weg und Ziel 1/99	Arbeit! Arbeit?
WUZ9902	Weg und Ziel 2/99	Exotismus
WUZ9903	Weg und Ziel 3/99	Krieg in Jugoslawien

Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer /
Maria Wölflingseder (Hg.):
Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM.
(Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl /
Gerhard Schattauer:
Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM.
(Bestellcode: BuchGRÜ)

WEG UND ZIEL – Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift

DAS FEST

volksstimme

Wiens schönstes Fest

4.+5.9.

PRATER JESUITENWIESE

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

P.b.b.
Envoi à taxe réduite

Taxe perçue
Bureau de poste
A-1150 Wien
Autriche

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1040 Wien
Zul.Nr.: WOGZ261E

An
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Weg und Ziel-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien